



Reinhard Heinrich:

Erdwärme als echte Alternative

Bayerns Untergrund ist eine kostengünstige und umweltfreundliche Energiequelle, berichtet der Reichertshausener Bürgermeister.

Seite 6



Erwin Huber:

Bayern-Boom auf hohem Niveau

Gut lachen hat der Wirtschaftsminister; egal, ob es um den Konjunktur- und Wachstumsbericht oder um den Fremdenverkehr geht.

Seiten 2/3



Herbert Dombrowsky:

Energiegespräche mit Bürgermeistern

Der Vorstandsvorsitzende von N-ERGIE erläuterte Ökologie- und Innovationsprojekte sowie den Ausbau der eigenen Stromversorgung.

Seite 10

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 23. November 2006

57. Jahrgang / Nummer 22



Der stellvertretende KPVLandesvorsitzende, Passaus Landrat Hanns Dorfner, moderierte eine Podiumsdiskussion mit dem Präsidenten der unterfränkischen Handwerkskammer, Walter Stoy, Kommunalminister Dr. Günther Beckstein, Michael Bischof, unterfränkischer Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und Aschaffenburgs Landrat Ulrich Reuter (v. l.).

KPV-Landesversammlung in Würzburg:

Bayern am Gängelband der Bürokratie?

Intensiver Meinungs-austausch mit Innenminister Beckstein

Täglich treten neue Gesetze in Kraft und werden neue Vorschriften erlassen. Dies führt häufig dazu, dass sich der Bürger eingeschränkt fühlt. Eine wachsende Bürokratie bindet aber auch bei den Kommunen oftmals Arbeitskräfte und Investitionsmittel und hemmt die Innovationsfreude, weshalb die Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) in Würzburg die Frage „Bayern am Gängelband der Bürokratie?“ aufwarf.

KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun kennt als Landrat von Weilheim-Schongau die Auswirkungen neuer Gesetze und Vorschriften genau. Der Freistaat Bayern hat seinen Worten zufolge die Entwicklung bereits vor Jahren erkannt und treibt daher den Bürokratieabbau voran. Gerade jetzt würde eine große Zahl von Gesetzen und Vorschriften auf ihre Notwendigkeit geprüft.

Gemeinden dauerhaft entlasten

Braun verlangt darauf aufbauend weitere Entbürokratisierungserfolge in Bayern mit dem Ziel, die Gemeinden dauerhaft zu entlasten: „Die KPV will das

Thema Deregulierung weiter auf der Tagesordnung sehen.“ Alle Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung, die in diese Richtung weisen, würden von der KPV unterstützt, betonte der Vorsitzende in Würzburg.

Erheblicher Aufwand

Als Beispiele für bürokratische Regelungen, die durchaus entfallen bzw. vereinfacht werden könnten, nannte Braun die Abwasserabgabe für Kleineinleitungen bzw. das Einleiten von verschmutztem Niederschlagswasser sowie die Erhebung des Büchergeldes. Insbesondere schlug Braun vor, eingenommenes Büchergeld, das nicht im

Haushaltsjahr verbraucht wurde, einer Sonderrücklage zuzuführen.

Projekt „Verwaltung 21“

Auf das Grußwort von Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann, in dem sie kurz auf das Bürgerbegehren „Kein Einkaufszentrum am Ringpark“ einging, folgte ein Impulsreferat von Innenminister Dr. Günther Beckstein. Dieser erklärte, mit dem Projekt „Verwaltung 21“ sei die Deregulierung und Entbürokratisierung zu einem Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode gemacht worden. Bereits in den Jahren 2003/2004 habe die Staatsregierung eine Menge kommunaler Standards abgebaut. Rund 350 Einzelvorschläge - insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden - habe man positiv abgeschlossen und größtenteils inzwischen auch umgesetzt.

Keine Detailvorschläge

Dazu zählten das Kapitel Städtebauförderung, das keinerlei

Detailvorschläge mehr beinhaltet, zudem Kindergarten- und Schulbauvorschriften sowie die Feuerwehrförderung.

Auch das vom Freistaat auf den Weg gebrachte „Modellkommunengesetz“ bezeichnete Beckstein als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“. Im Be-



KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun.

reich der Wirtschaft wiederum seien die Vorschläge der „Henzler-Kommission“, an der auch zahlreiche Kommunalpolitiker mitwirkten, gesammelt, intensiv geprüft und in größtmöglichem Umfang umgesetzt worden.

Beschleunigung

Der Kommunalminister verwies darüber hinaus auf Bemühungen, eine Beschleunigung von Verwaltungsverfahren um mindestens zehn Prozent zu erreichen und den Service für (Fortsetzung auf Seite 4)

„Mehr Bürgermeister - weniger Bürokratie“:

Verwaltung vereinfachen

20 ausgewählte Kommunen können vier Jahre ausprobieren

Der wichtigen Rolle der Kommunen bei der Verwaltungsvereinfachung und Eigenverantwortlichkeit soll ein Gesetzentwurf Rechnung tragen, der zunächst probeweise in 20 ausgewählten Städten, Landkreisen und Gemeinden aller sieben Regierungsbezirke die Spielräume für die politisch Verantwortlichen vor Ort erweitert. Das betrifft sowohl die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben als auch Vorschriften, die für die Kommunen als solche gelten.

Staatskanzleiminister Eberhard Sinner sprach bei der Ersten Lesung im Landtagsplenum von einem „wichtigen Eckpfeiler in der Deregulierungsstrategie der Staatsregierung“.

seiner Fraktion durchgesetzt. Das sei eine bittere Niederlage für Sinner und Ministerpräsident Stoiber.

Sofort Vollmachten

Christine Kamm (Grüne) befand, insgesamt sei das Erprobungsgesetz überflüssig. Man könnte den Kommunen sofort entsprechende Vollmachten einräumen. Für die CSU wies Hans Herold die Vorwürfe in Sachen Denkmalschutz zurück. Er räumte aber ein, dieser Komplex sei in der Regierungsfraktion sehr stark diskutiert worden. Keinesfalls sei eine Reduzierung des Denkmalschutzes beabsichtigt. **rm**

Modellgesetz

Das Modellgesetz sei von den kommunalen Spitzenverbänden begrüßt worden. Es gebe Freiheit, Transparenz und Vertrauen. „Unsere Devise ist, mehr Bürgermeister und weniger Bürokratie“, fasste der Minister zusammen.

Der auf vier Jahre befristete Modellversuch beinhaltet die Aufhebung von Kommunen belastenden Vorschriften des Landesrechts, respektive die zeitweise Freistellung von der Einhaltung bestimmter Rechtsvorschriften. Neben der Vereinfachung könnte der Versuch auch Ersparnisse für Wirtschaft und Bürger mit sich bringen. Zu den Bereichen der Erprobung gehören Vorschriften für die kommunale Zusammenarbeit, den Denkmalschutz, die Personalvertretung sowie Schulfinanzierung und Schülerbeförderung.

Grundsätzlich wurde das Bemühen von allen drei Fraktionen positiv aufgenommen. Die Kritik der Opposition bezog sich insbesondere auf eine Beeinträchtigung des Denkmalschutzes. Dr. Christoph Rabenstein (SPD) erklärte, hier hätten sich die zunächst von der CSU abgelehnten guten Argumente



Etwas neidisch ist Sabrinas Chef über die popularitätsfördernde Wirkung von Krimserien, die alle im bayerischen Oberland spielen. Für die kostenlose Fremdenverkehrswerbung nimmt man als braver Kommunalpolitiker in Kauf, dass man bei Serien wie dem Bullen von Tölz deutschlandweit als Bösewicht bekannt wird. Seite 15



Vilshofen beweist mit dem „Schwimmenden Christkindlmarkt“, dass der Mut etwas Außergewöhnliches zu organisieren, auch Anerkennung findet. Jetzt will die Stadt an der Donau mit der größten Brettkrippe der Welt ins Guinnessbuch der Rekorde (vgl. Bericht Seite 13).

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Sicherheit und Ordnung sind Sache der Polizei	Seite 2
Staat zieht sich aus Altenpflege zurück	2
Zusätzliche 30 Millionen für die Ganztagsbetreuung	3
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: Verwaltungsreform vom Bürger her sehen!	3
Steinbrüche - wertvolle Naturinseln in der Landschaft	3
VKA-Herbsttagung	3
Studie bestätigt BaFin-Kritik der Kreditgenossen	4
GZ-Fachthema: Kommunale Energiefragen	5 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Sicherheit und Ordnung sind Sache der Polizei

Aber Kommunen können private Ordnungsdienste auf gesetzlicher Grundlage beauftragen - Landtag diskutiert Polizeireform

Sicherheit und Ordnung bleiben bei der letzten Jahr angelaufenen, teilweise umstrittenen Organisationsreform der Polizei grundsätzlich zusammen Aufgaben der staatlichen Sicherheitsorgane. Das schließt nicht aus, dass Kommunen eine ehrenamtliche Sicherheitswacht aufbauen oder dass private Sicherheitsdienste im Bereich Ordnung begrenzt tätig sind. Inwieweit dazu „sinnvolle Handlungsoptionen“ möglich sind, wird geprüft. Die Reform der Polizei werde bundesweit Bayerns Spitzenstellung in Sicherheitsfragen bestätigen.

So hat Innenminister Dr. Günther Beckstein diese Deregulierung und Entbürokratisierung charakterisiert, die im Rahmen der zukunftsbezogenen Gesamtpolitik der Staatsregierung ähnliche Anfangsschwierigkeiten gebracht hat wie in anderen Bereichen der Staatsvereinfachung. Das und der Teilaspekt Sicherheitsdienste kamen im Kommunalausschuss des Landtags zur Sprache, als Beckstein über den aktuellen Sachstand und die weitere Umsetzung der Polizeireform berichtete, die vor einem Jahr in Unterfranken begann. Aus vier „Ebenen“ wurden drei. Die Polizeipräsidien und -direktionen wurden zu einer Ebene „Polizeipräsidium (neu)“ verschmolzen.

Gestärkte Polizeieinspektionen

Dadurch wurden bisher bayernweit von bisher ca. 1900 Sollstellen rund 600 in den Stäben freigestellt. Abzüglich 180 Stellen, die der Innenminister aufgrund der Haushaltslage dem Finanzminister opfern musste, kamen rund 420 Stellen der „originären Polizeiarbeit“ zugute. Mit ihnen konnten die Einsatzzentralen besser ausgestattet und die Polizeieinspektionen gestärkt werden. Zu ihrer Entlastung gibt es Kriminaldauerdienste (KDD), die bei Notrufen sofort zur Spurensicherung an den Tatort kommen. Allerdings wird es, so der Minister, bei über 380 Polizeidienststellen in Bayern „schlichtweg unmöglich“ sein, bei jeder den Personalstand zu erhöhen. Mit derzeit rund 40.000 Polizeistellen bleibe Bayern eines der sichersten Länder in Deutschland. Beckstein räumte ein, dass die Umstellung etwas koste, was sich dann später rentiere. Die ganze Polizeireform soll ungefähr 70 Millionen Euro kosten.

Während für die CSU der altgediente Kriminalbeamte Rudolf Peterke die Reform für richtig erachtete, bezweifelte die Opposition den Sinn der Massnahmen.

men. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger (SPD) sprach von einem „Diktat des Ministerpräsidenten“. Christine Kamm (Grüne) nannte Schwaben als Beispiel für die falsche Reform. Die Aufteilung des Regierungsbezirks in vier „Mini-Präsidien“ werde zu höherem Verwaltungsaufwand führen und erhebliche Sicherheitsprobleme bringen.

Problem der privaten Sicherheitsdienste

Das Problem der privaten Sicherheitsdienste kam bei Vorfällen in Schweinfurt zur Sprache. Dort hatte die Stadt einen

Kernkompetenz der Polizei

Aktuelle Sicherheits- und Ordnungsprobleme führte Beckstein aus, gehörten in den Kommunen mit der örtlichen Polizei besprochen. Für den Einsatz kommunaler Ordnungsdienste werde man klare Regelungen schaffen. Die Kernkompetenz der Polizei werde nicht in Frage gestellt. Ohne eine ausdrückliche gesetzliche Aufgabenübertragung dürften private Sicherheitsdienste keine öffentlichen Aufgaben wahrnehmen. Hoheitliche Befugnisse blieben bei der Polizei. Ob aber beispielsweise der Marktplatz in Ordnung oder das Bus-Wartehäuschen heil sei, müsse nicht von der Polizei überwacht werden.

Mit der Ablehnung eines von der SPD unterstützten Grünen-Antrags, die Polizeireform nicht in der geplanten Form fortzuführen, stellte sich die CSU hinter das Konzept des Innenministers. **rm**

Wieder Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

solchen Dienst angeheuert, weil die Polizei nicht in der Lage war, randalierender US-Soldaten - die vor dem Einsatz im Irak standen - Herr zu werden. Der Schweinfurter Polizeichef Jürgen Karl hatte im Stadtrat die Polizeireform dafür verantwortlich gemacht. Das veranlasste den Innenminister zu einer scharfen Stellungnahme und zur Versetzung Karls auf einen - wie Beckstein betonte - wichtigen Posten in der Polizeiausbildung. Im Ausschuss meinte der Minister, er habe sich damals öffentlich wohl etwas zu harsch geäußert, musste aber auf Karls Ausführungen im Stadtrat reagieren.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Vey
97659 Schönau
am 6.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Dichtl
94104 Witzmannsberg
am 1.12.

Bürgermeister
Ludwig Wallinger
93488 Schönthal
am 5.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Kirner
82402 Seeshaupt
am 2.12.

Bürgermeister Peter Siegert
94513 Schönberg
am 8.12.

Bürgermeister
Friedrich Kothmayr
85123 Karlskron
am 10.12.

Bürgermeister
Ernst Neumann
95701 Pechbrunn
am 11.12.

Bürgermeister Karl Mühlbauer
94377 Steinach
am 30.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Loher
84559 Kraiburg a. Inn
am 2.12.

Bürgermeister
Johann Grandinger
84434 Kirchberg
am 4.12.

Bürgermeister Helmut Taut
91346 Wiesenttal
am 30.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Harry Scheuenstuhl
91452 Wilhermsdorf
am 3.12.

Bürgermeister Ernst Egner
85570 Ottenhofen
am 6.12.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Schiochet
87770 Oberschöneck
am 1.12.

Kommunen fordern:

Längere Arbeitszeiten!

Faltthäuser: Gute Idee, der richtige Weg!

„Gute Idee: Längere Arbeitszeiten sind der richtige Weg! Nur wäre es sicher besser gewesen, vorher härter zu verhandeln, als nachher den Weg über eine fragwürdige Meistbegünstigungsklausel und jahrelange juristische Auseinandersetzungen zu gehen. Ich halte fest: Sogar die kommunalen Arbeitgeberverbände halten nunmehr das bayerische Tarifergebnis für vorbildlich“, erklärte Finanzminister Kurt Faltthäuser in München zur Forderung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, die für Bayern gültige Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und 6 Minuten für das gesamte Tarifgebiet West zu übernehmen.

Staat zieht sich aus Altenpflege zurück

Versorgungsnetz weitgehend ausgebaut - Kommunen sollen auf private Investoren setzen

Im Rahmen der Deregulierung stellt der Freistaat in der Altenpflege seine Förderung ein. Dies mit der Begründung, es bestehe dank 1,34 Mrd. Staatsmittel seit 1962 für Investitionen und über 150 Mio. in der Ambulanz ein ausgebautes Versorgungsnetz. Der im Zuge der demografischen Entwicklung zu einer alternden Gesellschaft entstehende Mehrbedarf könne primär durch private Investoren gedeckt werden. Die Altenpflege bleibe grundsätzlich Aufgabe der Kommunen.

Sie haben laut Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) auch in Zukunft im Rahmen des eigenen Wirkungsbereichs darauf hinzuwirken, dass rechtzeitig und ausreichend bedarfsgerechte Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen, was schon bisher vielfach durch private Investoren ermöglicht worden sei. Daher sieht die Staatsregierung keine unmittelbaren Auswirkungen der Förderungseinstellung. Die Kommunen seien nicht überfordert, die Altenpflege im Rahmen ihrer Haushalte weiter zu unterstützen.

Im Kommunalausschuss des Landtags betonte Peter Winter (CSU) als Berichterstatter, der Gesetzentwurf sei im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet worden. Nach wie vor gelte der Grundsatz, ambulante vor stationärer Pflege. Er und Herbert Ettengruber schlossen sich der Meinung an, diese Deregulierung werde keine unmittelbaren Kostenauswirkungen auf Kommunen, Wirtschaft und Bürger haben.

Die Opposition war anderer Meinung. Mitberichterstatter Florian Ritter (SPD) prophezeite, diese Neuregelung werde größte Auswirkungen auf die Kommunen haben. Manche würden ihren Bedarf an Altenpflegeplätzen nur noch nach Kassenlage ermitteln. Christine Kamm (Grüne) plädierte für die Beibehaltung der staatlichen Förderung. Wenn es zu einer Budgetierung komme, müssten die Kriterien dafür genau genannt werden. Die Opposition protestierte, dass dieses Gesetz in wenigen Tagen in den Ausschüssen durchgepeitscht werde. Ihre Änderungsanträge wurden von der CSU abgelehnt. **rm**

Huber zum Konjunktur- und Wachstumsbericht 2006/2007:

„Bayern-Boom geht weiter“

Bayerns Wirtschaftsminister hebt Wachstumsprognose an / Stoiber: „Spielraum für Zukunftsprogramm für Kinder, Bildung und Arbeitsplätze wird größer“

Wirtschaftsminister Erwin Huber hat in seinem aktuellen Konjunktur- und Wachstumsbericht die Wachstumsprognose für 2006 deutlich angehoben. Ministerpräsident Stoiber zeigte sich im Kabinett erfreut über den anhaltenden Aufschwung in Bayern und kündigte einen weiter konsequenten Kurs für wirtschaftliche und soziale Stärke zu Gunsten der Menschen in Bayern an. Stoiber: „Die Staatsregierung wird die erfolgreiche Strategie dieser Legislaturperiode aus Sparen, Reformieren und Investieren im nächsten Jahr mit einer Phase der Investitionen fortsetzen. Der Spielraum für unser Zukunftsprogramm Bayern 2020 wird größer. Das Motto unserer Zukunftsinvestitionen ist ‚Für Kinder, Bildung und Arbeitsplätze in Bayern‘.“

Wirtschaftsminister Huber erklärte bei der Vorstellung seiner neuen Prognosen: „Der Bayern-Boom geht weiter. Die bayerische Wirtschaft brummt wie seit Jahren nicht mehr. Für 2006 werden wir in Bayern ein Wirtschaftswachstum von klar über

2,5 Prozent erreichen.“ Auch in den nächsten Jahren rechnet Huber mit einem Wachstum in Bayern über dem Bundesdurchschnitt und einem kräftigen Schub für neue Arbeitsplätze. Huber: „Die Zeichen stehen gut, dass wir auch 2007 mit über zwei Prozent Wirtschaftswachstum die beschäftigungswirksame Schwelle überschreiten. Wir werden klar über dem bundesweit prognostizierten Wachstum von 1,4 bis 1,8 Prozent liegen und wieder Lokomotive für Konjunktur und Beschäftigung in ganz Deutschland sein.“

Steigende Steuereinnahmen

Huber erwartet, dass sich im Jahr 2007 die Schere beim Wachstum und Wohlstand in Deutschland weiter zu Gunsten Bayerns öffnet. Bayern werde schon im nächsten Jahr konkret davon profitieren, dass neue Zukunftsinvestitionen gestartet werden, während andere Länder die steigenden Einnahmen zum Schuldenabbau verwenden müssen. Für das nächste Jahr sind nach den Worten Hubers für Bayern und für die Kommunen steigende Steuereinnahmen zu erwarten.

Abbau der Arbeitslosigkeit

Die überdurchschnittliche Dynamik der bayerischen Wirtschaft nutzt nach den Worten Hubers unmittelbar den Menschen im Freistaat. Dies zeige sich beim höheren Einkommen und vor allem beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Aufschwung zieht laut Huber den Arbeitsmarkt erfreulich stark nach oben. Die Arbeitslosigkeit ist bereits in den letzten Monaten in keinem anderen Land so stark zurückgegangen wie in Bayern, im Oktober um fast 75.000. Für den wirtschaftlichen Erfolg ist es laut Huber besonders wichtig, dass seit fast einem Jahr die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern erheblich steigt. Huber: „Der Jobmotor Bayern ist auf breiter Front auf Touren gekommen.“ In den Wintermonaten werde zwar, die Arbeitslosigkeit saisonal bedingt

vorübergehend wieder etwas ansteigen. An der positiven Grundtendenz ändert dies aber nichts. Für das Gesamtjahr 2006 rechnet Huber mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von unter 450.000. Das sind 60.000 Arbeitslose weniger als 2005. Huber geht davon aus, dass die Zahl der Arbeitslosen 2007 auf unter 400.000 sinken kann.

Robuste Exportkonjunktur

Die positive Konjunktur- und Wachstumsprognose stützt Huber vor allem auf folgende Einzelaspekte: Der Aufschwung steht auf dem sicheren Fundament einer robusten Exportkonjunktur: Von Januar bis August 2006 haben die bayerischen Ausfuhrer im Vorjahresvergleich nochmals um 9,6 Prozent auf 82,8 Milliarden Euro zugenommen. Bayern kann damit heuer seinen 13. Exportrekord in Folge einfahren. Auf Jahresbasis gerechnet dürfte sich das Exportvolumen auf rund 135 Milliarden Euro belaufen. Die konjunkturelle Dynamik hat im Jahresverlauf aber auch die Binnenwirtschaft voll erfasst. Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Umsätze von Januar bis August um 7,7 Prozent gegenüber Vorjahr gestiegen (Bund: + 7,0 Prozent), die Produktion hat um 5,5 Prozent zugelegt (Bund: + 5,2 Prozent). Besonders erfreulich ist, dass die Investitionsdynamik nach Jahren der Stagnation inzwischen wieder so hoch ist wie zuletzt beim Wiedervereinigungsboom. Nach der Herbstumfrage der bayerischen Industrie- und Handelskammern steht bei einem Viertel der Investitionen das Erweiterungsmotiv im Vordergrund. Auch die bayerische Bauwirtschaft hat mit einem Umsatzplus von 7,3 Prozent in den ersten acht Monaten des Jahres (Bund: + 3,0 Prozent) die zehnjährige Strukturpassungskrise überwunden. Im Großhandel belief sich das Umsatzwachstum im Freistaat wie im Bund auf 7,0 Prozent. Die Umsätze im bayerischen Handwerk haben im 2. Quartal 2006 um 2,5 Prozent zugelegt (Bund: + 1,4 Prozent). Die Auftragseingänge laufen mit einem Plus von 9,8 Prozent im dritten Quartal eine auf unverändert hohen Touren. Dass der Aufschwung intakt ist, zeigen speziell die Auftragsrückstellungen bei den Investitionsgüterherstellern: Sie sind im dritten Quartal mit + 9,2 Prozent gegenüber Vorjahr noch einmal kräftig gestiegen. **□**

Tourismus im Freistaat:

Auf konstant hohem Niveau

Jahrespressekonferenz in München mit Wirtschaftsminister Erwin Huber

Bayern hat seine Spitzenposition als führendes deutsches Tourismusland auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres souverän behauptet. Wie Wirtschaftsminister Erwin Huber bei der Jahrespressekonferenz in München erläuterte, habe sich der Tourismus im Freistaat nach dem sehr guten Ergebnis 2005 von Januar bis September 2006 mit 19,7 Mio. Ankünften (plus 2 %) und 59,1 Mio. Übernachtungen (minus 0,7 %) auf hohem Niveau stabilisiert. Huber geht davon aus, dass sich die positive Entwicklung fortsetzt und das Gesamtjahr 2006 mit einem deutlichen Gästeplus von etwa 2,5 % und stabilen Übernachtungszahlen abschließen wird.

Der Freistaat lebt zum nicht unwesentlichen Teil vom Tourismus: Das Einkommen von rund 560.000 Beschäftigten ist vom Fremdenverkehr abhängig. Der Zahlen aus Europa um 6,1% (auf rd. 3,1 Mio.), aus Amerika um 18,3% (auf rd. 633.000) und aus den asiatischen Ländern um 5,6% (auf rd. 453.000). Ein

das beliebteste inländische Reiseziel der Deutschen“, konstatierte Erwin Huber.

Divergierende Entwicklung

Als dramatisch bezeichnete der Politiker die divergierende Entwicklung zwischen den bayerischen Städten (plus 30 %) und Landkreisen (minus 7,1 %). Ursächlich für diese Entwicklung sei das veränderte Reiseverhalten. Generell erlebe der Städtetourismus einen regelrechten Boom. Die Zugkraft von Kunst und Kultur, Sportgroßveranstaltungen, Festivitäten und Events aller Art, Shopping und einer Vielfalt gastronomischer Angebote spreche alle Altersgruppen an.

Von Städten profitieren

Tourismuspolitisch müssten Anstrengungen unternommen werden, damit der ländliche Raum seinerseits von der Zugkraft der Städte profitiert. Angebote, die den Stadtbesuch mit einer Tour ins Umland kombinieren, seien hier ebenso denkbar wie Themenangebote, die Touristen in die Fläche führen (z.B. „Römer in Franken“, „Kultourpfad Franken“, Bier und Barock in Ostbayern). Prädikatisierte Premiumwege für Wanderer und Radfahrer seien eine weitere Option, die Kaufkraft der Gäste über attraktive Routen auch ins Umland zu lenken. Die touristische Vermarktung der Fläche könne auch durch Gästekarten wie z.B. die Oberbayern-Card des Tourismusverbands München-Oberbayern nachhaltig gefördert werden. **DK**

Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Bruttoumsatz der Branche wird auf jährlich 24,3 Mrd. Euro beziffert. Die Stagnation bei den Übernachtungszahlen ist Huber zufolge auf mangelnde Binnen-Nachfrage zurückzuführen.

Hauptmotor Ausland

Nach den Worten des Ministers war der Hauptmotor unverändert das Ausland mit einem Gästeplus von 7,8 % und einem Übernachtungszuwachs von 8,6 %. Dabei stiegen die Besucher-

wichtiges Marktpotential biete zunehmend Osteuropa. Die Gästezahlen aus Russland stiegen um 12,4% und auch Polen (+23,3%) weisen enorme Zuwächse auf. Für positive Signale im bayerischen Tourismus sorgte auch der asiatische Markt. Im Inlandmarkt sind die Ankünfte von Januar bis September 2006 um 0,4% gestiegen, die Übernachtungen um 2,3% zurückgegangen. „Dennoch bleibt Bayern mit Abstand das wichtigste Urlaubsland in Deutschland und

Rohstofftag in Augsburg:

Steinbrüche: wertvolle Natur-Inseln in der Landschaft

Untersuchung in 52 Steinbrüchen im Freistaat zeigt hohe Artenvielfalt / Rohstoffabbau trägt zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei

Steinbrüche und Gruben sind wertvolle Natur-Inseln in der Landschaft. Das ergab eine Untersuchung an 52 Steinbrüchen des Freistaats, die beim zweiten Rohstofftag am Landesamt für Umwelt (LfU) in Augsburg vorgestellt wurde. Die Ergebnisse lassen aufhorchen: Steinbrüche in allen Landesteilen sind besonders artenreich und beherbergen viele seltene und gefährdete Arten.

Drei Jahre lang hatten Biologen bei der ersten Repräsentativuntersuchung bayerischer Steinbrüche Inventur gemacht. Sie fanden bei ihren Untersuchungen in den Steinbrüchen mehr als 1.000 Pflanzenarten, das sind mehr als 40 Prozent aller in Bayern bekannten Arten, darunter viele seltene oder sogar vom Aussterben bedrohte Arten.

Überdurchschnittlich artenreich sind auch die Vögel vertreten, an den Felswänden der Steinbrüche brüten zum Beispiel mehr als die Hälfte der bayerischen Uhus und des Wanderfalcken. Auch für viele Insekten-

gruppen sind Steinbrüche echte Refugien.

Biologische Vielfalt

LfU-Vizepräsident Bernd Matthes hob bei der Fachtagung in Augsburg die Bedeutung von Steinbrüchen hervor: „Der Rohstoffabbau trägt zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei“. Er forderte die Steinbruch-Betreiber dazu auf, bereits in der Planung und im Betrieb dem Naturschutz seinen Platz einzuräumen. Im Freistaat gibt es mehrere tausend Steinbrüche und Gruben. Pro Jahr werden in Bayern

rund 150 Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe abgebaut. Das entspricht einem jährlichen Pro-Kopf-Bedarf von 12 Tonnen.

Rund 1.000 Steinbrüche und Gruben wurden bei der Untersuchung erfasst und ausgewertet, rund die Hälfte davon sind Kalkbrüche. Aber auch Steinbrüche aus Granit, Gips, Basalt und Sandstein sind vertreten. Daraus wurde eine repräsentative Auswahl von 52 Brüchen mit einer Gesamtfläche von rund 400 Hektar detailliert untersucht. Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden gemeinsam vom Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V. und dem LfU herausgegeben.

Neue Biotoptypen

Der Abbau von Festgesteinen verändert die Natur und die Landschaft von Grund auf. Es entstehen jedoch dabei neue Biotoptypen, vom Steinbruchrand bis zur Steinbruchsohle. Viele dieser sogenannten Sekundärbiotop sind sehr arm an Nährstoffen und an Wasser und mosaikartig kleinteilig. An den Felswänden der Brüche, den Halden und Schutthängen kann es im Sommer sehr heiß, im Winter extrem kalt werden. Steinbrüche und Gruben bieten deshalb vielen spezialisierten Arten und Lebensgemeinschaften neue und geeignete Lebensräume, die es in der Kulturlandschaft nicht mehr gibt. Selbst bei vollem Abbaubetrieb kön-



Für Geologen interessant ist dieser Steinbruch im Spessart. □



Kolumne Hanns Dorfner



Liebe Lesern

Für die derzeit auf den verschiedenen Ebenen der kommunalen Familie diskutierte Änderung der Zuständigkeiten nach dem AGSGB wäre es durchaus hilfreich, sich noch einmal der Grundsätze der Verwaltungsreform zu erinnern. Hieß es da nicht, man dürfe die Verwaltungsreform nicht vom Ressortprinzip, sondern vom Bürger her sehen? Die Stärkung der Landratsämter war folgerichtig ein Anspruch dieser Reform, bei der

dem ambulanten Bereich gewährleistet ist. Dieses bisher bestehende Manko fehlender Ortsnähe der Bezirke für die Zukunft wegfällen zu lassen, halte ich im Interesse der Betroffenen für unerlässlich. In der Zuständigkeitsverlagerung auf die Kreisebene sehe ich aber auch die Chance finanzieller Gestaltungsmöglichkeiten, geht es doch Bayern weit immerhin um finanzielle Größenordnungen von etwa 320 Mio. Euro für den stationären und den ambulanten Bereich. Hier sollten uns die Erfahrungen aus Baden-Württemberg ermutigen, die gezeigt haben, dass es nicht zwangsläufig teurer werden muss, wenn Aufgaben nach unten verlagert werden, sondern sogar eine günstigere Kostenentwicklung eintreten kann. Voraussetzung muss natürlich aber sein, dass ein auf Dauer ausgerichteter und dynamisch gestalteter finanzieller Ausgleich gewährt wird, beispielsweise über das Instrument Schlüsselzuweisungen. Der Bayerische Landkreistag hat bereits Überlegungen angestellt, wie die finanziellen Verwerfungen aufgefangen werden können. Haben wir daher den Mut zur Konsequenz und nehmen wir diese neue Aufgabenzuständigkeit in den Landkreisen an. Ich bin überzeugt, dass wir es können!

Verwaltungsreform vom Bürger her sehen!

nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung Aufgaben und Zuständigkeiten nach „unten“ verlagert werden sollten.

Gerade jetzt bietet die sachlich und organisatorisch sinnvolle Zusammenführung von stationären und ambulanten Leistungen bei der Eingliederungshilfe einerseits und der Hilfe zur Pflege andererseits, die Möglichkeit, im Sinne der Reformansätze dem überörtlichen und örtlichen Träger der Sozialhilfe funktional gebündelt jene Zuständigkeiten zu geben, die einen wirkungsvollen Vollzug erwarten lassen. Die Umsetzungsformel wird daher lauten müssen, die Eingliederungshilfe komplett den Bezirken, die Hilfe zur Pflege in voller sachlicher Zuständigkeit den örtlichen Trägern, also den Landkreisen zu übertragen.

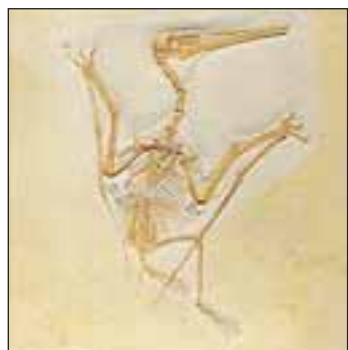
Die Landkreise sind offen für neue Aufgaben und sie sind auch in der Lage, den personellen und organisatorischen Herausforderungen der Gesamtzuständigkeit für die Hilfe zur Pflege gerecht zu werden. In der Vergangenheit haben sie dies wiederholt unter Beweis gestellt. Darüber hinaus spricht eine Vielzahl fachlicher Gründe für eine Zuständigkeitsverlage-

Hanns Dorfner

nen mit Ruhezeiten und Pufferstreifen bereits die Weichen dafür gestellt werden, dass Steinbrüche für Flora und Fauna wertvolle Natur-Inseln in der Landschaft sind.

Rohstofferkundung

Vor mehr als 150 Jahren wurde der staatliche geologische Dienst gegründet, um im Freistaat die Rohstofferkundung voranzutreiben. Seit vielen Jahren erforschen die Geologen des LfU und dessen Vorläuferbehörde, des Geologischen Landesamtes, im Auftrag des Bayerischen Wirtschaftsministeriums die Rohstoffvorkommen und Lagerstät-



In den Solnhofer Steinbrüchen gibt es neben der lebenden auch höchst interessante längst ausgestorbene Artenvielfalt. Unsere Aufnahme zeigt den Kurzschwanzflugsaurier *Pterodactylus kochi*. □

ten, bringen dazu Bohrungen nieder und untersuchen die Rohstoffeigenschaften in den Labors. Seit 2002 läuft ein Zehnjahresprogramm zur Rohstofferkundung. Besonders im Fokus stehen die Quarzvorkommen für die Solarindustrie, Weißkalk für die Papierindustrie und Hartgesteine für Gleis- und Straßenschotter. Die Ergebnisse werden unter anderem in den Karten des LfU und im Bayerischen Bodeninformationssystem (www.bis.bayern.de) veröffentlicht. □

Wiederwahl von Böhle bei VKA-Herbsttagung:

Keine faulen Kompromisse!

Längere Arbeitszeiten gefordert

Bei der diesjährigen Herbstsitzung der Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in Bad Doberan wurde Dr. Thomas Böhle, Berufsmäßiger Stadtrat der Stadt München, als Präsident bestätigt. Einstimmig wurde er für die kommenden Geschäftsjahre 2007 bis 2009 wieder gewählt.

Der alte und neue Präsident sieht die VKA vor der Bewältigung schwieriger Aufgaben: „Insbesondere die Erhaltung des Flächentarifvertrages in Zeiten, in denen zunehmend einzelne Berufsverbände die Durchsetzung eigener Ziele auch gegen die Interessen der anderen Beschäftigtengruppen anstreben und sich dazu gewerkschaftlich organisieren, wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Amtsperiode sein. Nur durch den Flächentarifvertrag kann eine gerechte Lohnfindung für alle Beschäftigtengruppen gewährleistet werden, die sich auch am Miteinander orientiert“, bemerkte Böhle. Kurzfristig müsse es darum gehen, die für die Länder vereinbarten längeren Wochenarbeitszeiten auch bei den Kommunen zur Geltung zu bringen. „Hier stehen die Gewerkschaften im Wort“, so der VKA-Vorsitzende.

die Voraussetzungen der Meistbegünstigung erfüllt. „Die für Bayern seit dem 1. November 2006 gültige Wochenarbeitszeit von 40 Stunden 6 Minuten anstelle von bisher 38,5 Stunden beanspruchen wir für das gesamte Tarifgebiet West der VKA“, fuhr Böhle fort. Die Mitgliederversammlung der VKA forderte die Gewerkschaften auf, dies anzuerkennen. Gleichzeitig beschloss sie, bis dahin das Wirksamwerden von gesondert mit den Gewerkschaften ausgehandelten Zugeständnissen beim TVöD auszusetzen.

Situation der Krankenhäuser

Der für die Krankenhäuser zuständige Gruppenausschuss, das Präsidium und die VKA-Mitgliederversammlung befassten sich zudem ausführlich mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation der in den Kommunalen Arbeitgeberverbänden organisierten Krankenhäuser. Vor dem Hintergrund der ohnehin extremen Belastungen und Zumutungen an den Krankenhausbereich seien die zusätzlichen durch die Gesundheitsreform geplanten Maßnahmen völlig inakzeptabel, so die Sitzungsteilnehmer.

Nach monatelangen tarifpolitischen Auseinandersetzungen, in der schwerpunkt- und flächen-

Meistbegünstigungsklausel

Aus Anlass des Abschlusses des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) ist mit den Gewerkschaften eine Meistbegünstigungsklausel tarifvertraglich vereinbart worden, die der VKA das Recht gibt, mit den Ländern vereinbarte längere Arbeitszeiten zu übernehmen. Mit der Vereinbarung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayern am Gängelband ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Bürger und Unternehmer zu erhöhen. Dazu habe das Innenministerium gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept für eine „zentrale Anlaufstelle für Antragsteller bei Genehmigungsbehörden“ entwickelt.

Stärkere Differenzierung

Grundsätzlich machte Beckstein darauf aufmerksam, dass mit Sicherheit weniger Bürokratismus und auch weniger Bürokratie benötigt werde - dies jedoch an



Innenminister Dr. Günther Beckstein. □

den richtigen Stellen umzusetzen sei. Bürokratie als solche dürfe nicht nur negativ gesehen werden. Ohnehin müsse in der politischen Arbeit stärker differenziert werden zwischen Bereichen, in denen Bürokratie vom Bürger als etwas Lästiges, als Innovationen und Investitionen Hemmendes empfunden wird (siehe Sammlungsgesetz, Baugenehmigungen, Statistikpflicht bei Hotel- und Gaststätten) und anderen Bereichen, wo sie sinnvoll ist und als auch als sinnvoll angesehen wird. Dazu zähle insbesondere das Polizei- und Sicherheitsrecht.

Bürger erwarten nachvollziehbares Verwaltungshandeln

Hier erwarteten die Bürger ein einheitliches und nachvollziehbares Verwaltungshandeln insbesondere der staatlichen Stellen. Beckstein: „Wir benötigen eine ordnungsgemäße Verwaltung. Die Mitarbeiter dürfen nicht durch eine undifferenzierte, negativ geprägte Diskussion ins Abseits gestellt werden.“

Neben Kommunalminister Beckstein stellten im Rahmen einer Podiumsdiskussion, die vom

stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden, Passaus Landrat Hanns Dorfner moderiert wurde, der Präsident der unterfränkischen Handwerkskammer, Walter Stoy, Michael Bischof, unterfränkischer Geschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und Aschaffenburgs Landrat Ulrich Reuter ihre Sicht der Dinge dar.

Wirtschaft am Gängelband

Stoy zufolge hängt weniger Bayern, sondern in erster Linie die Wirtschaft am Gängelband der Demokratie. Und hier machten insbesondere die Bundesgesetze der Wirtschaft zu schaffen. „Das beste Konjunkturprogramm des Handwerks wäre der Abbau der Bürokratie“, meinte Stoy. Wenn man bedenke, dass allein die administrativen Kosten für einen Handwerksbetrieb bis zu zwölf Beschäftigten im Jahr etwa 4.400 Euro pro Mitarbeiter ausmachen, dann sei diese Forderung doch mehr als gerechtfertigt. Allein das Arbeitsrecht - im übrigen 2,5 Kilogramm schwer! - umfasse über 4.600 Seiten. Insgesamt gebe es

auf Bundesebene mehr als 7.000 Gesetze - ein Umstand, der für den Handwerker gar nicht mehr zu bewerkstelligen sei. Ohnehin sähen sich die Unternehmer und Meister mittlerweile mehr in der Rolle des Verwaltungsangestellten - wen wundert's?

Immense Kosten

„Überbordender Bürokratismus vernichtet Arbeitsplätze“ betonte Michael Bischof. In einem Betrieb mit knapp zehn Beschäftigten betrügen die internen und externen Bürokratiekosten im Jahr 3.579 Euro pro Arbeitsplatz. Dies zeige, dass die Bürokratie vor allem die mittelständischen und Kleinbetriebe trifft, die 90 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland ausmachen und den Jobmotor schlechthin darstellten. Ein Mittelständler müsse im Jahr 230 Stunden seiner Arbeitszeit für Behörden, Statistiken, Genehmigungsverfahren, Sicherheitsvorschriften etc. aufbringen. „Dies bedeutet für die deutsche Wirtschaft, dass durch staatliche Bürokratie eine Gesamtkostenbelastung von 46 Mio. Euro pro Jahr zu verkraften ist“, erläuterte der vbw-Geschäftsführer. Berechnungen zu-

folge würde ein durchgreifender Bürokratieabbau das Wirtschaftswachstum in Deutschland um 1,5 Prozent steigern; 600.000 neue Arbeitsplätze könnten entstehen.

Geduld ist gefordert

„Deregulierung wäre in der Tat das Konjunkturprogramm Nummer eins“ stimmte Bischof Stoy zu; zunehmender Bürokratismus sei dagegen „eine eklatante Wachstumsbremse“. Wer in Deutschland ein Unternehmen gründen will, brauche um einiges mehr Geduld als in anderen Ländern: Während es hierzulande durchschnittlich 24 Tage bis zur Genehmigung dauert, sind es in Australien lediglich zwei Tage und selbst in Italien nur 13 Tage. Grundsätzlich, so Bischof, bedeute Bürokratie mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze. Benötigt werde „ein schlankerer Staat und mehr Freiheit“. Hier die richtige Balance zu finden, werde die Aufgabe der Zukunft sein.

Auseinandersetzungen erst in der Nachprüfung

„Auch die öffentliche Verwaltung leidet unter Bürokratie“, bemerkte Ulrich Reuter. Man müsse berücksichtigen, „dass wir alle ein Stück weit selbst am Bürokratieaufbau beteiligt sind“. Tatsache sei, dass es das erklärte Ziel Bayerns ist, das Land mit den wenigsten Vorschriften zu werden. Bei der Planung einer Kreisstraße beispielsweise müsse es nicht sein, „dass die Regierung schauen muss, ob das Straßenbauamt vor Ort richtig geprüft hat, ob das Landratsamt richtig geplant hat und dann prüft auch noch die Oberste Baubehörde, ob die Regierung richtig geprüft hat und ob das Straßenbauamt sich richtig verhalten hat, usw. ...“ Auseinandersetzungen, falls nötig, könnten doch auch auf die Nachprüfung verlagert werden, meinte Reuter, dem es zudem ein Anliegen war, sich bei Minister Beckstein für den „in Deutschland einmaligen FAG 2007“ zu bedanken. Dieser beinhaltet eine Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerertrag und eine deutliche Stärkung der kommunalen Investitionskraft. „Wir sind froh, dass Sie auf unserer Seite ringen“, machte der Landrat deutlich.

Keine faulen Kompromisse ...

(Fortsetzung von Seite 3)
mäßig ganze Krankenhausbetriebe bestreikt und über Wochen die Patientenversorgung auf das Schwerste behindert worden seien, hätten sehr viele Krankenhäuser erhebliche Einnahmeverluste hinnehmen müssen, die deren wirtschaftliches Überleben in Frage stellen.

Personalkostensteigerungen

Die Ergebnisse dieser Tarifauseinandersetzungen führten zu zusätzlichen Personalkostensteigerungen von geschätzten 1,5 Milliarden Euro, für die keine Kompensation gewährt wird. Darüber hinaus seien aufgrund einer Vielzahl gesetzlicher Auflagen Mehrkosten zum Beispiel durch die Änderung des Arbeitszeitgesetzes, der Abschaffung des Arztes im Praktikum (AIP), der Änderung der Pflegeausbildung, durch DRG-Systemkosten, Mehrwertsteuererhöhung und Weiterführung des Abzugs für integrierte Versorgung hinzunehmen. All jene Belastungen durch Einnahmebeschnidungen und Ausgabenerhöhungen, auf die die Krankenhäuser keinen Einfluss ausüben könnten, be-

Pressemitteilung des Genossenschaftsverbandes Bayern:

Studie bestätigt BaFin-Kritik der bayerischen Kreditgenossen

Im Auftrag des Bundesfinanzministeriums hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht, welche Erfahrungen Kreditinstitute seit Gründung der BaFin im Jahr 2002 mit der Bankenaufsicht gemacht haben. Befragt wurden 808 Kreditinstitute.

Angesichts der Ergebnisse der Studie ist für Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB) klar: „Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vom November 2005 ihren Willen bekundet, die Regulierung der Finanzaufsicht auf das notwendige Maß zurückzuführen. Die Studie des DIW bekräftigt, dass das dringend notwendig ist.“

Dennoch bestätigt die Kritikpunkte des Genossenschaftsverbandes Bayern an der Bankenprüfung in Deutschland. Deutlich wird die hohe Kostenbelastung vor allem kleinerer Institute durch Sonderprüfungen, wenn die Prüfungskosten im Verhältnis zur Bilanzsumme betrachtet werden. Verständlich ist deshalb das mehrheitliche Votum insbesondere von in der Studie befragten Kreditgenossenschaften und Sparkassen für die Einführung einer Kostenbeitrags zur BaFin an Bankenprüfungen. In der Studie wird darüber hinaus deutlich, dass der Ar-

beitsaufwand, der den Banken im Rahmen von Sonderprüfungen entsteht, immens ist. Zwar fällt er laut Studie in absoluten Stundenzahlen im Durchschnitt bei kleinen Banken geringer aus als bei großen. Jedoch belastet der Arbeitsaufwand in Relation zu den vorhandenen Ressourcen kleinere Häuser gegenüber größeren Banken überproportional stark.

Durch die Studie wird zudem die bisherige Kritik des GVB an der Bankenaufsicht in folgenden Punkten gestützt: Die befragten Banken fordern, dass sich die Prüfungen stärker an der Risikosituation der Kreditinstitute orientieren sollten. Außerdem ist die Arbeitsteilung in der Finanzaufsicht zwischen der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für die befragten Banken nicht transparent. Zudem kritisiert die überwiegende Mehrheit der Befragten den erhöhten Bürokratieaufwand seit Gründung der BaFin. Hinzu kommt, dass sich nach Einschätzung von Kreditinstituten der Einfluss der Bankenaufsicht auf Geschäftsabläufe und Entscheidungen der Banken erhöht hat. Die Kreditinstitute beanstanden weiterhin vor allem die hohen Kosten, die bei der Anwendung des Geldwäschegesetzes entstehen. □

Wie sein Amtskollege Hanns Dorfner bemerkte, spiegle sich Bürokratie in zwei Fakten: zu komplizierte, umfangreiche Vorschriften und zu starke Reglementierungen. Minister Beckstein griff diesen Gedanken auf und appellierte an die Landesversammlung: „Wenn wir nicht bereit sind, Dinge in Frage zu stellen, werden wir mehr Bürokratie

bekommen. Wer Bürokratie abbauen will, muss Unterschiedlichkeit akzeptieren. Das höchste Kriterium ist der Bürger, deren Dienstleister wir sind. Wir müssen stets aufs Neue das Vertrauen des Bürgers erarbeiten und zeigen, dass wir deutlich besser sind als die anderen. Keinesfalls dürfen wir der ‚Arroganz der Macht‘ anheim fallen!“ DK

Kongress der bayerischen Wirtschaftsförderer in Bad Gögging:

Gelungene Premiere

Intensivierung auf kommunaler und Landesebene Informationsaustausch mit Minister Huber

Als „einen wichtigen Schritt, die Kooperation der Wirtschaftsförderung auf Landes- und kommunaler Ebene noch effizienter zu gestalten“, hat Wirtschaftsminister Erwin Huber den erstmalig stattgefundenen Kongress der bayerischen Wirtschaftsförderer bezeichnet. Rund 120 Expertinnen und Experten der Bezirksregierungen, kreisfreien Städte, Landkreise und Regionalmarketinginitiativen hatten sich zu einem zweitägigen Erfahrungs- und Informationsaustausch im niederbayerischen Bad Gögging auf Einladung von Invest in Bavaria, der zentralen Einrichtung im Freistaat für Investorenbetreuung und Standortmarketing, getroffen.

Huber nannte es auch einen Verdienst der bayerischen Wirtschaftsförderer vor Ort, dass Bayern in Westeuropa einer der erfolgreichsten Investitionsstandorte ist. Gerade in den vergangenen Wochen und Monaten sei-

en wieder Investitionsentscheidungen in Milliardenhöhe pro Bayern getroffen worden. Die Wirtschaftsförderung auf allen Ebenen des Freistaats leiste zur Attraktivität des Standortes einen wichtigen Beitrag, betonte Huber.

Netzwerk

Markus Wittmann, der Leiter von Invest in Bavaria, wies darauf hin, dass der weltweite Wettbewerb um Unternehmensinvestitionen von Jahr zu Jahr stärker werde. Deshalb sei es für einen Flächenstaat wie Bayern immens wichtig, auf ein gut funktionierendes Netzwerk an regionalen Wirtschaftsförderern zurückgreifen zu können.

Der Meinungsaustausch werde konstruktiv dazu beitragen, dass Bayern künftig noch schlagkräftiger auf Investitionsanfragen reagieren kann, resümierte Wittmann. Auf dem Kongress wurden Maßnahmen zur Bestandspflege diskutiert und Möglichkeiten erörtert, wie bayernweites und regionales Marketing noch besser aufeinander abgestimmt werden kann. „Wir wollen verstärkt ausländische Firmen dazu bewegen, in die einzelnen bayerischen Regionen zu investieren. Genauso wollen wir aber auch unsere schon hier agierenden Firmen zufrieden zu investieren in Bayern und nicht woanders vornehmen“, stellte der Invest-in-Bavaria-Chef fest. DK

Im Dialog mit der Gesellschaft

Die bayerische Museumslandschaft mit der großen Zahl an staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen stand im Zentrum des ersten Museumstages der CSU. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, MdL Dr. Ludwig Spaenle und seine Stellvertreterin, Prof. Dr. Julia Lehner, luden hierzu Mitglieder des AKH und Interessierte zu einem Austausch in das Museum Industriekultur in Nürnberg ein.

Wiederholt wurde während einer Podiumsdiskussion die Frage aufgeworfen, wie man es schafft, wieder mehr junge Leute, und hier vor allem junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren für Ausstellungen zu interessieren. Neuere Ausstellungen haben gezeigt, dass eine zeitgemäße Aufmachung gekoppelt mit längeren Öffnungszeiten attraktiver ist. Der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz Durner, sieht in der Museumspädagogik, die sowohl Kinder als auch Eltern anspricht, eine gute Chance, verstärkt das junge Publikum mit einzubeziehen.

Schüler führen Schüler

Schulen stärker mit der Museumsarbeit zu verzahnen, war eine weitere Forderung der Teilnehmer an die Experten. Diesen Ansatz verfolgt das Projekt „Schüler führen Schüler“, das Prof. Florian Hufnagel, Direktor der staatlichen Neuen Sammlung in München, kurz vorstellte. Als Vorreiter betätigt sich das Deutsche Museum, wenn es darum geht, das Museum in die Schule zu holen. Die Internetseite des Museums bietet eine Vielzahl an Beschreibungen, interaktiven Spielen und Abbildungen zu technischen Fragen, die jederzeit auch im Schulunterricht verwendet werden können.

Zum Abschluss referierte Herbert Mayer, Mitbegründer des Kelten Römer Museums in Manching, über dessen Aufbauarbeit. Das nicht-staatliche Museum sei größtenteils aus privaten Beiträgen aufgebaut worden. Der Keltisch Römische Freundeskreis Manching e.V. habe Gespräche mit Behörden geführt und Sponsoring und Medieninteresse angekurbt. Die Webseite und die gute Werbung trügen dazu bei, „dass das Museum bereits nach den ersten 100 Tagen eine sehr positive Bilanz ziehen kann“, betonte Mayer. DK

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume angemahnt

„Jeden Vorschlag zum Bürokratieabbau begrüßen, auch wenn nur dünne Bretter gebohrt werden wie bei den Vorschlägen des Freistaats im aktuellen Gesetzentwurf“, will man beim Bayerischen Gemeindetag, so Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf einer Präsidiumssitzung seines Verbandes in München. Auch der neueste Gesetzentwurf sei kein Durchbruch zur Entlastung der Gemeinden und ihrer Bürgerinnen und Bürger von überflüssigen Gesetzen und Verordnungen.

Brandl appellierte an die Bayerische Staatsregierung, endlich die Handlungsspielräume der Kommunen nachhaltig und spürbar zu erweitern. Er forderte im Einzelnen, staatliche Fördermaßnahmen stärker als bisher über Pauschalen durchzuführen, mit der Vereinfachung des Förderwesens eine deutliche Vereinfachung des Prüfungswesens zu verbinden sowie haftungsrechtliche Vorgaben für die Kommunen zu reduzieren und stattdessen stärker die kommunale Eigenverantwortung in den Vordergrund zu stellen.

Brandl zufolge sind die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag gefordert, nachhaltige Einschnitte im Vorschriften-Dschungel und Änderungen im System vorzunehmen. Der Bayerische Gemeindetag biete hierfür seine Mitarbeit an. DK

E.ON Bayern:

Partner der Kommunen in Unterfranken

Zahlreiche Bürgermeister beim Kommunalforum auf der Festung Marienberg

Über 80 Repräsentanten unterfränkischer Gebietskörperschaften begrüßte E.ON Bayern auf der Festung Marienberg in Würzburg zum Kommunalforum. Der regelmäßige Informations- und Gedankenaustausch mit den Bürgermeistern und Entscheidungsträgern von Städten und Gemeinden hat bei dem Energiedienstleister seit langem Tradition.

E.ON Bayern Generalbevollmächtigter Rolf Wutschka erläuterte aktuelle Themen aus Sicht von E.ON Bayern. Viele positive Reaktionen erhalte das Unternehmen für die Schülerlotsen-Aktion, bei der Schülern mit Sicherheitskleidung ausgestattet werden.

Hohe Leistungsfähigkeit

Mit einem Investitionsvolumen von rund 225 Millionen Euro trage E.ON Bayern dazu bei, dass bei den Auftragnehmern rund 3.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Wutschka versicherte den Gästen, dass E.ON Bayern auch in Zukunft für Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger regionaler Präsenz stehe.

E.ON Bayern:

Weiterhin Servicepartner für Königsberg

Die E.ON Bayern AG bietet den Kommunen als Servicepartner Dienstleistungen an, u. a. bei allen Fragen rund um die Straßenbeleuchtung. Die Stadt Königsberg schloss jetzt einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag mit einer fünfjährigen Laufzeit ab. Gleichzeitig beauftragte die Kommune den Energiedienstleister, die Straßenbeleuchtung im Rahmen eines Straßenbeleuchtungsvertrags von Weiß- auf Gelblicht umzustellen. Hier übernimmt E.ON Bayern die Verantwortung für die gesicherte Beleuchtung mit effizienten, energiesparenden Leuchtmitteln, die Kommune spart Kosten und kann sich ganz auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Neue Straßenbeleuchtungsanlage

Bürgermeister Erich Stubenrauch besichtigte gemeinsam mit Ilona Morgenroth, Kommunale Kundenbetreuerin von E.ON Bayern, und Robert Gold, Gebietsserviceleiter des Kundencenters Schweinfurt, die neue Straßenbeleuchtungsanlage. „Das Konzept ist einfach“, so Morgenroth, „mit einer 70 Watt Gelblicht-Lampe kann die gleiche visuelle Beleuchtungsstärke erzielt werden, wie mit einer 125 Watt Weißlicht-Lampe, außerdem ist die Nutzlebensdauer von Gelblicht-Lampen wesentlich länger“. In Königsberg werden 221 Quecksilberdampf-Hochdrucklampen und 15 Leuchtstofflampen durch Natriumdampf-Hochdrucklampen ersetzt. Hierdurch lassen sich rund 25 Prozent der jährlichen Stromkosten einsparen.

Der Vorteil der Vereinbarung: Die Kommune hat keine Investitions- und Unterhaltungskosten, denn E.ON Bayern finanziert die Modernisierung vor und trägt auch das Risiko der Leuchtmittelauswechslung. Die im Gegenzug von der Stadt zu entrichtende fixe Jahrespauschale für Energie- und Betriebskosten bedeutet ein Mehr an Budgetsicherheit. Die Investitionskosten finanzieren sich über die Laufzeit der Vereinbarung durch die Energieeinsparung. □

Wutschka lud die Bürgermeister ein, sich mit ihren ökologischen Projekten um den Preis zu bewerben. Der diesjährige Hauptpreis ging an das Zentrum für angewandte Energieforschung in Würzburg.

Moderne Energiekonzepte

Im Mittelpunkt des Kommunalforums stand das Thema Energieeffizienz durch moderne Energiekonzepte. Prof. Dr. Andreas Beck vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE Bayern) ging auf die rechtlichen Rahmenbedin-

gungen ein und stellte energieeffiziente Techniken anhand ausgewählter Praxisbeispiele vor.

Vertriebliche Themen

Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien in kommunalen Anlagen und die verschiedenen Formen von Contracting erläuterte Rolf Freudenberger, Leiter Kommunen bei E.ON Bayern. Zudem gab er einen Überblick zu aktuellen vertrieblichen Themen wie Strompreisstabilität für Kommunen, Wasser-/Abwasserdienstleistungen und die E.ON Bayern-Energiespartour im Rahmen der Energiespar-Offensive, mit der das Unternehmen tausende von Verbrauchern in fast 300 Städten und Gemeinden angesprochen hat.

Das Energiekonzept des Markts Burgsinn und die Erfahrungen in der Praxis gab Bürgermeister Franz Schüßler an seine Kollegen weiter. □

Strompartnerschaft um 20 Jahre verlängert

Schauffling setzt Kooperation mit E.ON Bayern fort

Die Gemeinde Schauffling hat mit E.ON Bayern einen neuen 20-jährigen Konzessionsvertrag abgeschlossen, in dem die Rechte und Pflichten der beiden Vertragspartner in Sachen Stromversorgung geregelt sind. Damit wird eine Partnerschaft fortgesetzt, die sich in den zurückliegenden Jahren nach Meinung aller Beteiligten außerordentlich bewährt hat.

Für die Stromversorgung von gut 600 Kunden in Schauffling stellt E.ON Bayern im Jahr fast drei Millionen Kilowattstunden bereit. Der neue Konzessionsvertrag verschafft E.ON Bayern die Planungs- und Investitionssicherheit, um das Stromnetz in Schauffling auszubauen und zu optimieren. So werden geplante Netzbaumaßnahmen zur weiteren Verbesserung der Stromversorgung beitragen.

Kundencenter-Leiter Horst Altenhofer und Kommunalbetreuer Franz Bloier von E.ON Bayern übergaben im Rathaus an 1. Bürgermeister Hermann Hackl im Beisein seiner Vertreter Ferdinand Schuster und Karl Bauriedl den neuen Konzessionsvertrag. Sie waren sich einig, mit diesem Vertrag eine gute Grundlage für die Fortsetzung einer langfristig erfolgreichen und vertrauensvollen Partnerschaft zu legen. □

Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Das Energie-Mobil von E.ON Bayern kommt zu Ihnen. Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und lassen Sie sich von unseren Experten beraten, wo und wie Sie im Haushalt jede Menge Energie und Geld sparen können.

EnergieSpar-Tour 2006

- In rund 300 Kommunen in Bayern – also mit Sicherheit ganz in Ihrer Nähe
- Persönliche Analyse
- Individuelle Beratung
- Wertvolle EnergieSpar-Tipps
- Attraktives Gewinnspiel

Mehr Informationen unter:

www.eon-bayern.com/energiespartour



e.on | Bayern

Initiative klimafreundliches Bayern:

Erdwärme als echte Alternative

Bayerische Gemeinden mit Vorbildcharakter

Bayerns Untergrund lässt sich kostengünstig und klimafreundlich zum Heizen oder Kühlen nutzen. Mit welcher Methode dies am besten bewerkstelligt werden kann, zeigen die neuen bayerischen Erdwärme-Nutzungskarten, die Umweltminister Dr. Werner Schnappauf in München nach Abschluss der landesweiten geologischen Erfassung vorstellte. Der Minister: „Direkt unter unseren Füßen oder im eigenen Vorgarten ist ein enormes Energiereservoir in Boden und Grundwasser gespeichert. Dieses können wir nutzen, um unsere Gebäude klimafreundlich zu heizen und sogar zu kühlen - und das unabhängig von steigenden Energiepreisen.“

Belohnt werde man mit bis zu 70 Prozent niedrigeren Verbrauchskosten, so dass sich bereits nach wenigen Jahren im Vergleich zu Heizöl oder Erdgas die Anschaffung gerechnet hat, erklärte Schnappauf. Zudem würden fossile Brennstoffe ein-

lich wie eine Fußbodenheizung verlegt werden, sind die Bedingungen überall in Bayern günstig. Der Einsatz von meist 20 bis 100 Metern tief gebohrten Erdwärmesonden und von Grundwasserpumpen ist abhängig vom jeweiligen Untergrund und der rechtlichen Genehmigungsfähigkeit. In Wasserschutzgebieten ist er unzulässig.

Bayerische Förderung

Zur Zeit steht jede vierte in Deutschland installierte Wärmepumpenheizung im Freistaat. Auch bei den Neuanschlüssen liegt Bayern weit über dem Bundesdurchschnitt. Dieser Erfolg beruht nicht zuletzt auf der bayerischen Breitenförderung, der einheitlichen wasserrechtlichen Beurteilung und dem einfachen Erlaubnisverfahren.

Schnappauf zufolge wird die Klimaerwärmung auch in Bayern in den nächsten 50 Jahren deutlich zu spüren sein: „Umso besser, wenn dann mit ein und derselben Anlage im Winter geheizt und im Sommer gekühlt werden kann.“ Mit Grundwasserpumpen könne die Raumtemperatur auf bis zu 12 Grad gesenkt werden - ganz ohne eine Energie und Geld fressende Klimaanlage.

Beispiel Reichertshausen

Beispiele für eine erfolgreiche Nutzung der oberflächennahen Geothermie gibt es zuhauf. Erst vor wenigen Monaten wurde die Gemeinde Reichertshausen, Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm, für ihr Pilotprojekt „Energetische Sanierung der Heizanlage der Schule durch Einsatz einer Hochtemperatur-Wärmepumpenanlage“ mit dem E.ON Bayern Umweltpreis ausgezeichnet.

Das gemeindliche Projekt demonstriert, dass regenerative Energien auch in Altbau-Gebäudenkomplexen ohne größere Umbauten genutzt werden können. Die ursprüngliche Beheizung des seit 1969 bestehenden Schulgebäudes erfolgte über eine ölbefeuerte Kesselanlage, die jährlich 55.000 Liter Öl verbrauchte. Als eine Gebäudesanierung und auf dem benachbarten Grund-

stück der Neubau der Gemeindebibliothek anstanden, fasste der Gemeinderat den Entschluss, bei der Beheizung auch regenerative Energien einzusetzen.

Durch den Einsatz von Wärmepumpen sowohl in der bestehenden Schule als auch in der neuen Gemeindebibliothek lässt sich ein CO₂-Einsparpotenzial von rund 80 Prozent realisieren. Ein Erdkollektor in annähernd vergleichbarer Größe ist bislang



Erdwärmekollektoren sind Wärmetauscher, die nur 0,2 m unterhalb der Frostgrenze (ca. 1,0 bis 1,2 m) verlegt werden.

in ganz Süddeutschland noch nicht erstellt worden.

Geothermie in Erding

Zu den Pionieranlagen für die Nutzung der Erdwärme in Oberbayern zählt das Geothermieheizwerk in Erding. Doch aus den Pioniertagen ist man längst heraus. Seit der offiziellen Inbetriebnahme im Jahr 1998 wurde das Versorgungsnetz kontinuierlich erweitert. Die Nachfrage nach zuverlässiger und bezahlbarer Versorgung mit Wärmeenergie nahm auf Grund der Entwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt stark zu. Die Kapazitäten der vorhandenen Tiefbohrung reichen nicht mehr aus, den zukünftigen Bedarf zu decken. Das System muss ausgebaut werden. Zu diesem Zweck wird im Westen der Stadt ein zweites Geothermieheizwerk errichtet.

Es entstehen zwei Fernwärme-Kreisläufe mit eigenen Energieerzeugungsanlagen, die eine Thermalwasserquelle gemeinsam nutzen. Das neue Geothermieheizwerk soll ab 2007 (Kesselanlagen) bzw. ab 2009 (Kesselanlagen und Geowärme) betriebsbereit sein. Geplant ist eine Wärmeerzeugung von 59.000 Megawattstunden pro Jahr im Endausbau. Dies entspräche der Versor-

gung von 3.278 Einfamilienhaushalten. Mit der neuen Anlage werden unter anderem zwei bestehende und ein geplantes Gewerbegebiet sowie zwei geplante neue Wohngebiete versorgt.

Unterhaching

Bei dem Projekt Geothermie Unterhaching handelt es sich schließlich um die bisher größte geothermale Tiefbohrung in Deutschland: Aus über 3.300 m Tiefe soll bis zu 150 l/sec heißes Thermalwasser an die Oberfläche gefördert werden - eine Fördermenge, die in Deutschland bisher bei diesen Temperaturen noch nicht erreicht wurde. Ebenfalls bis dato bundesweit nur einmal realisiert ist die Verbindung beider Nutzungsarten der Geothermie, also Wärme- und Stromversorgung, in einer Anlage: In einem Temperaturbereich zwischen 60 und 122 Grad stehen dazu ganzjährig ca. 38 MW thermische Energie zur Verfügung. Diese kann je nach Witterung entweder zur Produktion von Fernwärme oder von Strom (bis zu 3,4 MW) genutzt werden.

Durch seinen Pilotprojekt-Charakter wird der Erfolg der Unterhachinger Anlage für die weitere Entwicklung der Geothermie in Deutschland maßgeblich sein. So mag es kaum verwundern, dass die Maßnahme inzwischen auf internationaler Ebene mit Interesse verfolgt wird. DK

Downloads im Internet

Die Broschüren „Oberflächen-nahe Geothermie“, „Leitfaden Erdwärmesonden in Bayern“, und „Erdwärme“ können über die Website des Umweltministeriums www.stmugv.bayern.de heruntergeladen werden. Ein Geothermie-Atlas für Bayern findet sich im Internet des Wirtschaftsministeriums unter www.stmwivt.bayern.de und den GZ-Sonderdruck über den E.ON Bayern-Umweltpreis gibt es unter www.gemeindezeitung.de. □

Energiespar-Check

Jedes Haus hat Energiespar- und Klimaschutzpotenzial - man muss es nur erkennen und nutzen. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard anlässlich der Vorstellung des Energiespar-Check Bayern in Straubing.

Bernhard: „Ein gut gedämmtes und richtig beheiztes Haus spart Energie, schont den Geldbeutel und hilft dem Klimaschutz.“ Denn rund die Hälfte des gesamten Energiebedarfs in Bayern fallen bei privaten Haushalten und Kleinverbrauchern an. Davon werden drei Viertel für das Heizen benötigt. Der von der Staatsregierung geförderte Energiespar-Check, den der Kaminkehrer vornimmt, sei daher die ideale Möglichkeit für den einzelnen Eigentümer, die Einsparpotenziale seines Hauses zu erschließen. „Durch eine fachgerechte Wärmedämmung lassen sich wirtschaftlich bis zu 50 Prozent der Betriebskosten beim Heizen sparen. Würden alle Wohngebäude mit Baujahr bis 1978 saniert, könnten nach aktuellen Untersuchungen der TU München 11,5 Mio. Tonnen klimaschädliches CO₂ pro Jahr eingespart werden.“ so Bernhard. □

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann:

Finnen wissen, was gut ist

Deutsche Kernkrafttechnik weltweiter Exportschlager

Gegen einen Ausstieg aus der Kernenergie und für deutsche Kernkrafttechnik hat sich der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, beim Richtfest für eine neue Firmenzentrale des Kernkraftwerksherstellers Areva in Erlangen ausgesprochen. „Die Geschichte der Kernkrafttechnik in Erlangen ist eine weltweite Erfolgsgeschichte“, sagte Herrmann. Framatome, das die beiden Anteilseigner Siemens und die französische Areva jetzt in Areva NP umbenannt haben, genieße internationale beste Reputation. Die Erlanger Kraftwerksspezialisten hätten nicht nur dazu beigetragen, die slowakischen Kernkraftwerke Mochovce und Bohunice auf ein international akzeptiertes Niveau zu bringen. Auch in der Schweiz setze man im Kraftwerk Beznau auf deutsche Technik, mit der das komplette Reaktorschutzsystem modernisiert wurde. Im finnischen Olkiluoto errichte Areva zurzeit im Konsortium mit Siemens den ersten Europäischen Druckwasserreaktor EPR, der im Jahr 2009 in Betrieb geht. Herrmann kündigte an, dass die CSU-Fraktion im Juli des kommenden Jahres die EPR-Baustelle in Finnland besuchen werde.

Internationale Maßstäbe

„Nicht nur die Finnen, die sich in einer Volksabstimmung für den hochmodernen EPR entschieden haben, wissen, was gut ist. Deutsche Technik in der Kernenergiegewinnung setzt internationale Maßstäbe. Das Vertrauen ausländischer Partner ist immens. Nur hierzulande habe ich einmal mehr den Eindruck, dass der Prophet im eigenen Land nichts gilt“, kritisierte Herrmann Bundesumweltminister Gabriel, „der, anstatt auf deutsche Technik zu setzen, von einem noch schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie schwadroniert.“

Es sei das Ziel der CSU, auch die Menschen in Deutschland davon zu überzeugen, dass Kernkraftwerke mit einheimischer Technik noch lange sicher und umweltfreundlich weiterbetrieben werden können. „Es kann doch nicht sein, dass wir uns zurückentwickeln und uns aus einer Zukunftstechnologie verabschieden. Wir dürfen die Kompetenz bei der Kernkraftwerkstechnik nicht verlieren“, warnte Herrmann. □

Pilotprojekte für energiesparende Gebäudesanierung in Bayern:

Heizkosten senken mit innovativer Haustechnik

Fachtagung in München

Energie- und Umweltzentrum Allgäu eza! als Mitveranstalter

Insgesamt 42 Pilotprojekte in ganz Bayern zeigen, wie der Energieverbrauch in bestehenden Gebäuden durch gezielte Sanierungsmaßnahmen auf Niedrigenergiehausstandard reduziert werden kann. Einige von ihnen wurden in München auf einer Fachveranstaltung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), des Referats für Gesundheit und Umwelt der Stadt München und des Energie- und Umweltzentrums Allgäu (eza!) vorgestellt. Der Gebäudeenergieausweis, der mit der neuen Energieeinsparverordnung bundesweit eingeführt werden soll, war ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung.

„Die energetische Sanierung von Gebäuden ist die beste Antwort auf steigende Energiepreise“, sagte Christian Stolte von der dena. Schließlich senke sie die Nebenkosten, erhöhe den Wohnkomfort und mache die Bestandsgebäude dauerhaft attraktiv auf dem Immobilienmarkt. Die Nachfrage nach Gebäuden mit einer guten Energiebilanz werde merklich steigen, wenn Eigentümer, Käufer und Mieter demnächst anhand von Energieausweisen den Energiebedarf genau einschätzen können. Auch für die Pilotprojekte in Bayern wird laut Stolte ein Energieausweis ausgestellt werden. Mit einem Primärenergiebedarf von unter 39 kWh pro Quadratmeter und Jahr lägen sie optimal im grünen Bereich der Energieeffizienzskala.

Unterschiedliche Wohngebäude

Zu den Pilotprojekten gehören unterschiedliche Wohngebäude: vom Siebzigerjahrebaubis zum Fachwerkhäus aus dem 17. Jahrhundert, vom Einfamilienhaus mit knapp 100 Quadratmetern bis zum Mehrfamilienhaus mit fast 50 Wohnungen und über 2.300 Quadratmetern Wohnfläche. In den Städten Ansbach, Augsburg, Neu-Ulm, Nürnberg, München und Würzburg gibt es gleich mehrere Pilotprojekte, aber auch ländliche Regionen wie das Allgäu sind stark vertreten. Im Schnitt wird der Primärenergiebedarf um über 88 Prozent reduziert - dank optima-

ler Dämmung und Verglasung sowie effizienter Heizungs-, Lüftungs- und Solaranlagen.

Dreiliterhaus

In der Westermühlstraße in München lässt zum Beispiel die Katholische Kirchenstiftung St. Maximilian ein denkmalgeschütztes Mehrfamilienhaus aus der Gründerzeit zum Dreiliterhaus modernisieren. „Bei unserem Pilotprojekt haben wir Energiesparen, Denkmalschutz und Klimaschutz bestens miteinander vereinbart“, meinte Tobias Haubelt von der Kirchenstiftung. Gerade bei der Gebäudesanierung könne viel dafür getan werden, dass die Umwelt weniger mit Treibhausgasen belastet wird.

Energiepass

Im dena-Modellvorhaben „Niedrigenergiehaus im Bestand“ werden derzeit mit Unterstützung des Bundesministeriums bundesweit 143 Wohngebäude auf einen besonders energieeffizienten Stand gebracht. Die Projektteilnehmer erhalten zinsgünstige Darlehen und Fördermittel von der KfW Bankengruppe. In einer Reihe von insgesamt 16 regionalen Fachworkshops stellt die dena zusammen mit regionalen Partnern die Sanierungsprojekte vor und informiert über den Gebäudeenergieausweis. Eigentümer, die sich bereits jetzt für einen Ausweis interessieren, können auf den in der Praxis erprobten dena-Energiepass zurückgreifen. DK



Das Geothermie-Projekt seiner Heimatgemeinde hat Bürgermeister Reinhard Heinrich sehr viel zusätzliche Arbeit beschert. Seit der Auszeichnung mit dem E.ON Bayern-Umweltpreis und der Berichterstattung in der Bayerischen Gemeindezeitung hält der Reichertshausener sehr häufig Vorträge über diese umweltfreundliche Energiequelle. □

gespart und so der Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ um bis zu 80 Prozent verringert. Auch für Altbauten ist die Erdwärme eine echte Alternative - für deren energetische Sanierung gibt es sogar staatliche Fördergelder.

Bewährte Alternative

Wärmepumpen zur Nutzung der im Erdreich gespeicherten Energie mittels Erdwärmesonden sind bei ordnungsgemäßer Ausführung eine saubere und technisch bewährte Alternative zu traditionellen Brennstoff-Heizsystemen. Die Erdwärmesonden-Technologie ist ausgereift. Jede zweite Wärmepumpe nutzt bereits das Erdreich als Wärmequelle.

Für Erdwärmekollektoren, die in einer Tiefe von rund ein bis zwei Metern z.B. im Garten ähn-

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müller Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34



Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungs Gesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Erdgas Südbayern und Schmack Biogas:

Energie aus der Region für die Region

Mehr als 30 Mio. Euro wollen die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und die Schmack Biogas AG in den kommenden fünf Jahren in den Bau von Anlagen zur Erzeugung und Vermarktung von regenerativer Energie aus Biogas investieren. Dazu haben die ESB in München, die über 8000 km Gasleitungen, 460 000 Kunden und damit über große Vermarktungsmöglichkeiten verfügt, und die Schmack Biogas AG in Schwandorf, einer der Marktführer im Bereich Biogasanlagen, das Gemeinschaftsunternehmen EnergieFeld Bayern GmbH & Co KG in München gegründet. Unter dem Motto „Energie aus der Region für die Region“ sollen Strom, Wärme, aber auch Kraftstoff für Verbrennungsmotoren erzeugt werden.

Erdgas Südbayern ist einer der größten Erdgas- und Wärmedienstleister in Bayern. Das Unternehmen ist in 250 Städten und Gemeinden Südbayerns tätig. Außerdem werden 24 kommunale Weiterverteiler versorgt. Mit 310 Mitarbeitern setzt ESB ca. 700 Mio. Euro um. Das 1995 in Regensburg gegründete Unternehmen ist im Bereich Biogasanlagen ein Komplettanbieter, der von der Projektierung über die Errichtung bis zum Service und zur Betriebsführung tätig ist. Seine besondere Stärke ist sein umfassendes mikrobiologisches Know how, erläuterte Vorstandsvorsitzender Ulrich Schmack. Die Firma hat bis heute 160 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 31 MW gebaut. 70 weitere sind im Entstehen. „Wir sind also nicht mehr im Versuchsstadium“, sagte Schmack.

Standortprüfung

Die neuen Anlagen, über deren genauen Standort noch nichts gesagt wurde, sollen in der Nähe von Erdgasleitungen und von größeren Wärmeabnehmern gebaut werden. Möglich sei aber auch der Bau dort, wo es bisher gar keine Erdgasleitungen gebe, um neue Kundenpotentiale zu erschließen. Zehn Standorte werden derzeit geprüft, Ende 2007 soll die erste Anlage in Betrieb gehen. Jährlich sollen zwei Anlagen mit je 5 Megawatt (MW) Leistung dazukommen. Jede Anlage dürfte um die 4 Mio. Euro kosten und eine landwirtschaftliche Nutzfläche von etwa 1000 bis 1200 ha als Rohstoffbasis erfordern. Dabei wird unterstellt, dass die Silage von 1 ha Nutzfläche etwa 10.000 Liter Dieselequivalent bringt.

Eine solche Anlage produziert aus der zugeführten Vergärungsmasse 40 Prozent elektrische Energie und 35 Prozent Wärme. Wird das Biogas zu Erdgas veredelt, steigt die Effizienz auf 45 Prozent Wärme. Für den eigenen Betrieb nutzt die Anlage 5 Prozent der zugeführten Energie. Gebaut werden sollen Blockheizkraftwerke (BHKW) mit einer elektrischen Leistung von 0,5 bis 2,5 Megawatt. Ein BHKW mit 0,5 Megawatt Leistung könnte etwa 500.000 Liter Heizöl ersetzen.

Dezentrale Nutzung

Die Energiegewinnung aus Biomasse hat seit 2005 massiv zugelegt. Heute gibt es in Deutschland etwa 2700 Biogasanlagen mit einer installierten Leistung von 630 MW. Davon stehen 650 in Bayern. Allein 2005 sind 600 Anlagen dazugekommen. Axel-Uwe Nacken und Martin Heun, die beiden EnergieFeld-Geschäftsführer, gehen davon aus, dass in Zukunft ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland von 15 Mio. ha für den Energiebereich eingesetzt werden wird. Diese Relation sei nicht ungewöhnlich, sondern mehr oder weniger immer schon so gewesen. Denn Hafer

für Pferde sowie Gras und Heu für Zugtiere wie Ochsen habe schließlich auch der Energieversorgung gedient.

Biogas, so erläuterten ESB-Geschäftsführer Dieter Rathsam und Werner Bähre, entspricht nach einer Aufbereitung dem Erdgas und kann mit ihm problemlos vermischt und auch wie Erdgas geregelt und gespeichert werden. Dadurch ist Biogas nicht nur lokal zum Beispiel in Blockheizkraftwerken nutzbar, sondern kann in Erdgasleitungen eingespeist und somit dezentral genutzt werden.

Neutrale CO2-Bilanz

Biogas gilt als der effizienteste Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen, zumal seine CO2-Bilanz neutral ist. Was bei der Verbrennung an Kohlendioxid entsteht, wurde zuvor beim Wachstum der zu vergärenden Biomasse (Mais, Gras, Grünroggen, Sonnenblumen) gebunden. Auch Wirtschaftsdünger wie Gülle wären möglich, letztlich alle organischen Stoffe, die durch Mikroorganismen vergoren werden können. Wird Erdöl durch Biogas ersetzt, fallen 30 Prozent weniger Kohlendioxid an. Die Gärreste aus der Biogaserzeugung können problemlos als Dünger auf die Äcker wieder ausgebracht werden. Biogasanlagen sind ideal zur Reststoffverwertung in der regionalen Kreislaufwirtschaft. Außerdem ist Biogas unabhängig von Wetterverhältnissen wie etwa Windkraftanlagen sowie Tages- und Jahreszeiten wie etwa Solaranlagen.

Langfristige Erhöhung der Versorgungssicherheit

Wirtschaftlich bietet die Erzeugung von Biogas nicht nur neue Arbeitsplätze und den Landwirten eine neue Einkommensquelle, sondern es hilft auch, die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland zu senken und so langfristig die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Aus dem Mais, der auf einem Hektar Fläche geerntet wird, werden in einer Biogasanlage rund 16 Megawattstunden (MWh) Strom gewonnen. Diese Menge reicht aus, um fünf Haushalte mit jeweils 2 bis 3 Personen ein Jahr lang vollständig zu versorgen. Derzeit liegt der Anteil von Biogas an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland erst bei 0,5 Prozent. Aber in 15 Jahren könnte sein Anteil nach Expertenmeinung schon bei 17 Prozent liegen.

Beitrag zum Energiemix

Der Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) geht davon aus, dass Biogas bis zum Jahr 2030 über 10 Prozent (100 Mrd. kWh) des heutigen Erdgasabsatzes ersetzen und damit einen wichtigen Beitrag zum Energiemix leisten kann. Aber auch als Kraftstoff gewinnt Biogas als gleichwertige Alternative zum Erdgas an Bedeutung. Deshalb soll bis 2007 die Zahl der Erdgastankstellen



„Vorbildhafte Investition“

Würzburg - Fünf Erdgasfahrzeuge hat die Deutsche Post für die Würzburger Paketzustellung jetzt in Betrieb genommen. Dies ist eine vorbildhafte und beispielgebende Investition, freut sich Wolfgang Kleiner, Kommunal- und Umweltsprecher der Stadt Würzburg, über diesen Beitrag zur Umwelt. Denn die neuen Fahrzeuge verursachen bis zu 85 Prozent weniger Feinstaub als ein Dieselfahrzeug. Deshalb sollen die fünf neuen Transporter auch vorzugsweise in der Innenstadt auf Zustelltour sein.

Wir dokumentieren mit diesen Fahrzeugen unser Umweltbewusstsein, erklärt Martina Goldhorn, Leiterin des Paketzentrum Kitzingen. Die umweltfreundlichen Fahrzeuge bedeuten eine Reduzierung der Luftbelastung in der Würzburger Innenstadt. Die fünf Transporter sind die ersten Erdgasfahrzeuge der Post in Franken. Weitere Fahrzeuge setzt die Post in Berlin, München, Bremen, Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt ein. Unser Bild zeigt Umwelt- und Kommunalreferent Wolfgang Kleiner (rechts) und Detlef Wodtke vom Post-Fuhrpark, wie sie symbolisch den Schlüssel für die neuen Fahrzeuge entgegennehmen. Foto: Christian Weiß

Rennprofi übergab 50.000stes Erdgasfahrzeug

Christian Danner, Motorsportexperte und ehemaliger Formel-1-Pilot, hat auf der Europäischen Taximesse das 50.000ste Erdgasfahrzeug seinem neuen Besitzer übergeben. Es ging an einen Taxiunternehmer aus Bonn. Damit ist die Zahl der Erdgasfahrzeuge auf Deutschlands Straßen seit Jahresbeginn um rund 11.000 Fahrzeuge gestiegen.

Gerade Taxifahrer hatten bei der Einführung von Erdgasfahrzeugen eine Pionierfunktion, wie sich an dem Förderprogramm „TUT Tausend Umwelt Taxis für Berlin“ belegen lässt, das inzwischen mehr als 800 Erdgas-Taxen auf die Straßen der Hauptstadt gebracht hat. „Jeder Taxifahrer, der auf Erdgas umsteigt, leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität in Innenstädten“, erklärte Christian Danner bei der Übergabe des Opel Zafira 1.6 CNG.

Doch nicht nur Umweltaspekte spielen für die Chauffeure eine Rolle. „Immer mehr Taxiunternehmer erkennen vor allem die wirtschaftlichen Vorteile des Erdgasantriebs“, so Albert Kobbe vom Trägerkreis Erdgasfahrzeuge. Der Kraftstoff Erdgas ist nur halb so teuer wie Benzin und gut 30 Prozent günstiger als Diesel. Außerdem ist die Verbrennung so sauber, dass Erdgasfahrzeuge bereits heute die ab 2010 geltenden verschärf-

ten Grenzwerte einhalten. Von Fahrverboten, die in vielen Innenstädten drohen, sind Erdgasfahrzeuge also nicht betroffen. □

von jetzt etwa 700 auf 1000 steigen. Auf den Nutzwert von einem Liter Benzin umgerechnet, würde Biogas zurzeit etwa 65 Cent kosten. Generell ist Biogas momentan noch etwa 20 Prozent teurer als Erdgas, doch erwarten Branchenexperten einen Preisgleich in den nächsten fünf Jahren. Die Einspeisung von Biogas in Erdgasleitungen wird nicht subventioniert, die Verstromung über das Erneuerbare-Energie-Gesetz aber doch. Dies ist der Grund, warum Biogas bisher vorwiegend in die Verstromung gegangen ist und warum der Einsatz von Biogas für die Verbraucher keine zusätzlichen Kosten bedingt. dhg.

ESB-Förderprogramm für Modernisierung mit Erdgas:

Noch bis 31. Dezember verfügbar

Bis Ende des Jahres 2006 wird das ESB-Wechselgeld von 650 Euro bzw. 1.100 Euro für den attraktiven Umstieg auf die saubere und sparsame Erdgasheizung angeboten.

Die Bundesregierung hat das Förderprogramm für Solarkollektoren und Biomasse-Systeme mit sofortiger Wirkung eingestellt. Die Mittel sind erschöpft. Alle Hauseigentümer, die vor dem Hintergrund steigender Energiepreise zum Beispiel auf Pelletsheizungen und regenerativen Energien gesetzt haben, gehen nun leer aus. Das Förderprogramm der Erdgas Südbayern (ESB) für die Umstellung von alten Ölheizungen auf moderne und sparsame Erdgasanlagen ist jedoch noch bis 31.12.2006 unbegrenzt verfügbar. Die ESB unterstützt damit die Initiative vieler Kommunen nach mehr Energieeffizienz in Gebäuden und einer sauberen Umwelt.

Hochwertige Förderung

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) fährt sein Förderprogramm für Solarkollektoren und Biomasse bereits vor Jahresende zurück. Rund 10.000 Antragsteller werden auf die zugesicherten Fördergelder vergeblich warten. Die Zuschüsse für Ökoheizungen lagen bisher bei nur 400 bis 600 Euro, bei zugleich deutlich höheren Installationskosten von bis zu 20.000 Euro.

Die ESB bietet im Vergleich dazu eine hochwertige Förderung an. Das ESB-Wechselgeld erhalten Kunden, die ihre Heizungsanlage von einem anderen Energieträger - wie Holz oder Öl - auf Erdgas umstellen. Der Zuschuss beträgt 650 Euro bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten, bei größeren Gebäuden werden sogar 1.100 Euro ausbezahlt.

Mehr Informationen über das Förderprogramm gibt es im Internet unter www.esb.de, Menüpunkt Privatkunden / Förderprogramme. „Der Verbraucher soll-

te bei der Entscheidung für eine Heizung langfristig planen, und nicht nur auf den momentanen Trend für Pelletsheizungen spekulieren“, so Martin Heun, Prokurist bei der ESB, „denn im Vergleich schneidet die Erdgas-Brennwertheizung bei der Wirtschaftlichkeit und beim Komfort deutlich besser ab als andere Systeme“.

Erdgas-Brennwertheizung hat beim Vollkostenvergleich die Nase vorn. Eine Studie der Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. (ASUE) bestätigt den Kostenvorteil moderner Erdgas-Heizsysteme. Diese verwerten bis zu 40 % weniger Energie im Vergleich zu alten Anlagen. Die komfortable, saubere und umweltschonende Energie Erdgas lohnt sich deshalb für den Verbraucher. □

„Leitfaden städtischer Lieferverkehr“

Der städtische Güterverkehr könnte wesentlich effizienter, sauberer und leiser abgewickelt werden, wenn alle Optimierungsmöglichkeiten genutzt würden. Zu diesem Ergebnis kommt der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) in seinem „Leitfaden städtischer Lieferverkehr“. Dabei sind Erdgasfahrzeuge eine „herausragende Alternative“, um den städtischen Liefer- und Güterverkehr umweltschonender und kostensparender zu machen, wie der VCD feststellt. Erdgasfahrzeuge stoßen praktisch keine Rußpartikel aus, vermindern die Emission gesundheitsschädlicher Stickoxide um bis zu 70 Prozent und sind durch ihren geringeren CO2-Ausstoß ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, so der VCD. □

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



5.000 Hausbesitzer und Bauherren

haben sich 2005 bei Modernisierung oder Neubau für Erdgas von der ESB entschieden!

Erdgas
Heizöl
Strom



Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01 805/29 11 11 (12 Cent/Min. im Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

Die große Panne im europäischen Verbundnetz

**E.ON nennt menschliche Fehleinschätzung als Ursache des Stromausfalls
Bayern sieht sich bei Betrieb und Wartung seiner Stromnetze bestens gerüstet**

Menschliche Fehleinschätzungen waren nach bisher vorliegenden Erkenntnissen die wesentliche Ursache für die Störung des europäischen Stromnetzes am 4. November, von der mehr als 10 Mio. Menschen betroffen waren. Technische Fehlfunktionen konnten hingegen nicht festgestellt werden. Dies ist das Ergebnis des Berichts zum Stand der Untersuchungen über Verlauf und Ursachen der Störung, den E.ON Netz der Bundesregierung vorgelegt hat. Die bayerische Stromversorgung und die Verteilernetze in Bayern sind in einem guten Zustand und haben auf die europaweite Stromstörung planmäßig reagiert. Dieses positive erste Resümee zieht der Verband der bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) aus Untersuchungen zu dem Stromausfall, ausgehend vom europäischen Verbundnetz UCTE, von dem auch bayerische Regionen und Städte betroffen waren.

Auf der Grundlage einer detaillierten Auswertung umfangreicher Daten habe man den gesamten Störungsverlauf bereits weitgehend nachvollziehen können, stellt E.ON Netz fest. Im Ergebnis zeige sich, dass die E.ON-Netzleitstelle die jeweilige Situation zwar grundsätzlich ordnungsgemäß beurteilt, aber unter hohem Zeitdruck nicht alle technischen Hilfsmittel für eine umfassende Lagebewertung genutzt habe.

Fälschliche Annahme

Vor der planmäßigen Abschaltung der Höchstspannungsleitung über die Ems zur Durchfahrt des Kreuzfahrtschiffs Norwegian Pearl sei fälschlicherweise angenommen worden, dass auch beim Ausfall einer weiteren Leitung eine Überlastung des Netzes ausgeschlossen sei. Etwa eine

halbe Stunde später seien Überlastungen bei einer anderen Hochspannungsleitung aufgetreten, deren Ursache bislang nicht geklärt sei.

Schlagartiger Anstieg der Belastung

Um dies auszugleichen, seien in einem Umspannwerk mehrere Leitungen zusammenschaltet worden. Entgegen der Einschätzung der Mitarbeiter in der Netzleitstelle habe das aber zum gegenteiligen Effekt geführt. Die Belastung sei schlagartig angestiegen, wodurch eine automatische Abschaltung ausgelöst worden sei. Der Ausfall dieser zweiten Leitung habe schließlich einen Dominoeffekt und damit eine vorübergehende Trennung des europäischen Verbundnetzes ausgelöst.

Weiter heißt es in der E.ON-Stellungnahme, für technische

Fehlfunktionen von Leitungen oder Steuerungs- und Überwachungssystemen lägen keinerlei Hinweise vor. Nach derzeitigen Kenntnissen reagierten sämtliche Systeme ordnungsgemäß, sodass ein vollständiger Blackout habe verhindert werden können. Unzureichende Instandhaltung oder mangelnde Investitionen könnten damit als Ursache ausgeschlossen werden.

Enger Dialog

Bis zur abschließenden Klärung aller Details seien weitere Untersuchungen notwendig. So sei z. B. zu klären, warum es kurz vor der Störung zu einem raschen und unerwarteten Anstieg der Stromflüsse auf den entscheidenden Leitungen im Netz gekommen sei. Diese abschließende Klärung sei Voraussetzung für die Identifizierung möglicher Verbesserungsmaßnahmen. Dabei setze E.ON Netz auf einen engen Dialog mit der Bundesnetzagentur und allein Beteiligten.

Lückenlose Aufklärung

Zu dem gesamten Vorgang erklärte Klaus-Dieter Maubach, der bei E.ON Energie für das Netz zuständige Vorstand: „Wir bedauern es außerordentlich, dass es durch die Störung am 4. November für viele Strom-

verbraucher in Europa zu Versorgungsunterbrechungen gekommen ist. Wir haben die wesentliche Ursache schnell aufklären können, setzen aber die Untersuchungen mit allem Nachdruck fort, bis sämtliche Details lückenlos geklärt sind.“

Erfolgreiches Konzept

Einen Erfolg des bayerischen Konzepts für Betrieb und Wartung der Stromnetze sieht der VBEW in der teilweise nach wenigen Minuten wieder hergestellten Stromversorgung in Bayern. Auch die schnelle und problemlose Wiederschaltung der vom stromführenden Übertragungsnetz automatisch zur Netzstabilisierung abgekoppelten Verteilernetze in Bayern habe reibungslos funktioniert.

Mangel an Energie

Eine genaue Prüfung der Auswirkungen auf Bayern zeige, dass die von den bayerischen Stromversorgern betriebenen und dem europäischen Übertragungsnetz nachgelagerten Verteilernetze zu jedem Zeitpunkt des Stromausfalls betriebsfähig zur Verfügung standen. Durch den Mangel an Energie in den vorgelagerten Stromleitungen hätten die Verteilernetze jedoch teilweise nicht mit Strom versorgt werden können.

Wichtige Kraftwerke

„Der Stromausfall zeigt deutlich“, so der Geschäftsführer des VBEW, Christoph Praël, „wie wichtig es zur Sicherung des hohen Standards der Stromversorgung in Bayern ist, weiterhin über Kraftwerkska-

Neue Grundversorgungsverordnung

Als wichtigen Schritt in die richtige Richtung hat Wirtschaftsminister Erwin Huber die Verabschiedung der neuen Grundversorgungsverordnung für Strom und Gas durch das Bundeskabinett begrüßt. „Nur ein funktionierender Wettbewerb kann dauerhaft zu günstigen und stabilen Tarifen für die Verbraucher führen. Durch die Neuordnung der Grundversorgungsverordnung wird der Wettbewerb auf dem Energieversorgungsmarkt weiter in Schwung kommen“, erklärte Huber.

Nach den neuen Regelungen können Kunden bereits im ersten Jahr schon nach einem Monat das Vertragsverhältnis mit ihrem Grundversorger kündigen und zu einem anderen Anbieter wechseln. Bisher galt für das erste Jahr eine Bindungspflicht. Bei Umzügen bleibt es bei der zweiwöchigen Kündigungsfrist. Darüber hinaus müssen die Kunden zukünftig per Post über anstehende Preiserhöhungen informiert werden. „Dies steigert das Preisbewusstsein der Kunden. Echter Wettbewerb wird sich nur einstellen, wenn auch der Kunde seine Marktmacht einsetzt. Durch die Neuordnung wird ihm dies wesentlich erleichtert. Bisher gibt es bei den Haushalten nur etwa 2 Prozent Wechsler. Das ist für einen funktionierenden Wettbewerb zu wenig“, so Huber. □

pazitäten zu verfügen, die verbrauchsnahe Strom erzeugen. Das schützt unser Netz vor großflächigen Abschaltungen und erleichtert nach einem Stromausfall einen raschen Wiederaufbau der Versorgung.“ Gegenwärtig stehe in Bayern noch ausreichend Kraftwerkskapazität zur Verfügung, um den Strombedarf landesweit vollständig decken zu können.

Repräsentant VBEW

Der VBEW repräsentiert mit etwa 230 Mitgliedsunternehmen die bayerische Stromversorgung. Als Interessensvertretung vertritt der Verband gemeinsame Anliegen der Mitgliedsunternehmen und ihrer Kunden gegenüber Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie in der Öffentlichkeit. Ziel sei es, die bestmöglichen Rahmenbe-

dingungen für eine wirtschaftliche, kundenfreundliche und zukunftsorientierte, nachhaltige Energieversorgung zu schaffen.

Palette an Aufgaben

Zu den Mitgliedsunternehmen zählen kleine und mittlere, kommunale, private und genossenschaftliche Energieunternehmen ebenso wie Konzernunternehmen. Ihre Aufgaben reichen von der Stromerzeugung über das Betreiben von Stromnetzen bis zum Vertrieb von und dem Handel mit Strom. Rund 27.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versorgen 12 Mio. Menschen mit Strom. Sie betreiben etwa 250 Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von mehr als 15.500 Megawatt und einem rund 300.000 km langen Leitungsnetz verschiedener Spannungsebenen. **dhg.**

Keine Bank ist näher!



- über 7 Mio. Mitglieder und Kunden in Bayern
- mehr als 3.300 Geschäftsstellen mit 16.000 Beratern
- Persönliches Engagement,
das Sie in den Mittelpunkt stellt

Volksbanken
Raiffeisenbanken 

Dillingen an der Donau:

Vertrauen auf modernste Erdgastechnik

Das landschaftlich schön gelegene Dillingen an der Donau ist eine Stadt in der es sich gut leben und arbeiten lässt. Attraktiv sowohl als Wirtschaftsstandort wie auch als Kulturstadt bietet Dillingen seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Eine der obersten Prioritäten der Stadtverwaltung Dillingens ist umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Da versteht es sich fast von selbst, dass die Stadt bei der Energieversorgung auf Erdgas setzt.

erdgas schwaben versorgt seit über 50 Jahren die Region Schwaben mit dem umweltschonenden Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baute der Energieversorger sein Leitungsnetz stetig und vorausschauend aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 165 Städte und Gemeinden in der Region.

Beispiel Dillingen

Eine davon ist seit vielen Jahren die große Kreisstadt Dillingen an der Donau. Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl sitzt dabei sozusagen an der Quelle, denn neben Benediktinerkolleg und Donaustadion versorgt erdgas schwaben auch das Rathaus in der Königstraße mit der umweltschonenden Energie Erdgas. Hans-Jürgen Weigl ist stolz auf Dillingens historisches Rathaus: „Das sogenannte Alte Rathaus“, erzählt er, „wurde bereits um 1500 erbaut. 1827 dann wurde ein nachgebildeter Renaissance-Giebel vorgeblendet und die Traufseite entsprechend dekoriert. Damit sah unser Rathaus schon beinahe genauso aus wie die Dillingerrinnen und Dillinger es kennen. Die letzte

große Veränderung war der Einbau einer Erdgasheizung. Damit verbindet sich aufs Angenehmste historische Architektur mit modernster Erdgastechnik. Darüber hinaus achten wir als innovative und moderne Stadt bereits seit Jahren bei unseren Bauvorhaben auf eine umweltschonende und langlebige Heiztechnik. Mit Erdgas sind diese Voraussetzungen erfüllt.“

Saubere Energie

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements bei erdgas schwaben sieht sich bestätigt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Dillingen mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt. Erdgas ist zudem langfristig verfügbar. Wir von erdgas schwaben bemühen uns, unser Leitungsnetz schwabenweit auszubauen. Schwaben ist unsere Heimat, daher ist es für uns wichtig, dass wir als regionales Versorgungsunternehmen uns gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hier in der Region engagieren - zum Nutzen aller Menschen, die hier leben und arbeiten.“

Erdgas ist in Deutschland eine vergleichsweise junge Energie. Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 % aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausgestattet. Tendenz steigend. □

Neues Biogaskraftwerk in Feichten an der Alz

In Feichten an der Alz, Landkreis Altötting, wurde im Beisein von Wirtschaftsminister Erwin Huber und Erstem Bürgermeister Johann Aicher ein neues Biogaskraftwerk feierlich seiner Bestimmung übergeben. Dieses wird mittelfristig den gesamten Strombedarf der knapp 1200 Einwohner zählenden Gemeinde decken.

Wie Erwin Huber bei der Einweihung betonte, ist das erklärte Ziel der Staatsregierung eine kontinuierliche Steigerung des Biomasseanteils am Primärenergieverbrauch in Bayern. Mittelfristig sollen 5 Prozent erreicht werden. Das Biogaskraftwerk in Feichten bringe den Freistaat wieder einen Schritt näher an dieses Ziel heran.

Zwei mal Fortschritt

Bemerkenswert sei, dass es mit einer jährlichen Stromerzeugung von rund 5,5 Mio. kWh mittelfristig den gesamten Strombedarf der Gemeinde decken kann. Langfristig soll auch noch die Wärmeversorgung des Ortes durch das Biogaskraftwerk über ein von der Gemeinde nach und nach ausgebauten Fernwärmenetz erfolgen. Somit kämen gleich zwei fortschrittliche Energieversorgungskonzepte zum Einsatz: die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung.

Als weitere Vorteile führte Huber die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region, die Schaffung neuer Perspektiven bzw. Absatzmöglichkeiten für die Landwirte der Umgebung, die CO₂-Einsparung, den Einsatz innovativer Technik zur Ressourcenschonung (minimierter Wasser- und Eigenstromverbrauch) sowie die Verwendung der Restsubstrate als hochwertiger Dünger an. Auch wies der



Der 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Kösching, Maximilian Schöner, und der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt Netze GmbH, Hubert Stockmeier, beim Unterschreiben des neuen Wegebenutzungsvertrages. □

Stadtwerke Ingolstadt:

Gasversorgung bis 2026 gesichert

Neuer Wegebenutzungsvertrag mit der Marktgemeinde Kösching abgeschlossen

Am 31.10.2006 unterzeichneten der 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Kösching, Maximilian Schöner, und der Geschäftsführer der Stadtwerke Ingolstadt Netze GmbH, Hubert Stockmeier, einen neuen Wegebenutzungsvertrag zur Gasversorgung. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren.

Bereits seit 1987 beliefern die Stadtwerke die Marktgemeinde Kösching mit Erdgas. Im Rahmen des Gaslieferungsvertrages betreiben die Stadtwerke das Gasnetz der Marktgemeinde, halten es instand und werden es in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Besonderer Schwerpunkt ist derzeit das neue Baugebiet „Eixel-

zeugung, „die uns unabhängiger von Energieimporten macht“, stellte der Minister fest. Seit jeher behauptete Bayern hier eine Spitzenstellung in Deutschland. Der Anteil von Biomasse, Wasserkraft, Sonnenenergie, Windkraft und Geothermie am Energieverbrauch sei im Freistaat etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Gute geographische Bedingungen, ausgezeichnete Infrastruktur und Informationsnetzwerke, unzählige technologische Leitprojekte und eine positive Einstellung der Politik hätten „ein Klima geschaffen, das immer neue regenerative Investitionen im Freistaat entstehen lässt“.

Positive Prognosen

Beim Ausbau erneuerbarer Energien zähle die Biomasse zu den Schwerpunkten bayerischer Energiepolitik, fuhr Huber fort. Seit 1990 konnte die Nutzung der Biomasse um fast 40 Prozent gesteigert werden, der Anteil am

Energieverbrauch betrage heute mehr als 4 Prozent. Bereits vor zehn Jahren seien in Bayern 250 Biogas-Anlagen in Betrieb gewesen, heute seien es 1.000. Wenn sich die allgemein positiven Prognosen auch nur ansatzweise in der Praxis bewährten, erwarte die Branche eine glänzende Zukunft.

Wirtschaftsminister Huber freute sich ganz besonders, „dass beim Projekt in Feichten ca. 85 Prozent der Wertschöpfung durch bayerische Betriebe erbracht werden konnte“. Mit der Schmack Biogas AG sei ein ausgesprochen erfahrener und erfolgreicher bayerischer Biogas-anlagenhersteller unter Vertrag genommen worden. Der Festredner wünschte der BGA Feichten GmbH & Co. KG viel Erfolg mit der neuen Anlage und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen mögen. DK

Schmack unter Vertrag

Wirtschaftsminister Huber freute sich ganz besonders, „dass beim Projekt in Feichten ca. 85 Prozent der Wertschöpfung durch bayerische Betriebe erbracht werden konnte“. Mit der Schmack Biogas AG sei ein ausgesprochen erfahrener und erfolgreicher bayerischer Biogas-anlagenhersteller unter Vertrag genommen worden. Der Festredner wünschte der BGA Feichten GmbH & Co. KG viel Erfolg mit der neuen Anlage und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass weitere Gemeinden diesem Beispiel folgen mögen. DK

Zum Jahreswechsel wird Gas billiger

E.ON Bayern kündigt auch teilweise Verbilligung beim Strompreis an

Zum Jahresbeginn 2007 sinken in Bayern „trotz der Mehrwertsteuer-Erhöpfung“ die Gaspreise. Dies hat E.ON Bayern jetzt angekündigt. Als Ursachen nannte Stefan Vogg, Vertriebsvorstand der E.ON Bayern AG, dass sich der Ölpreis nach Höchstwerten im Sommer seit einigen Wochen auf einem deutlich niedrigeren Niveau eingependelt habe.

Da die Gaspreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung an die Entwicklung des Ölpreises gekoppelt ist, habe sich die Situation bei den Beschaffungskosten für Erdgas entspannt. Zudem sanken über die Regulierung die Entgelte für das Gasnetz. „Beide Effekte geben wir an unsere Kunden weiter“, sagte Vogg. Die Entwicklung zeige, dass die in der Vergangenheit oft kritisierte Ölpreisbindung keine Einbahnstraße sei.

40 Euro jährliche Ersparnis

Die Erdgaspreise der rund 70.000 Haushalts- und Kleingewerbekunden der E.ON Bayern sinken um 0,25 Cent (netto) pro Kilowattstunde. Für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit erdgasbeheiztem Eigenheim und einem Verbrauch von 30.000 Kilowattstunden Erdgas bedeute das - trotz steigender Mehrwertsteuer - eine jährliche Ersparnis von rund 40 Euro. Ohne Mehrwertsteuererhöhung könnte die Gasrechnung für den Durchschnittshaushalt um 75 Euro pro Jahr sinken, stellte E.ON Bayern fest.

Musterverfahren

Zu der Entspannung bei den Netzentgelten hat die Bundesnetzagentur beigetragen. Sie hat in einem Musterverfahren eine Grundsatzentscheidung zum vereinfachten Zugang zum Gasnetz getroffen. Das in der Kooperationsvereinbarung der Gaswirtschaft vereinbarte Einzelbuchungsmodell, das für jedes in Anspruch genommene Teilnetz einen gesonderten Vertrag erfordert, darf danach nicht mehr angewendet werden. Es genügen nun je ein Vertrag zum Zugang zum Netz und zum Austritt aus dem Netz.

Dazu erklärte der Bundeswirtschaftsminister, Michael Glos: „Die Entscheidung hat ein wesentliches Hindernis für den Netzzugang neuer Anbieter aus dem Weg geräumt, damit der Wettbewerb am Gasmarkt endlich in Gang kommen kann.“ Die Entscheidung der Bundesnetzagentur zeige, dass die Regierung mit ihrer Kartellrechtsnovelle, die ja auch für den Gasmarkt gilt, auf dem richtigen Weg sei. □

Missbrauch von Marktmacht müsse unterbunden werden: „Wir brauchen in Deutschland faire Gaspreise für die industriellen und die privaten Verbraucher“, sagte Glos.

Stabile Strompreise

Gute Botschaften gibt es nach den Worten des E.ON Bayern-Vertriebsvorstands auch für die rund 2 Mio. Stromhaushalte. Trotz „erheblich gestiegener Beschaffungskosten“ erhöhe E.ON Bayern den Nettopreis nicht. Das Unternehmen reiche lediglich die Mehrwertsteuererhöhung weiter. „An den Nettostrompreisen rütteln wir nicht. Wir haben unseren Kunden sogar versprochen, die Nettostrompreise bis Ende 2007 stabil zu halten“, so Vogg. Damit profitieren die Kunden von einer zweijährigen Preisstabilität, äußerte der Vertriebsvorstand unter Hinweis auf die Tatsache, dass der Nettostrompreis schon seit Januar 2006 stabil geblieben ist.

Sonderproduktkunden

Bereits 2005 hat E.ON Bayern seinen Stromhaushaltskunden gegen eine Einmalzahlung von 20 Euro stabile Preise bis Ende 2008 angeboten. Für dieses Produkt haben sich rund 50.000 Kunden entschieden. „Da wir nun allen Kunden eine zweijährige Preisstabilität bis Ende 2007 garantieren, schmälert sich der Vorteil für die Sonderproduktkunden“, erklärte Vogg. Deshalb habe sich E.ON dazu entschlossen, diesen Kunden die 20 Euro zurückzuerstatten. dhg

Auto-Umweltliste

Auch in diesem Jahr haben Autoexperten des Verkehrsclubs Deutschland e. V. (VCD) die umweltverträglichsten Fahrzeuge gekürt. Gute Noten gab es für Erdgas-Vans: Vier von fünf positiv bewerteten Fahrzeugen in der Kategorie Vans/Siebensitzer sind Erdgasfahrzeuge. Die beste Bewertung erhielt in dieser Rubrik der Opel Zafira 1.6 CNG, gefolgt vom Fiat Multipla Natural Power, dem Volkswagen Touran Eco-Fuel und dem VW Caddy Eco-Fuel. □



Dillingen an der Donau - wir heizen mit Erdgas

... ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Hans-Jürgen Weigl,
Oberbürgermeister der Stadt Dillingen an der Donau, freut sich, dass den Dillinger Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Bayerstraße 43
86199 Augsburg
Telefon 08 21 9002-0

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

N-ERGIE lud zu Energiegesprächen 2006:

Geplanter Ausbau der eigenen Stromerzeugung

Informationen der Vorstände Herbert Dombrowsky und Dirk Fieml

Auch in diesem Jahr lud die N-ERGIE AG, Nürnberg, zu ihren traditionellen Energiegesprächen mit Bürgermeistern aus der Region ein. Im mittelfränkischen Neudettelsau informierten die N-ERGIE Vorstände Herbert Dombrowsky und Dirk Fieml u.a. über Unbundling und Regulierung, Energiepreisentwicklung und Wettbewerb. Außerdem wurde eine Erdgas-Sondervertragsregelung für mittelfränkische Kommunen mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbands Mittelfranken des Bayerischen Gemeindetags, Franz Winter, unterzeichnet.

Der europaweite Stromausfall vom 4. November zeigt die Bedeutung kontinuierlicher Investitionen in das Stromnetz. Die N-ERGIE Aktiengesellschaft hat Dombrowsky und Fieml zufolge in diesem Jahr rund 82 Mio. Euro in ihre Strom- und Erdgasnetze investiert, um die Versorgungssicherheit in ihrem Netzgebiet zu gewährleisten.

Sukzessive Verkabelung

In der Region Weißenburg, die die Landkreise Weißenburg, Roth und Teile von Ansbach, Neumarkt, Donau-Ries und Eichstätt umfasst, werden insgesamt rund 8,5 Mio. Euro in die Stromnetze investiert. Hierzu zählen Neuinvestitionen ebenso wie der Unterhalt. Allein für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden in diesem Jahr in der Region Weißenburg eine Mio. Euro aufgebracht. Außerdem, so der Vorstand, führt die N-ERGIE ihre Politik der sukzessiven Verkabelung von Freileitungen fort.

Von jedem Euro, den die

N-ERGIE Kunden für Strom bezahlen, bleiben 41 Cent in der Region, bei Erdgas sind es 31 Cent, bei Fernwärme 49 Cent und bei Wasser sogar 68 Cent. Dieses Geld schafft in Nürnberg und in der Region Aufträge und sichert damit Arbeitsplätze in Handwerk, Bauwirtschaft und Industrie. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Studie, die das Pestel Institut, Hannover, gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführt hat.

Gesellschaftliches und ökologisches Engagement

Die Untersuchung hob auch das gesellschaftliche und ökologische Engagement der N-ERGIE positiv hervor. Der Energieversorger zählt zu den großen Sponsoren der Region. Von der anspruchsvollen Musikveranstaltungsreihe Fränkischer Sommer, über das Fränkische Freilandmuseum, den Windsbacher Knabenchor bis zum international renommierten Triathlon-

Wettbewerb Quelle Challenge in Roth reicht das Spektrum des N-ERGIE Engagements. Schließlich stellt die N-ERGIE auch beim Thema Ausbildung ihre Verantwortung für die Region unter Beweis.

Schutz für Großvögel

Ein Gesamtvolumen von fünf Millionen Euro sieht das Schutzprogramm der N-ERGIE für Großvögel vor. Innerhalb von zehn Jahren rüstet die N-ERGIE für jährlich 500.000 Euro die Strommasten mit Vogelschutzhauben aus. Niveauvolle Filme zum kleinen Preis für einen gut-



Vertragsunterzeichnung in Neudettelsau. Unser Bild zeigt (v. l.): Herbert Dombrowsky, Sprecher des Vorstands, N-ERGIE, Franz Winter, Vorsitzender des Bezirksverbands Mittelfranken des Bayerischen Gemeindetags, Dirk Fieml, Mitglied des Vorstands, und Peter Saam, Leiter Vertrieb kommunale Kunden, N-ERGIE.

en Zweck in der Region - dies ist wiederum das erfolgreiche Konzept der Open-Air-Kinotour der N-ERGIE, die in diesem Jahr in 15 Gemeinden Station machte und einen Gesamterlös von rund 10.000 Euro erzielte.

Virtuelles Kraftwerk

Wie Dombrowsky und Fieml weiter mitteilten, plant N-ERGIE den Ausbau der eigenen Stromerzeugung. So soll das Gemeinschaftskraftwerk Irsching V Anfang 2009 mit einer Gesamtleistung von 800 Megawatt in Betrieb gehen. Die N-ERGIE ist an diesem mit Erdgas betriebenen Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk mit 25,2 Prozent beteiligt. Noch in diesem Jahr wird über den Bau eines Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks in Dettelbach, Landkreis Kitzingen, entschieden. Geplant ist ein 800 Megawatt-Gaskraftwerk, an dem sich weitere Partner beteiligen können. Einen Vertrag über die Beteiligung an einem virtuel-

Startschuss für 15 Kommunen zum „European Energy Award“

Insgesamt 15 bayerische Städte und Gemeinden suchen ab sofort systematisch ihre Energieeinsparpotenziale. Sie wurden vom bayerischen Umweltministerium für eine Teilnahme am Pilotprojekt „European Energy Award“ ausgewählt.

Zur offiziellen Auftaktveranstaltung im Umweltministerium trafen sich in München Bürgermeister und kommunale Mitarbeiter der teilnehmenden Städte und Gemeinden. Diese müssen nun im Verlauf der nächsten drei Jahre im Rahmen eines Qualitätsmanagement- und Zertifizierungssystems ihre Energieerzeugung und -nutzung überprüfen und verbessern. Durch die Energieeinsparung werden Umwelt sowie städtische und kommunale Haushalte gleichermaßen entlastet. Das Projekt wird vom Umweltministerium mit 150.000 Euro gefördert.

Der „European Energy Award“ beinhaltet ein Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren für Städte und Gemeinden. Die anschließende Auszeichnung dokumentiert die energiepolitischen Erfolge und fördert das Image als klimaschützende Gemeinde mit Weitblick. Mit Hilfe akkreditierter Berater und eines Maßnahmenkatalogs erstellen die teilnehmenden Kommunen nach einer umfassenden energetischen Ist-Analyse ein individuelles Arbeitsprogramm. Abhängig vom Grad der Umsetzung des Arbeitsprogramms erfolgt die Auszeichnung. Maßnahmen sind beispielsweise die energetische Optimierung von Schulen und Turnhallen, die Verbesserung des Radverkehrsnetzes, der Ausbau von Park & Ride Anlagen, Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Umwelt und Energiesparen, Abfallwirtschaftskonzepte, effiziente Wassernutzung oder der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

Teilnehmer sind: Herzogenaurach (Lkr. Erlangen-Höchstadt), Kammerstein (Lkr. Roth), Ascha (Lkr. Straubing-Bogen), Hauzenberg (Lkr. Passau), Haar (Lkr. München), Oberhaching (Lkr. München), Murnau am Staffelsee (Lkr. Garmisch-Partenkirchen), Marktredwitz (Lkr. Wunsiedel), Stegaurach (Lkr. Bamberg), Wildpoldsried (Lkr. Oberallgäu), Bruck i. d. Opf. (Lkr. Schwandorf), Wasserburg (Bodensee; Lkr. Lindau), Pfronten (Lkr. Ostallgäu), Donauwörth (Lkr. Donau-Ries) und Würzburg. □

Innovative Neuanlagen

Durch den Kauf von PURNATUR tragen die Kunden aktiv dazu bei, die regenerative Stromerzeugung in der Region voranzutreiben, denn von jeder verkauften Kilowattstunde fließt ein Cent in innovative Neuanlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien oder in zukunftsweisende Umweltprojekte und zwar ausschließlich in der Region. PURNATUR unterstützt nur Projekte, die nicht bereits durch das EEG oder andere För-

stärkt Aufgaben innerhalb des Konzerns vergeben, die bisher extern im Auftrag gegeben wurden. Bei den Unternehmen in der Region werde dies zwangsläufig zu Auftragseinbußen führen.

Dombrowsky: „Die Einbußen bei den Netzentgelten betreffen alle Kommunen mit eigenen Stadt- oder Gemeindewerken. Die Gewinne werden nicht mehr in gewohnter Höhe den kommunalen Haushalten zugeführt. Preiserhöhungen beim öffentlichen Nahverkehr oder Schließungen von Bädern und anderen kommunale Einrichtungen werden die Folge sein.“

Regionale Netzgesellschaft

Da sich Investitionen in die kommunalen Netze nicht mehr lohnten, verlieren die Netze an Wert, was letztlich eine Vernichtung kommunalen Vermögens bedeute. Die N-ERGIE untersuche, wie sich die negativen Auswirkungen der Regulierung auf die Stadt- und Gemeindewerke ihres Netzgebietes reduzieren lassen, an denen sie beteiligt ist. Denn gerade für kleinere Stadt- und Gemeindewerke sei der Verwaltungsaufwand zur Erfüllung des Unbundling beträchtlich. Deshalb prüfe die N-ERGIE derzeit, ob sich durch die Gründung einer „Regionalen Netzgesellschaft“ Synergien erzielen lassen, die die Belastungen für das einzelne Stadt- und Gemeindewerk mindern. **DK**

len Kraftwerk hat die N-ERGIE bereits geschlossen. Der Energieversorger bezieht aus diesem Kraftwerk seit Januar 2006 jährlich 200 Megawatt. Geprüft werde weiterhin Engagements bei

Erdgas-Sondervertragsregelung für mittelfränkische Kommunen

Insgesamt über 300.000 sparen in diesem Jahr die Kommunen im Netzgebiet der N-ERGIE mit der neuen Erdgas-Rahmensonvertragsregelung. Die Regelung ermöglicht rund 75 Kommunen für Ihre Liegenschaften, wie Kindergärten, Rat- oder Feuerwehrhäuser, Erdgas zu günstigeren Konditionen als bisher zu beziehen. Der Vertrag tritt rückwirkend zum 1. April 2006 in Kraft und umfasst ein Volumen von ca. 75 Mio. kWh für insgesamt 334 Lieferstellen. Durch die rückwirkende Umstellung sparen die Gemeinden für das Jahr 2006 durchschnittlich knapp zehn Prozent gegenüber der bisherigen Regelung ein. Neben den finanziellen Vorteilen besteht für die Kämmerer ein weiterer wichtiger Pluspunkt im Gewinn von Planungssicherheit. Denn die Vereinbarung sieht eine Loslösung des Erdgaspreises von der Ölpreisbindung vor. Die beim Erdgas derzeit häufigen Preissprünge werden so vermieden. „Die weiterhin angespannte Haushaltslage der Kommunen wird durch das Verhandlungsergebnis unmittelbar entlastet und zudem werden die Erdgaspreise mit einer Preisgarantie bis zum 31.12.2007 verlässlicher planbar“, erläuterte Franz Winter bei der Vertragsunterzeichnung. **DK**

der dezentralen Stromerzeugung, wie etwa einem Biomassekraftwerk, sowie die Beteiligung an einem Kohle-Gemeinschaftskraftwerk über eine kommunale Verbundgesellschaft.

N-ERGIE PURNATUR

Zur Förderung regenerativer Stromerzeugung führt die N-ERGIE ein neues Stromprodukt ein: N-ERGIE PURNATUR wird das bisherige Produkt Frankennatur ablösen. Der PURNATUR Strom stammt ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen der Region: Die Wasserkraftwerke in Allmannsdorf am Brombachsee, Heuberg am Rothsee und Hammer an der Pegnitz erzeugen umweltfreundlichen, kohlendioxidfreien Strom. Dies wird auch durch das Gütesiegel der Landesgewerbeanstalt „Ökostrom regenerativ“ garantiert.

derprogramme abgedeckt werden. Die Ausgaben für das neue Ökostrom-Produkt liegen lediglich zwischen fünf und zehn Prozent höher als für das N-ERGIE Standardstrom-Produkt, das nach wie vor zu den günstigsten in Deutschland zählt.

Auch die Senkung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) war Thema des Energiegesprächs. Die beiden N-ERGIE-Vorstände machten kein Hehl daraus, dass diese Entwicklung in der Branche zu massiven Ergebniseinbrüchen führen wird. Der Energieversorger erwartet Einbußen in zweistelliger Millionenhöhe, weshalb er gezwungen sei, seine Ausgaben zu senken. Künftig werde man stärker auf In-Sourcing setzen, erklärten Dombrowsky und Fieml. Um die eigenen Arbeitsplätze möglichst nicht zu gefährden, werde N-ERGIE ver-

Neuer Vorstand bei N-ERGIE

Als neues Mitglied wurde Josef Hasler in den Vorstand der N-ERGIE AG berufen. Der 42-jährige kommt von den Städtischen Werken Nürnberg (StWN). Werner Juling und Wilhelm Probst scheideten zum 31. Dezember 2006 auf eigenen Wunsch aus. Der Sprecher des N-ERGIE Vorstands, Herbert Dombrowsky, wurde für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Seit 1. Oktober 2005 ist Dirk Fieml N-ERGIE Vorstandsmitglied. Juling, technischer Vorstand bei der N-ERGIE, wird auch weiterhin Vorsitzender der Geschäftsführung des Energiehandelshauses Syneco GmbH & Co. KG bleiben. Probst geht in den Ruhestand. **DK**

Wir bleiben bayerisch. Versprochen.

Kundennähe hat auch etwas mit Entfernung zu tun. Viele bayerische Kommunen und kommunale Unternehmen wissen das. Deshalb bleiben wir von der BayernLB auch in Zukunft Herr im eigenen Haus – und die Geschäftsstellen unserer Sparkassenpartner überall in Bayern für Sie erreichbar. Versprochen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern: Ihr Partner im Kommunalgeschäft.

Finanzgruppe Bayern

Bayern LB

Jahresversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern in Neumarkt:

Befürchtete Einschnitte

Als „unverzichtbaren Bestandteil im Zivil- und Katastrophenschutz“ hat Innenminister Dr. Günther Beckstein die Feuerwehren in Bayern bezeichnet. Im Rahmen der Landesverbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. in Neumarkt in der Oberpfalz eröffnete er zugleich die Feuerwehr-Aktions-Woche in zahlreichen Städten und Gemeinden.

In seiner Festansprache ging Beckstein u. a. auf die Überlegungen des Bundes zur Veränderung der Konzeption zur Ausstattung im ergänzenden Katastrophenschutz ein.

Grobkonzept des Bundes

In dem vom Bund vorgelegten Grobkonzept seien weitgehende Einschnitte bei der vom Bund finanzierten Ausstattung im Zivilschutz vorgesehen. Dies betreffe insbesondere die Bereiche Brandschutz und Betreuung, die auch hinsichtlich ihrer Ausstattung bislang auf ein flächendeckendes, konventionelles Kriegsszenario ausgerichtet waren. Künftig werde der Bund den Schwerpunkt der Ausstattungen auf den Bereich ABC-Schutz legen. Diese Entscheidung werde für die Feuerwehren in den Ländern einen

erheblichen Einschnitt bedeuten, konnten doch die Bundesfahrzeuge auch bei der Brandbekämpfung eingesetzt werden, erklärte Beckstein.

Feuerwehrförderung

Bei der Feuerwehrförderung habe sich, so der Minister, die positive Entwicklung im vergangenen Jahr erfreulicherweise fortgesetzt. „Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren seit Inkrafttreten der neuen Feuerwehrzuwendungsrichtlinie ist es gelungen, den 2004 noch bestehenden Förderberg zu einem guten Teil abzutragen.“ Dazu habe zu einem großen Teil beigetragen, dass seit 2004 über 100 Millionen Euro für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten sowie die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern eingesetzt werden konnten.

Ob Förderfestbeträge künftig gegebenenfalls erhöht und die Fördergegenstände unter Umständen wieder ausgeweitet werden können, werde nach Überprüfung der entsprechenden Richtlinien im nächsten Jahr entschieden. Der Minister verwies in diesem Zusammenhang auch auf die bereits absehbaren Lasten durch die Einführung des Digitalfunks.

Knapp 200 Fahrzeuge fehlen

„Im Hinblick auf die seit längerem durch den Landesfeuerwehrverband geforderten Notstandseinheiten zur überregionalen Unterstützung bei Großschadensereignissen fehlen uns fast 200 Fahrzeuge durch die Sparpläne des Bundes“, kritisierte Landesverbandsvorsitzender Alfons Weinzierl. „Es ist und es wird unerlässlich sein, dass der Staat wie auch der Bund für die Ausstattung des Katastrophenschutzes die entsprechenden Mittel bereitstellt.“ Es helfe nichts, wenn bei einem

Interview in den Katastrophengebieten schnelle Hilfe versprochen und dann aber für die Feuerwehren die geforderte Ausstattung nicht beschafft bzw. nicht bereitgestellt wird.

Klare Forderungen

Weinzierl forderte, das System Notstandseinheiten auf vernünftige Beine zu stellen. Hier erwähnte er auch die von Minister Beckstein aufgegriffenen Freistellungsmöglichkeiten, die „weiter gesichert und ausgebaut werden müssen“. Sonderausstattungen und Sonderfahrzeuge im Bereich des Katastrophenschutzes müssten weiterhin von Seiten des Bundes und des Freistaates bereitgestellt und beschafft werden, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Wie dringend nötig dies ist, stellte Weinzierl anhand eindrucksvoller Zahlen dar: Über 184.000mal - eine Steigerung um sieben Prozent gegenüber dem Jahr 2004 - waren Feuerwehren unterwegs und sind im Durchschnitt alle zweieinhalb bis drei Minuten um Hilfe gerufen worden.

Feuerwehr-Ehrenmedaille an Löhner und Thumann

Nach diesen Appellen konnte sich der Vorsitzende Erfreulicherem zuwenden. Nach der Auszeichnung verdienstvoller Verbandsfunktionäre erhielten Neumarkts Landrat Albert Löhner und Oberbürgermeister Thomas Thumann die Feuerwehr-Ehrenmedaille. Sie ist gleichzeitig ein Voraus-Dankeschön für die Unterstützung beim Landesjugendfeuerwehrtag im kommenden Jahr in Neumarkt. **DK**

Weiterentwickelter Brandübungscontainer im Kernkraftwerk Gundremmingen:

Feuerwehren wird mächtig eingeheizt

Flirrende Luft, miserable Sicht, Gluthitze - ein feuerfest vermummt Feuerwehrrupp versucht, abgesichert von zwei Kameraden, die u. a. den Schlauch nachführen, über das Dach und das brennende Treppenhaus zur Küche vorzudringen; vor dem Herd eine „leblose Person“, die als erste aus der Flammenhölle gerettet werden muss. Unter der Decke wabern Feuerwolken bis zu 600 Grad heiß, im brennenden Treppenhaus herrschen Temperaturen von rund 260 Grad. Das Atmen unter den Vollgesichts-Atmungsgeräten fällt schwer. Durch die Helmsprechanlage kommen die Kommandos des Einsatzleiters. Auf dem Rücken zerrt das Gewicht der Pressluftflaschen. Der Körper schwitzt in schwer entflammaren Feuerwehranzügen. Der Puls jagt. Der Kopf ist durch Helm und Flammenschutzhaube geschützt.

Die Übungsbedingungen im Fire Dragon III, einem weiterentwickelten Brandübungscontainer der Firma Dräger Safety, sind realistisch. Die bis zu 75 Feuerwehrleute der Werkfeuerwehr des Kernkraftwerks Gundremmingen sowie der rund 45 Kollegen der Freiwilligen

len Bedingungen eingeladen.

In drei Brandräumen lassen sich mit Hilfe von Propangasflammen und Stickstoffnebel sehr realistische Brandszenarien in Treppenhäusern, Küchen- und industriellen Werkstattbereichen oder Wohnräumen simulieren, so dass die Brandbekämpfung unter Live-Bedingungen geübt werden kann.

Kombinationen

Bis zu acht Brandherde inkludieren

Bayerns Stromversorgung in gutem Zustand

Die bayerische Stromversorgung und die Verteilernetze in Bayern sind in einem guten Zustand und haben auf die europaweite Stromstörung am 4. November planmäßig reagiert. Dieses positive erste Resümee zieht der Verband der bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) aus Untersuchungen zu dem Stromausfall ausgehend vom europäischen Verbundnetz UCTE, von dem auch bayerische Regionen und Städte betroffen waren.

Einen Erfolg des bayerischen Konzeptes für Betrieb und Wartung der Stromnetze sieht der VBEW in der teilweise nach wenigen Minuten wieder hergestellten Stromversorgung. Auch die schnelle und problemlose Wiederschaltung der vom stromführenden Übertragungsnetz automatisch zur Netzstabilisierung abgekoppelten Verteilernetze in Bayern funktionierte reibungslos.

Ergebnisse

Eine genaue Prüfung der Auswirkungen auf Bayern zeigt, dass die von den bayerischen Stromversorgern betriebenen und dem europäischen Übertragungsnetz nachgelagerten Verteilernetze zu jedem Zeitpunkt des Stromausfalls betriebsfähig zur Verfügung standen. Durch den Mangel an Energie in den vorgelagerten Stromleitungen

sive der Simulation eines „Flash-over“, das heißt einer schlagartigen Rauchgasentzündung durch plötzliche Sauerstoffzufuhr ähnlich einer Verpuffung, lassen sich unterschiedlich kombinieren.

Pflichtprogramm

Für die Gastfeuerwehrlaute ist die Teilnahme an der Brandübung kostenlos und ein im wahrsten Sinne des Wortes heiß begehrter Termin. Für die Werkfeuerwehrlaute des Kernkraftwerks gehört das Üben im Fire Dragon zum Pflichtprogramm. Bevor es zu den jeweils 15 bis 20 minütigen Brandbekämpfungsübungen geht, gibt es eine ausführliche Theorieschulung. Am Ende einer „feurigen“ Woche, nachdem es heiß, Feuer aus, lud das Kernkraftwerk die Brandbekämpfer zu einem gemeinsamen Abschlussabend im Feuerwehrgerätehaus ein. **□**

konnten die Verteilernetze jedoch teilweise nicht mit Strom versorgt werden.

Ausreichende Kraftwerkskapazität

„Der Stromausfall zeigt deutlich“, so der Geschäftsführer des VBEW, Dr. Christoph Praël, „wie wichtig es zur Sicherung des hohen Standards der Stromversorgung in Bayern ist, weiterhin über Kraftwerkskapazitäten zu verfügen, die verbrauchsnahe Strom erzeugen. Das schützt unser Netz vor großflächigen Abschaltungen und erleichtert nach einem Stromausfall einen raschen Wiederaufbau der Versorgung“.

Gegenwärtig steht im Freistaat Bayern noch ausreichend Kraftwerkskapazität zur Verfügung, um den Strombedarf landesweit vollständig decken zu können. **□**



Zwei Männer der Kraftwerksfeuerwehr müssen im Brandübungscontainer Fire Dragon einen Küchenbrand löschen, der bereits aufs Treppenhaus übergreifen droht. **□**

Feuerwehren von Burgau, Günzburg, Gundremmingen, Offingen und Schnuttenbach gehen an ihre physischen Grenzen. Sicherheitshalber steht ein Sanitäter bereit. Grundvoraussetzung für die Teilnahme ist ein Gesundheitscheck und eine Atemschutzausbildung.

Reale Bedingungen

Zum vierten Mal hatte das Kernkraftwerk Gundremmingen Ende September die Freiwilligen Feuerwehren aus der Umgebung des Kernkraftwerks zur gemeinsamen Brandbekämpfungsübung unter rea-

Energiesparlampen sparen Strom und Geld

Durch die kürzer werdenden Tage müssen Licht und Lampen wieder früher eingeschaltet werden. Der steigende Energieverbrauch durch Beleuchtung macht bis zu 14 % des Stromverbrauchs zu Hause aus. Mit den richtigen Lampen lassen sich also einige Euro einsparen.

Energiesparlampen bieten sich besonders an. Sie verbrauchen bei gleicher Helligkeit wie normale Glühbirnen rund 80 Prozent weniger Strom. Durch die 15-mal längere Lebensdauer (15.000 Stunden) lassen sich mit einer Energiesparlampe bis zu 125 Euro im Vergleich zu einer 60 Watt-Glühbirne einsparen.

Argumente gegen Energiesparlampen - teuer, unangenehmes Licht, zu groß und nicht besonders ansehnlich - gelten nicht mehr. Die Anschaffungskosten sind stark gesunken, das Design ist attraktiver und die Lampen deutlich kleiner geworden. Durch warme Farbtöne lässt sich in allen Räumlichkeiten ein behagliches Ambiente erreichen.

Stabförmige Leuchtstofflampen in warmen Farbtönen

Energie sparen lässt sich auch mit stabförmigen Leuchtstofflampen. Sie erzeugen die gleiche Helligkeit wie Glühlampen, jedoch mit nur einem Zehntel an Energieverbrauch. Auch Leuchtstofflampen werden mittlerweile in warmen Lichttönen angeboten. Damit lassen sie sich in Wohnräumen oder Büros einsetzen, aber auch im Keller oder dem Dachboden.

Im Vergleich zu Energiesparlampen lässt sich mit Halogenlampen nur wenig Strom sparen. Gegenüber normalen Glühlampen liefern sie allerdings bei gleichem Stromverbrauch ein etwa doppelt so helles Licht. Durch die starke Bündelung ihres Lichts werden jedoch oft mehr Lampen benötigt als bei einer Beleuchtung mit Energiesparlampen.

Auf Energieverbrauchskennzeichnung achten

Bei Energiesparlampen sollte auch auf die Energieverbrauchskennzeichnung durch das EU-Label geachtet werden. Die Verbrauchsklasse A bedeutet die beste Energieeffizienz. Zuerst sollten bei den Lampen die Glühlampen durch Energiesparlampen ausgetauscht werden, die täglich am längsten brennen. Grundsätzlich gilt, dass gerade nicht benötigte Lampen ausgeschaltet werden. Zusatztipp: Auch Farben erhellen Räume: Die richtige Farbauswahl für Wand und Decken spart einige Watt Lichtleistung ein. Es sollten helle Farben genutzt werden, die das Licht besser reflektieren. **□**

Rente gut – alles gut!



Wer Geld fürs Alter auf die Seite legen will, sollte jede Unterstützung nutzen: zum Beispiel 366 Euro Riester-Förderung für eine 3-köpfige Familie – Jahr für Jahr! Wir helfen Ihnen, sich die maximale staatliche Förderung und alle Steuervorteile zu sichern. Mehr über unsere **PrämienRente** erfahren Sie in über 4.000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe. Oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

VER SICHER KAMMER UNGS
BAYERN BAYERN

Wir versichern Bayern.

Finanzgruppe

Individuelle Lösungen für Kommunen

VoIP spart Kosten

Telefonieren über das Datennetz gewinnt zunehmend an Bedeutung: Immer mehr Stadt- und Gemeindeverwaltungen interessieren sich für Voice over Internet Protocol, kurz VoIP. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: VoIP ist kostengünstiger, effizienter und flexibler als die herkömmliche Telefontechnik.

Im kommunalen Bereich ist es nicht anders als bei vielen Unternehmen: Jede Verwaltung unterhält heutzutage ein Datennetzwerk. Zusätzlich gibt es von jeher ein klassisches Telefonnetz. Diese Zweiteilung wird durch den Einsatz von VoIP

Programme steuern alle wichtigen Telefonfunktionen“, so die LEW-TelNet-Chefin. „Das reicht von der Anwahl über das Annehmen, Auflegen, Rückfragen, Makeln und Weiterleiten bis hin zum Aufbauen einer Konferenz.“ Bei eingehenden Anrufen

getätigte Investitionen schützen und langfristige Wartungsverträge einhalten. Datenspezialisten wie LEW-TelNet bieten Kommunen wie Unternehmen die Möglichkeit, mit maßgeschneiderten VoIP-Lösungen sanft zu migrieren. Als Anwender können sie dabei selbst entscheiden, wann und in welchem Umfang ihre Telefontechnik von der klassischen Variante auf VoIP umgestellt wird. Die sanfte Migration ist ein profitabler Einstieg in die neue Technologie: Das Potenzial von VoIP kann in dieser Phase bereits ausschöpft werden, ohne hohe Anfangsinvestitionen tätigen zu müssen. □



Bei VoIP wird die herkömmliche Telefonie-Infrastruktur überflüssig. Anrufe und Faxe laufen über das Datennetz. □

überflüssig. „Weil Anrufe und Faxe dann ebenfalls das Datennetz nutzen, kann auf die herkömmliche Telefonie-Infrastruktur verzichtet werden“, erklärt Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin des schwäbischen Datenspezialisten LEW-TelNet. „Es entsteht ein Netz für alles.“

Großes Sparpotenzial

Entscheidender Vorteil der VoIP-Technologie ist der Kostenfaktor: Städte und Gemeinden, die über Datennetze telefonieren, müssen nur noch ein Netzwerk betreiben, warten und instand halten. Der Umzug von Telefonen bei Büro- oder Standortwechseln erledigt sich fast von selbst. Zwischen vernetzten Ämtern und Einrichtungen kann kostenlos telefoniert werden. Und auch Gespräche ins öffentliche Telefonnetz sind in der Regel günstiger. Darüber hinaus eröffnet VoIP neue Wege und Anwendungsfelder, um Geschäftsabläufe effizienter zu gestalten. Erna-Maria Trixl nennt ein konkretes Beispiel: die einfache und kostengünstige Verknüpfung von Telefon und Desktop-Anwendungen. „Spezielle

können bereits angelegte Kontakte oder Kundendaten mit der ankommenden Rufnummer verglichen und automatisch auf dem Bildschirm angezeigt werden. Unified Messaging vereint Dienste wie E-Mail, SMS, Fax und Sprache unter einer Oberfläche wie z.B. Outlook oder Lotus Notes. Die komplette Kommunikation wird über ein zentrales Postfach abgerufen und bearbeitet. Davon profitieren nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Bürger als Kunden.

Sanfte Migration

VoIP eignet sich insbesondere für Verwaltungen, die gegenwärtig noch an ihre vorhandene Telefonanlage gebunden sind. Sie können ihre klassische Telefonie-Infrastruktur Schritt für Schritt ersetzen und so bereits

Wie funktioniert VoIP?

VoIP steht für „Voice over Internet Protocol“. Die Übertragung von Gesprächen und Faxen erfolgt nicht mehr über das klassische Telefonnetz, sondern über Datennetze, die nach Internet-Standards aufgebaut sind. Die gesprochenen Worte werden - wie auch E-Mails oder Internetseiten - in kleine Datenpakete zerlegt, digitalisiert verschickt, auf Empfängerseite wieder zusammengesetzt und hörbar gemacht. Zum Telefonieren können sowohl Computer mit Headsets als auch VoIP-gerechte Telefongeräte mit herkömmlichem Tastaturlinien- und Hörer verwendet werden. □

Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) investiert an der Günz:

1,6 Millionen Euro für Ökoprotjekt

Die zur LEW-Gruppe gehörende Bayerische Elektrizitätswerke GmbH (BEW) investiert entlang ihrer Wasserkraftwerke 1,6 Millionen Euro für die Verbesserung des ökologischen Zustandes der Günz. Die Bauarbeiten begannen Anfang Oktober und laufen bis zum Frühjahr 2007.

Durch das Ökoprotjekt der BEW soll sich der ökologische Zustand der Günz verbessern. Die Arbeiten finden auf einer Länge von 13 Kilometern zwischen Deisenhausen und Waldstetten statt. Ziel des Ökoprotjektes an der Günz ist, den Schutz der Bevölkerung vor Hochwasser und den Schutz der Tiere und Pflanzen zu verbessern. „Mit der Investition wollen wir dem Biber

entlang der Günz langfristig eine Heimat geben, ohne den Schutz der Bevölkerung bei Hochwasser zu gefährden. Beides ermöglicht unser Ökoprotjekt“, erläutert Dr. Olaf Heil, Geschäftsführer der BEW, die Bauarbeiten. Die Zahl der Biber ist in den letzten Jahren stark gestiegen und hat dazu geführt, dass die Tiere mit ihren Bauten die Dämme entlang der Kraftwerke an der Günz unterhöhlt haben. Die Stabilität der Dämme war gefährdet. Ein Hochwasser hätte die Dämme brechen und Überschwemmungen verursachen können. Bei den Bauarbeiten werden auch sogenannte Ökokeile am Flussufer der Günz eingebaut. Diese Ökokeile beinhalten Stahlgitter, die unter die Wasseroberfläche im Dammbereich reichen. Die Gitter halten Biber davon ab, Höhlen in den Dämmen zu graben.

Zusätzlich werden im Wasser verankerte Wurzelstücke und abgestorbene Holzbündel (Totholz) im Bereich des Flussufers der Günz eingebaut. Dadurch sollen zukünftig auch Fische vermehrt Schutz zonen vor Fressfeinden und weitere Unterstandsmöglichkeiten finden. Das Totholz bietet auch wirbellosen Kleintieren wie Würmern, Schnecken oder Krebsen einen zusätzlichen, neuen Lebensraum. Nach dem Abschluss der Bauarbeiten im Frühjahr nächsten Jahres soll in der nächsten Vegetationsperiode 2007 ein verbesserter ökologischer Zustand des Flusses zu erkennen sein. An den fünf Kraftwerksstandorten entlang der Günz stellt die BEW Tafeln auf, die über das Ökoprotjekt mit Texten und Skizzen informieren. Die Baumaßnahmen sind mit der Regierung von Schwaben,

Kräftiger Anstieg bei Bioenergie in Bayern

Bei der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen verzeichnet Bayern einen kräftigen Anstieg. Das teilte Landwirtschaftsminister Josef Miller unter Hinweis auf die amtliche Energiestatistik mit. Danach entfielen im Jahr 2003 4,4 Prozent des Primärenergieverbrauchs im Freistaat auf Biomasse. Gegenüber dem Vorjahreswert (2002) mit vier Prozent entspricht dies einer Steigerung von zehn Prozent. Deutliche Zuwächse verzeichnen vor allem der Biomasseeinsatz in Biomasseheiz- und Heizkraftwerken, in Biogasanlagen und bei den biogenen Treibstoffen (vor allem Biodiesel) sowie der Einsatz von Holzpellets zur Wärmeerzeugung, der sich im Vergleich zum Jahr 2002 mit rund 44 000 Tonnen mehr als verdreifacht hat.

Miller: „Wir ernten jetzt die Früchte unserer Politik bei den nachwachsenden Rohstoffen. Seit 1990 haben wir rund 216 Millionen Euro, davon rund 176 Millionen Euro Landesmittel, überwiegend in die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen investiert.“ Kein ande-

res Land setze sich auch nur annähernd so stark für Bioenergie ein. Deutschlandweit liege der Biomasseanteil bei gut drei Prozent. Durch den energetischen Einsatz von Biomasse werden im Freistaat rechnerisch jährlich fast 2,5 Milliarden Liter Heizöl eingespart und rund 6,6 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden. Fast 60 Prozent der gesamten Bioenergie erbringen die Holzbrennstoffe. Landwirtschaftsminister Josef Miller: „Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Förderung nachwachsender Rohstoffe bleibt auch künftig ein Kernziel bayerischer Agrarpolitik.“

Derzeit gibt es in Bayern rund 260 geförderte Biomasseheizwerke und -heizkraftwerke, 250 Klär- und Deponiegasanlagen, rund 1300 landwirtschaftliche Biogasanlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von 230 Megawatt, 400 Tankstellen mit biogenen Treibstoffen, eine Produktionskapazität für rund 155.000 Tonnen Biodiesel pro Jahr sowie einen Absatz von Biodiesel von rund 310.000 Tonnen pro Jahr und 14.000 Tonnen Pflanzenölkraftstoff in 120 dezentralen Ölmöhlen. □

Gemeinschaftsprojekt von E.ON Bayern und Maschinenring:

Umweltfreundliche Strom- und Wärmegewinnung aus Biogas

Erster Spatenstich für Biogasanlage, Blockheizkraftwerk und Wärmenetz in Bad Bocklet

Derzeit entsteht in Bad Bocklet am Windheimer Berg eine hochmoderne Biogasanlage mit einer Investitionssumme von rund 2,8 Millionen Euro. Bauherr und Betreiber ist die Maschinenring Energie Bad Bocklet GmbH & Co KG (MR). Das Blockheizkraftwerk und Wärmenetz werden von der E.ON Bayern Wärme GmbH errichtet und betrieben.

E.ON Bayern-Generalbevollmächtigter Rolf Wutschka, Projektleiter Martin Schütze und die Geschäftsführer des Maschinenrings Rudolf Weber und Werner Link nahmen gemeinsam mit Landrat Thomas Bold, Bürger-

meister Wolfgang Back, Ministerialrat Frieder Jooß aus dem Finanzministerium, Harald Hümmel und Franz-Rüdiger Eber, Immobilien Freistaat Bayern, und den beteiligten Landwirten den Spatenstich für das unterfränkische Vorzeigeprojekt vor.

Strom für 1.000 Haushalte

In der Anlage werden ausschließlich pflanzliche Stoffe zu Biogas verarbeitet, aus dem im Blockheizkraftwerk umweltfreundlich Wärme und Strom gewonnen wird. Rund 12 000 Tonnen an nachwachsenden Rohstoffen werden pro Jahr benötigt, um circa 4.700 Megawattstunden Strom zu erzeugen, die in das Netz von E.ON Bayern eingespeist werden. Damit können über 1.000 Haushalte ihren jährlichen Strombedarf aus regenerativer Energie decken. Gleichzeitig werden voraussichtlich rund 2.500 Megawattstunden Wärme für die Beheizung der Kuranlagen Bad Bocklet, von Hotels und möglicher privater Wärmekunden produziert.

CO₂-neutral

Der Hauptteil der Wärme wird aus Biogas erzeugt. Da bei der Verbrennung von Biogas nur die Kohlendioxidmenge freigesetzt wird, die durch das Wachstum der Pflanzen der Atmosphäre vorher entzogen wurden, erfolgt die Energieerzeugung CO₂-neutral. Neben der Umwelt profitiert auch die regionale Landwirtschaft, die sich als Rohstofflieferant ein Zusatzinkommen sichern kann. 15 Landwirte aus der Region, die an der MR beteiligt sind, werden diese Aufgabe übernehmen. Zum Decken von Spitzen und für den Reservefall steht ein Heizkessel zur Verfügung, der sowohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden kann. Der Dampferzeuger für die Moorbäder läuft mit Erdgas.

Im Jahr 2005 wurde für die Sanierung der Heizungsanlage des Kurhauses Bad Bocklet eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. E.ON Bayern beteiligte sich daran und bot alternativ den Bau eines Biogas-Blockheizkraftwerks an. Diese Variante überzeugte sowohl in wirtschaftlicher wie auch in ökologischer Hinsicht. In der Folge

wurde zwischen E.ON Bayern und dem Freistaat Bayern ein zwanzigjähriger Wärmelieferungsvertrag geschlossen und die zu sanierende Heizungsanlage übernommen. Spätestens am 1. Juli 2007 soll die Anlage fertig gestellt sein und die Wärmelieferung aus Biogas beginnen.

E.ON Bayern investiert 1,2 Millionen Euro für die Errichtung des Biogas-Blockheizkraftwerks, der erforderlichen Wärme- und Gasleitungen, die Modernisierung der bestehenden Heizzentrale sowie die Erstellung eines kleinen Dampferzeugers zur Beheizung der Moorbäder. Die Biogasanlage, die das Gas für den Betrieb des Blockheizkraftwerks liefert, kostet den Maschinenring 1,6 Millionen Euro.

Elektrische und thermische Leistung

Die Anlage in Bad Bocklet besteht aus dem Fermenter, einem stehenden Betonrundbehälter mit 2.500 m³ Inhalt, in dem die erste Stufe des Gärprozesses stattfindet. Die zweite Gärstufe erfolgt in einem baugleichen Betonrundbehälter mit einem Durchmesser von 23 Metern. Nach dieser zweiten Stufe ist der Prozess der Biogaserzeugung abgeschlossen. Das Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk verbrannt. Dabei werden circa 625 Kilowatt an elektrischer Leistung erzeugt. Aus dem Kühlwasser und dem Abgas werden rund 600 Kilowatt an thermischer Leistung gewonnen. Das ausgegorene Substrat wird in einem Gärrestlager zwischengelagert, bevor es von den Landwirten wieder als hochwertiger Dünger auf die Felder ausgebracht wird. Das Fahrsilo mit einer Kapazität von 12 000 Tonnen befindet sich auf demselben Grundstück.

Die Jahre 2006 und 2007 stehen bei E.ON Bayern im Zeichen einer Biogasoffensive. Insgesamt zehn Millionen Euro investiert der bayerische Regionalversorger in den Neubau und die Modernisierung von Kleinkraftwerken. Die erste Anlage ging 2006 in Schwandorf in Betrieb. Eine weitere Anlage in Arzberg wird im Januar 2007 in Betrieb genommen. Derzeit ist ebenfalls eine Anlage in Hammelburg im Bau. „Unser Kraftwerkspark bei E.ON Bayern besteht aus rund 70 Wärmeversorgungsanlagen. Dieser Park deckt etwa zwei Prozent unseres Strombedarfes. Mit unserer Biogasoffensive wollen wir diese Quote nach oben treiben“, so Wutschka. □

Gemeinde Blindheim und LEW:

Langjährige Strompartnerschaft

Zustimmung für neuen Wegenutzungsvertrag

Der Gemeinderat Blindheim hat einem neuen 20-jährigen Wegenutzungsvertrag mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zwischen Gemeinde und Energieversorger zur Stromversorgung und garantiert für die rund 750 Netzkunden der Gemeinde Blindheim auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung. Bei der Behandlung in der Gemeinderatssitzung am Dienstag, den 7. November im Rathaus von Blindheim hob LEW-Vertreter Peter Kraus die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Diese erstreckt sich auch auf weitere Dienstleistungen in der Energieberatung und der Straßenbeleuchtung. Mit dem Neuabschluss eines Wegenutzungsvertrages wird eine bewährte Partnerschaft fortgesetzt. Bereits seit 1920 liefern die Lechwerke Strom für die Gemeinde. Der Strombedarf beträgt heute rund 9,1 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen und gibt dem Energieversorger die Planungssicherheit um in den weiteren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren. Als Gegenleistung erhält die Gemeinde eine Konzessionsabgabe in Höhe von rund 39.000 Euro pro Jahr. Das Netzgebiet der Lechwerke umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. In ihrem Tätigkeitsgebiet verfügen die Lechwerke über 291 Konzessionsverträge mit Städten und Gemeinden.

Die Lechwerke engagieren sich als Sponsor beim Sport, in der Kultur sowie bei sozialen Projekten für die Region. Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. LEW beschäftigt knapp 1.600 Mitarbeiter und ist innerhalb der RWE Energy AG die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland. □

Umweltfreundlicher Strom aus dem Inn

Vor 70 Jahren wurden die Innkraftwerke, Wasserburg, Teufelsbruck und Gars errichtet. Da in den Sommermonaten große Wassermengen ungenutzt über die Wehre fließen, werden jetzt zusätzliche unabhängige Kraftwerke mit Kaplan-Turbine und Stromgenerator angebaut, die je rund 15 Millionen Kilowattstunden pro Jahr Strom erzeugen. Im Januar 2007 soll die über das Ökoprotjekt mit Texten und Skizzen informieren. Die Baumaßnahmen sind mit der Regierung von Schwaben,

Vierter Rosenheimer Wirtschaftstag:

„Informieren - Investieren“

Gemeinsam mit dem Landkreis Rosenheim, der IHK für München und Oberbayern, der Kreishandwerkerschaft Rosenheim, sowie der Fachhochschule Rosenheim hat die Stadt Rosenheim Unternehmer und Bürgermeister der Region zum vierten Rosenheimer Wirtschaftstag ins Kultur- und Kongresszentrum eingeladen.

Unter dem Motto „Informieren - Investieren: im Wirtschaftsraum Rosenheim“ ließen sich rund 130 Tagungsteilnehmer von Experten in zwei Workshops über „Fördermöglichkeiten der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen“ sowie über Auswirkungen des viel diskutierten und fälschlicherweise als „Antidiskriminierungsgesetz“ bekannten, „allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)“ informieren und nutzten die Möglichkeit brennende Fragen direkt von den Fachleuten beantworten zu lassen.

Entwicklungsprognosen

Nach der Begrüßung durch Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer berichtete Peter Kammerer von der IHK München und Oberbayern über die aktuelle Wirtschaftssituation des Großraums Rosenheim sowie dessen Entwicklungsprognosen bis 2020. Im Gegensatz zu vielen anderen Gebieten Deutschlands bleibt Rosenheim eine Wachstumsregion: Die IHK erwartet ein Bevölkerungswachstum für die Region um rund 7 Prozent, die Zahl der Arbeitsplätze wird um etwa 3 Prozent steigen wobei jedoch ein Strukturwandel hin zu „Dienstleistung“ und der IT-Branche zu verzeichnen sein wird.

Dramatisch zunehmen wird der Verkehr, der laut Kammerer nur in enger Zusammenarbeit mit der Metropolregion München durch Ausbau der A8 und B15 gebändert werden kann. Als Cluster-Standort werden Rosenheim und die Region ihre Position in den Bereichen Logistik, Holz und IuK (Informatik- und Kommunikationstechnik) weiter stärken. Kammerer lobte den sehr ausgewogenen Branchenmix und sieht gute Zukunftschancen für Stadt und Landkreis Rosenheim.

Antidiskriminierungsgesetz

Richtig rund ging es in dem Workshop „Antidiskriminierungsgesetz - was hat sich mit der Einführung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes geändert?“ unter Moderation von Martin Wollny, Leiter des Personalamts der Stadt Rosenheim. Das seit August in Kraft getretene Gesetz, das EU-Richtlinien umsetzt, sorgt besonders bei Arbeitgebern für Aufregung. „Dabei“, so Rechtsanwalt Anton Mertl, der als Fachanwalt für Arbeitsrecht Rede und Antwort stand, „sollen dies Forderungen von Gleichbehandlung und Antidiskriminierung bereits im Grundgesetz verankert“.

Laut AAG dürfen Beschäftigte nicht wegen „Rasse oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder Sexueller Identität“ benachteiligt werden. Tipps, wie man sich möglichst schadfrei bei Stellenausschreibungen oder Bewerbungsabsagen halten kann, gab der versierte Rechtsanwalt auch gleich mit auf den Weg. „Geben Sie nur neutrale Stellenausschreibungen und Stellenplatzbeschreibungen ab, vermeiden Sie jegliche Alters- oder Geschlechtsangaben bei Stelleninseraten und senden Sie die Bewerbungsunterlagen abgelehnter Bewerber freundlich, aber

ohne Begründung zurück!“ Personalleiter Hans-Joachim Klaus, der persönlich Erfahrungen im Personalbereich in Firmen von 120 bis 350.000 Mitarbeitern gesammelt hat, sieht auch positive Seiten in dem Gesetz: „Wir haben alle ein sehr vitales Interesse daran, nicht benachteiligt behandelt zu werden“, so Klaus.

Den anwesenden Arbeitgebern gab Klaus die Tipps: „Behandeln Sie Ihr Gegenüber stets so, wie Sie selbst gerne behandelt werden würden, dann sind Sie schon zu 50 Prozent auf der richtigen Seite. Lassen Sie sich von Anwälten, Kammern oder anderen Fachleuten, die sich mit diesen Dingen beschäftigen, beraten. Beziehen Sie den Betriebsrat beispielsweise bei Stellenausschreibungen mit in die Beratungen ein. Richten Sie eine Beschwerdestelle im Betrieb ein, die von einer Person des Vertrauens der Belegschaft besetzt ist. Schulen Sie Ihre Mitarbeiter hinsichtlich antidiskriminierendem Verhalten und hängen Sie das AAG in Ihrem Unternehmen aus. Versuchen Sie antidiskriminierendes Verhalten der Mitarbeiter untereinander, aber auch von Seiten Dritter zu unterbinden“. Er verwies darauf, dass Informationen und Tipps für Arbeitgeber über das AAG bei den IHKs und den HWKs zu erhalten sind.

EU-Fördermöglichkeiten

Im zweiten Workshop „Fördermöglichkeiten der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen“ beantworteten Friedhelm Forge, stv. Leiter von Euro Info Centre München, Tamar Moscovic von Bayern Handwerk International und Dr. Karl-Heinz Hanne von Bayern Innovativ, Leiter des EU-Verbindungsbüros, Fragen über die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten für KMU's. Dabei wurde deutlich: „Es ist Geld in den Töpfen vorhanden“, und „wer Geld für vernünftige Zwecke braucht, kann auch an Geld kommen“, allerdings ist hierfür eine gute Beratung notwendig, so Moderator Gerhard Prentl, Leiter der Wirtschaftsförderung des Landkreises.

Ansprechpartner

Zunächst sollten die Hausbanken Ansprechpartner der Unternehmer sein, die nicht nur günstige Kredite sondern auch Informationen über Förderhilfen geben können wie auch das „Euro Info Centre München“. Für Fördermittel hinsichtlich Entwicklung, Innovationen oder Forschung ist Bayern Innovativ der richtige Ansprechpartner. Kontakte zu den betreffenden Stellen können laut Prentl auch von den Wirtschaftsförderstellen des Landkreises und der Stadt hergestellt werden.

Bevor der Abend mit angeregten Gesprächen in kleinen Runden endete, betonte Oberbürgermeisterin Bauer, auch im nächsten Jahr den Rosenheimer Wirtschaftstag wieder zu veranstalten: „Wir wollen, dass Sie durch Informationen wettbewerbsfähiger gemacht werden“, und dafür seien solche Vor-Ort-Informationen überaus sinnvoll. □



Von rechts: Regierungspräsident Ludwig Schmid, der Vorsitzende der ArGE Donaumoos, Bürgermeister Christian Konrad, Leipheim, Landrat Stefan Rössle (Donau-Ries), Landrat Leo Schrell (Dillingen), Bezirksrat Helmuth Zengerle, Ministerialdirigent Christoph Himmighoffen. Bild: -jdt-

„LIFE-Natur-Projekt Schwäbisches Donautal“:

Hohe Auszeichnung für die Region

Dillingen/Donau-Ries/Günzburg (jdt). „Dies bedeutet für eine Region eine Auszeichnung ... Wir können wirklich stolz sein... Die Hürde für LIFE-Natur liegt schließlich hoch“, mit offensichtlicher Genugtuung und Freude stellte der schwäbische Regierungspräsident Ludwig Schmid das im September 2006 von der EU-Kommission in Brüssel genehmigte „LIFE-Natur-Projekt Schwäbisches Donautal“ vor.

Im Landratsamt Dillingen waren an dem offiziellen Startschuss, mit der Übergabe einer LIFE-Fahne mit den goldenen Europa-Sternen auf blauem Grund, Repräsentanten der drei Landkreise Donau-Ries, Dillingen und Günzburg, des Bayerischen Umweltministeriums, des Bezirkes Schwaben, von 16 Städten und Gemeinden und der ArGE Donaumoos beteiligt. Während der Laufzeit des Vorhabens seit Oktober 2006 bis März 2011 stehen Fördergelder von insgesamt 2,04 Millionen Euro zur Verfügung.

7400 Hektar

Zusammen mit Regierungspräsident Schmid stellten das LIFE-Projekt Landrat Leo Schrell, Dillingen (Vorsitzender der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft), und Ministerialdirigent Christoph Himmighoffen (Leiter der Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege im Umweltministerium) vor.

Hervorgehoben wurde von Ludwig Schmid, dass das Projektgebiet 7400 Hektar umfasst, verteilt auf fünf Bereiche, davon drei im Ried, einer im Donaumoos und einer im Auwald im Abschnitt zwischen Blindheim und Donauwörth. Die EU stellt rund eine Million Euro zur Verfügung. Für die andere Hälfte der Fördergelder kommen auf das Umweltministerium (470 000 Euro), der Bayerische Naturschutzfonds (370 000 Euro) und die in der LIFE-Arbeitsgemeinschaft vereinten 20 Partner (173 000 Euro).

Projekträger sind, unter Leitung von Landrat Schrell, die Landkreise Donau-Ries, Dillingen und Günzburg, die Städte Donauwörth, Höchstädt, Dillingen, Wertingen, Gundelfingen, Günzburg und Leipheim sowie die Gemeinden Mertingen, Tapfheim, Schwenningen, Blindheim, Buttenwiesen, Zusaltheim, Holzheim, Medlingen und Bachingen.

Bayerischer Weg

Regierungspräsident Schmid ging auf die herausragende Schutzwürdigkeit des Donaumaos zwischen Leipheim und Donauwörth ein, aber auch auf die Sorgen vor allem der Landwirte vor Einschränkungen der Bewirtschaftung. In Bayern seien in den Dialogverfahren 2000 und 2004 zur Meldung der „Natura

2000-Gebiete“ diese Bedenken sehr ernst genommen worden. Im Hinblick darauf und unter Berücksichtigung des speziellen „Bayerischen Weges“ der Umsetzung habe man auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen hoheitliche Maßnahmen zurückgestellt.

Der Repräsentant der Regierung von Schwaben bekannte, er habe in diesem Zusammenhang erfolgreich geeignete „europäische Fördertöpfe angezapft“. Im zweiten Anlauf sei man erfolgreich gewesen. Das LIFE-Projekt helfe maßgeblich, den Druck von den Nutzern und Grundeigentümern in den „Natura-2000-Gebieten“ zu nehmen, nicht zuletzt bei den Landwirten. Dem Dillinger Landrat Schrell dankte Schmid dafür, dass er die administrative Gesamtverantwortung für das Projekt übernommen habe.

Hochwasserschutz

Das LIFE-Projekt diene auch, so fuhr der Regierungspräsident fort, dem vorbeugenden Hochwasserschutz. Dazu kämen u. a. die Optimierung der zahlreichen Abbaustellen, die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Grabennetzes durch Anlage von Flutmulden und Seigen und die Verbesserung der Hochwasser-Rückhaltefähigkeit des Riedes. Ein besonderer Hinweis galt dem Tatbestand, dass das Donaunied Bayerns größter natürlicher Hochwasser-Rückhalte-raum mit rund 30 Millionen Kubikmetern Retentionsvolumen sei. Hoher Rang komme dem LIFE-Projekt als Chance im Standortwettbewerb der Wirtschaft zu.

Heimatabwasstsein gestärkt

Eine „besondere Auszeichnung“ nannte Landrat Schrell die Aufnahme unter die 17 bayerischen und 75 deutschen „Life-Natur-Projekte“. Bayern kämen 13,25 Millionen Euro Fördergelder der EU zugute. Man könne stolz sein auf die erreichte Aufwertung. Neben dem Benninger Ried ist das Schwäbische Donautal das zweite LIFE-Natur-Vorhaben in Schwaben.

Alle Beteiligten rief Landrat Schrell zu guter Zusammenarbeit auf, auch im Bewusstsein in der einzigartigen Landschaft das Heimatbewusstsein weiter zu stärken. Gedankt für besonderen

„Schwimmender Christkindmarkt“:

Vilshofen gewinnt Ideenwettbewerb

Sieger bei „365 Orte im Land der Ideen“

Josef ist etwa 3,30 Meter groß, Maria etwas kleiner. Aber nur, weil sie kniet. Wir haben die „Größte Brettkrippe der Welt“ sagen die Vilshofener stolz und wollen dieses auch mit einem Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde bestätigt wissen. Zu sehen ist die Brettkrippe nur in Vilshofen an der Donau - heuer vom 01. bis 03. Dezember und vom 06. bis 10. Dezember.

Die Stadt Vilshofen an der Donau beweist mit ihrem „Schwimmenden Christkindmarkt“, dass der Mut etwas Außergewöhnliches zu organisieren, auch Anerkennung findet. Schon seit vielen Jahren hat die Stadt einen Christkindmarkt rund um die Stadtpfarrkirche organisiert. Schwierig war es, Fieranten mit einem entsprechend guten Angebot zu finden. Bei dieser Suche hat Tourismus-Chef Christian Eberle auch seinen Freund Hans Gierg gebeten mitzumachen. Dieser lehnte jedoch lächelnd ab, was den Touristiker ärgerte und seinen Freund anranzte: „Du meckerst auch nur rum, dann mach doch selber mal was.“

Bei der Ehre gepackt meldete sich Hans Gierg wenige Tage danach bei Christian Eberle und meinte: „Wenn Du mir hilfst, packen wir es an“. Schon kurze Zeit später saßen beide beim 1. Bürgermeister der Stadt und stellten ihr Konzept vor. Hans Gschwendner war auch gleich begeistert und sicherte Hans Gierg alle mögliche Unterstützung zu.

Geplanter Eintrag ins Guinness-Buch

Anlässlich einer ersten Ausschreibung meldete sich auch der Künstler Werner Richter aus Ortenburg und zeigte Gierg seine selbst geschnitzten Krippenfiguren. Die Idee zur „Größten Brettkrippe“ war geboren. Wiederum in einem Gespräch mit dem Bürgermeister stellte Gierg seine Idee vor. Hans Gschwendner informierte alsbald den Leiter der örtlichen Berufsschule und schon wenige Wochen später machten sich die Schüler der Abteilung Schreiner, Metallurgen und Maler ans Planen und Entwerfen. Und so konnte mit vereinten Kräften noch im gleichen Jahr die Hl. Familie den Besuchern vorgestellt werden. Jedes Jahr kamen neue Figuren hinzu. Nach den Hl. Drei Königen folgten zwei Schäfer und drei Schafe. In diesem Jahr nun soll das Werk mit einem Ochsen und einem Esel fertig gestellt werden und einen Eintrag ins Guinness-Buch erhalten.

Die Herstellung der beiden Tiere ist eine wahre Meisterleistung. Um diese später überhaupt transportieren zu können, werden sie liegend hergestellt. Und selbst dann sind sie noch 4 Meter lang und 2 Meter hoch. Anfang Dezember ist es wieder soweit. Dann klöppeln, schnitzen, weben und töpfern Kunsthandwerker aus Bayern, Österreich und Tschechien wieder auf dem Donauschiff der Reederei Wurm & Köck. Künstler und Stadtvordere lesen Literatur und es wird getanzt und musiziert.

Draußen auf der Donaupromenade sorgen geschmückte Hütten, Zelte und die „Vilshofener Stallweihnacht“ für Weihnachtsatmosphäre. Rund um flackernde Feuerstellen schmücken Kinder Christbäume um die Wette und über allem liegt der Duft von frischen Maroni, Mandeln und Nüssen. Ein Christkindmarkt ohne Fressmeile und Glühweinschwankende. „Die Auszeichnung ein Ausgewählter Ort 2006, zu sein erfüllt uns mit großem Stolz. Gerne stellen wir uns am 6. Dezember der Öffentlichkeit vor“ freut sich Hans Gierg. □

Einsatz wurde von Schrell dem Regierungspräsidenten Schmid, dem Ministerium und allen Partnern.

Ministerialdirigent Himmighoffen nannte die Berücksichtigung für das „LIFE-Natur-Projekt“ keine Selbstverständlichkeit. Dem Donaumaos komme eine besondere Bedeutung zu.

Förderantrag des Ministeriums

Der Genehmigung durch die EU-Kommission ging ein Förderantrag für das LIFE-Programm für das Schwäbische Donautal durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Jahr 2005 voraus. Das Donautal zwischen Leipheim und Donauwörth war von den Natura-Meldungen Bayerns in den Jahren 2002 und 2004 überproportional betroffen.

Zurückzuführen war dies auf die außergewöhnlich reichhaltige und ökologisch hochwertige Lebensraumausrüstung des Gebietes, mit Donauauen, Wiesenbrütern- und Niedermoorgebieten als Schwerpunkten.

Um die Belastungen bei „Natura 2000“ für Städte, Gemeinden, Landkreise und Flächennutzer möglichst gering zu halten, wurden jetzt EU-Gelder für die Region gesichert. Das Donautal ist das letzte in der laufenden LIFE-III-Förderperiode vom Frei-

staat Bayern eingereichte Projekt.

Kommunen entlastet

Zu den Schwerpunkten des LIFE-Natur-Projektes gehören unter anderem die In-Wertsetzung der Landschaft, gezielte Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Auen, Niedermoor- und Riedlebensräume, die Steigerung der Attraktivität des Donaureiches durch Freizeit- und Erlebnisangebote in der Natur (u.a. Naturpfade und Vogelbeobachtungsstationen), die Verbesserung der Grünlandnutzung, mit der Stärkung der bodenständigen Landwirtschaft. Hinzu kommen die Entlastung der Kommunen in der Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung, Entflechtung von intensiven Nutzflächen und „Naturschutzflächen“, alles in allem eine nachhaltige Aufwertung als Wirtschaftsstandort und Erholungslandschaft, mit gesteigertem Erlebniswert für Naherholung und Tourismus.

Bei der Überreichung der LIFE-Fahne an die Landräte Leo Schrell, Dillingen, und Stefan Rössle, Donau-Ries, Bezirksrat Helmuth Zengerle, Lauingen, und den Vorsitzenden der ArGE Donaumoos, Bürgermeister Christian Konrad, Leipheim, wurden Gespräche mit allen Beteiligten, auch mit der Landwirtschaft, angekündigt. □

Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags:

Freistaat muss mehr Geld locker machen!

Die Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags unter Leitung von Schwabachs Oberbürgermeister Hartwig Reimann hat bei ihrer jüngsten Tagung in Baiersdorf den Freistaat aufgefordert, ein eigenes Finanzierungsprogramm zum Ausbau der Ganztagschulen aufzulegen. Grund: Die vom Bund im Rahmen des Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB) zur Verfügung gestellten Gelder für Bayern in Höhe von rund 600 Millionen Euro seien mittlerweile aufgebraucht.

In diesem Jahr wurden bereits Förderanträge für 156 Schulen, davon überwiegend Hauptschulen, abgelehnt bzw. die Förderquote massiv zurückgefahren. Dem Vernehmen nach fehlen laut Städtetag allein für 2006 rund 50 Millionen Euro.

Ganztagschulen

Der Verband erinnerte daran, dass die Kommunen immer wieder von der Staatsregierung aufgefordert wurden, Ganztagschulen zu forcieren und die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel abzurufen. Nachdem Städte und Gemeinden diesen Appellen gefolgt seien, dürfe der Freistaat sie jetzt nicht im Stich lassen, monierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg.

Ruf nach Sonderprogramm

Begrüßt wurde von den mittelfränkischen Kommunalpolitikern, dass der Freistaat jetzt im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zusätzlich 30 Millionen Euro für den Schul-ausbau zur Verfügung stellen will. Möglich geworden ist dieser zusätzliche Geldsegen durch die unerwartet angestiegenen Steuereinnahmen des Freistaats. Ein vollwertiger Ersatz seien die Gelder aus dem Finanzausgleichstopf freilich nicht, weil die Förderquote des IZBB von 90 Prozent bei weitem nicht erreicht wird. Schaidinger: „Allein aus Gleichbehandlungsgründen muss der Freistaat ein Sonderprogramm auflegen, damit die noch nicht bewilligten Anträge auch in den Genuss der 90-prozentigen Förderung kommen.“

Ohnehin sei die Staatsregierung aufgefordert, mehr Flexibilität bei der Schulentwicklung zuzulassen, so die Bezirksversammlung. Insbesondere sollten Städte und Gemeinden die Chance erhalten, mit Modellversuchen neue Wege zu gehen. Anlass für den Alarmruf der Kommunalpolitiker ist, dass auf Grund der demografischen und

gesellschaftlichen Entwicklung die wohnortnahe Schulstruktur in Bayern in Gefahr ist. Langfristig wird die Zahl der 6- bis 16-jährigen Schülerinnen und Schüler bis 2023 um 18 Prozent, in einigen Regionen des Landes sogar um 23 Prozent zurückgehen.

Schulentwicklung

Der Städtetag vertritt die Auffassung, dass Grundschulen zur Minimalsaustattung einer jeden Gemeinde gehören. Deshalb müssten Wege beschritten werden, um diesen Zustand zu erhalten, z. B. indem jahrgangsgemischte Klassen gebildet werden, die auch bei sinkender Schülerzahl eine Klassenbildung ermöglichen.

Alternativen finden

Mehr als besorgniserregend ist Schaidinger zufolge die Situation bei den Hauptschulen. Es müssten Alternativen gefunden werden, um ein möglichst dichtes Netz an Schulstandorten erhalten zu können. Dabei böten sich auch verschiedene Formen von Kooperationen wie z. B. Schulverbände an. Grundsätzlich müssten endlich Mittel und Wege gefunden werden, der Hauptschule ein positives Image zu geben. Offenbar sei das Kultusministerium bereit, flexibel auf deren Probleme zu reagieren.

Unternehmenssteuerreform

Begrüßt wurde von der Bezirksversammlung Mittelfranken die Einigung der Koalition zur Unternehmenssteuerreform. Ihrer Auffassung nach haben die Experten einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Interessen der Wirtschaft und der öffentlichen Haushalte gefunden. „Die Städte und Gemeinden können aufatmen, dass die Gewerbesteuer als ihre wichtigste Einnahmequelle nicht nur erhalten, sondern darüber hinaus stabilisiert werden soll“, so Schaidingers Kommentar. Abgewartet werden müssten jetzt die Berechnungen

der Reformauswirkungen im Detail und die abschließende Entscheidung der Bundesregierung. „Ich gehe davon aus, dass der Bund zu seiner Zusage steht und das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen in voller Höhe gesichert bleibt“, betonte der Städtetagschef.

Gewerbesteuer

Positiv bewertete Schaidinger, dass bei der Gewerbesteuer die bisherige 50-prozentige Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen durch eine 25-prozentige Hinzurechnung aller Zinsen und Zinsanteile ersetzt werden soll. Damit werde die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer erweitert und es den Unternehmen erschwert, sich der Besteuerung in Deutschland zu entziehen.

Regensburgs OB begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Koalitionsarbeitsgruppe den Forderungen der Städte und Gemeinden gefolgt ist und keinen Umbau der Gewerbesteuer zur reinen Gewinnsteuer beschlossen hat. Die Folge sei zwar, dass es bei unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer bleibt, „doch wäre der Preis für eine einheitliche Bemessungsgrundlage zu hoch gewesen, weil die Stabilität der Gewerbesteuer darunter gelitten hätte“.

Grundsteuer

Auch den Verzicht auf eine erhöhte Grundsteuer für ge-

schäftlich genutzte Grundstücke hält der Städtetagsvorsitzende für vernünftig. Eine solche Veränderung hätte viele Unwägbarkeiten mit sich gebracht, etwa im Hinblick auf finanzielle Auswirkungen für die einzelnen Kommunen, aber auch für Unternehmen z. B. mit hohem Flächenbedarf.

Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

Keinen Bedarf sehen die bayerischen Städte auch für längere Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hält die derzeitigen Ladenöffnungszeiten von sechs bis 20 Uhr von montags bis samstags für bewährt und völlig ausreichend. Zudem sei eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Werktagen bis 22 Uhr wenig sinnvoll, weil dies den Mittelstand und das Personal unnötig belasten und auch nicht mehr Kaufkraft auslösen würde. Für unverzichtbar hält der Verband dagegen den Schutz von Sonntag und Feiertagen.

Ausnahmeregelung

Allerdings wollen die Städte weiter die Möglichkeit haben, an maximal vier Sonntagen im Jahr Ladenöffnung zu genehmigen. Schaidinger: „Diese Ausnahmeregelung muss aber flexibler gestaltet werden. Das bisherige Verfahren, wonach verkaufsoffene Sonntage nur bei bestimmten Anlässen zulässig sind, ist ein alter Zopf, der nur überflüssige Bürokratie auflöst.“ Im Übrigen berge die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten die Gefahr, dass der ohnehin bestehende Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel zu Gunsten der Einkaufszentren und Großhandelsketten verstärkt wird. DK

Landkreis Schweinfurt:

Start der „SAM“-Studie

Auf Initiative des Schweinfurter Unternehmens Weitkamp Hörgeräte wurde eine Studie zur Ermittlung von Hörgewohnheiten ins Leben gerufen, welche ab Ende November 2006 an drei Schulen im Landkreis laufen wird und der Prävention von Hörschädigungen bei Jugendlichen dienen soll. Als engagierter Partner konnte das Schweinfurter Gesundheitsamt mit seinem Leiter Dr. Werner Arnholdt gewonnen werden. Die Schirmherrschaft hat Landrat Harald Leitherer übernommen.

Durch die extreme Zunahme von Hörschädigungen in den letzten 20 Jahren, vor allem bei jüngeren Menschen, ist bereits jeder vierte Jugendliche in Deutschland von Schwerhörig-

tem Musikgenuss ausschlaggebend ist“, betont Brigitte Weitkamp-Moog.

Eröffnungsveranstaltung am 24. November

Den Auftakt zur Studie bildet eine Eröffnungsveranstaltung am 24. November 2006, zu der ein großer Gästekreisl aus Politik, Medizin und Schulen erwartet wird. Das Grußwort wird Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm sprechen und mehrere Vorträge, beispielsweise zum Thema „Lärmschwerhörigkeit“ werden Hintergrundinformationen zur Studie geben. Am 27. November 2006 startet das erfolgsversprechende Projekt „SAM“-Studie dann an den jeweiligen Schulen. □



Harald Leitherer. □

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlufstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805-14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Zwei, die sich nicht im Regen stehen lassen: Landrat Dr. Karl Voegel gratulierte Max Rindle zur Wiederwahl zum Bürgermeister der Gemeinde Aystetten. □

Ergebnisse von Bürgermeisterwahlen

Bei sechs von sieben Bürgermeisterwahlen mit CSU-Beteiligung behielten bei den jüngsten Urnengängen Kandidaten der CSU die Oberhand.

So heißt der alte und neue CSU-Bürgermeister in der mittelfränkischen Gemeinde Spalt Udo Weingart. Er erhielt 95,4 Prozent der Stimmen. Wiedergewählt wurden auch Harald Mild in Creußen (91 Prozent) und Max Rindle in Aystetten, der sich mit 69 Prozent gegen seinen SPD-Kontrahenten durchsetzte.

Ohne Gegenkandidaten erzielte Josef Lechner für die CSU im oberbayerischen Fischbachau bei seiner ersten Wahl 88 Prozent. Als zweiter Bürgermeister stand er für den Kur- und Fremdenverkehrsort schon bisher in der politischen Verantwortung. Gegen zwei Mitbewerber setzte sich Zweiter Bürgermeister Peter Schmitt mit 68 Prozent in Amorbach durch, der dortige SPD-Mann landete bei knapp acht Prozent. Gegen zwei Konkurrenten gewann der neue CSU-Kandidat Bernhard Rhein ebenfalls bereits im ersten Wahlgang in Gaukönigs-hofen. Lediglich in Pfronten siegte der amtierende SPD-Bürgermeister Josef Zeislmeier: mit 54,55 Prozent der Stimmen gegen seinen 33-jährigen Herausforderer Dr. Thomas Jahn von der CSU, der es auf 45,45 Prozent brachte.

In der 2500-Einwohner-Gemeinde Hergatz im Landkreis Lindau gewann der 46-jährige parteilose Uwe Giebl die Stichwahl zum Bürgermeisteramt mit 50,8 Prozent knapp gegen seinen ebenfalls parteilosen Konkurrenten Heinz Baum. DK

Haimhausen:

Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien

Bereits seit knapp einem halben Jahr ist das SonnenStrom Kraftwerk der Gemeinde Haimhausen, Landkreis Dachau, in Betrieb. Geplant und gebaut wurde die Anlage von der Phönix SonnenStrom AG mit Sitz in Sulzemoos, ebenfalls Landkreis Dachau.

Die kommunale Anlage liefert Strom für 350 Haushalte und trägt zusammen mit anderen erneuerbaren Energieträgern dazu bei, dass die 5.000 Einwohner zählende Gemeinde ihren gesamten Strombedarf aus Erneuerbaren Energien decken kann.

Geothermie als Vision

Bürgermeister Torsten Wende berichtet stolz, dass die Gemeinde seit zehn Jahren das Thema erneuerbare Energien verfolgt und bisher schon erhebliche Maßnahmen durchgeführt habe. Haimhausen sei die

zweite Kommune in Bayern, die ein Photovoltaik Kraftwerk als kommunale Anlage betreibt - und die Gemeinde habe bereits weitere Visionen: Geothermie sei das nächste Thema.

Der richtige Weg

Die stellvertretende Landrätin Maria Kreitmair begrüßt das Engagement der Gemeinde Haimhausen außerordentlich. „Aufgrund der Klimaveränderungen müssen wir Alternativen zur herkömmlichen Energiegewinnung suchen. Die Sonne zu nutzen ist hier der richtige Weg“, so Kreitmair. □

Gemeinsame Geschichte - gemeinsame Zukunft

6. Regionalkonferenz der Kooperation „Niederbayern-Oberpfalz-Region Pilsen“

Rundum zufrieden zeigten sich die Teilnehmer der 6. Regionalkonferenz der „Kooperation Niederbayern-Oberpfalz-Region Pilsen“ in Zwiesel. Zwei Tage lang behandelten Vertreter aller drei Regionen grenzüberschreitende Themen.

Eines der Hauptthemen stellte die vom Haus der Bayerischen Geschichte konzipierte Landesausstellung dar, die ab Mai 2007 in Zwiesel unter dem Motto „Bayern-Böhmen: 1500 Jahre Nachbarschaft“ stattfinden wird. Regens Landrat Heinz Wölfl bezeichnete die Landesausstellung als „Höhepunkt für die gesamte Region“. Es sei erfreulich, dass auch von tschechischer Seite die Bereitschaft da sei, diese Ausstellung zu einem Erfolg werden zu lassen. Er hoffe, dass auch viele Gäste aus Tschechien zur Ausstellung kommen. „Wir werden alles dafür tun, um unseren Besuchern aus dem Nachbarland gute Gastgeber zu sein“, versprach Wölfl.

Beitrag zur bayerisch-böhmischen Vernetzung

Zwiesels Bürgermeister Robert Zettner war sichtlich stolz, dass seine Stadt im Jahr 2007 Gastgeber dieser bedeutsamen Ausstellung ist. „Diese wird mit Sicherheit zur bayerisch-böhmischen Vernetzung beitragen“, zeigte er sich überzeugt. Zettner hofft vor allem, dass der Tourismus von der Landesausstellung profitieren wird und die Region dadurch einen kleinen Aufschwung erlebt.

Landesausstellung 2007

Nicht nur die Stadt Zwiesel und der Landkreis Regen setzen große Erwartungen in dieses kulturelle Großereignis. Petr Zimmermann, Präsident der Region Pilsen, betonte, dass auch sein Bezirk die große Ausstellung im Nachbarland mit Spannung erwarte. Denn diese werde ein weiterer Schritt in eine gemeinsame Zukunft der beiden Länder darstellen.

Nachbarschaft in neuem Licht

Zimmermann zufolge sind wirtschaftliche Beziehungen

UNESCO-Welterbe:

Starke und Schaidinger vereinbaren Zusammenarbeit

Die beiden Welterbestädte Bamberg und Regensburg wollen künftig gemeinsam ihre Interessen vertreten. Dies vereinbarten die beiden Oberbürgermeister, Hans Schaidinger und Andreas Starke, bei einem Treffen im Bamberger Rathaus. „Die Problemlagen der beiden Städte sind in Sache Weltkulturerbe dieselben, deshalb liegt es auf der Hand, sich abzustimmen und Hand in Hand zu agieren“, betonte Rathauschef Starke.

Als Plattform soll dabei die Arbeitsgemeinschaft Historischer Städte dienen. In dieser sind neben Bamberg und Regensburg, Görlitz, Meißen, Stralsund sowie Lübeck vertreten, wobei auch die Altstädte der letzten beiden den UNESCO-Welterbestatus haben.

Gemeinsame Interessen deutlich machen

„Wir pflegen seit vielen Jahren in der Arbeitsgemeinschaft eine gute und enge Zusammenarbeit. Da vier der sechs Mitglieder Welterbestädte sind, wollen wir dieses Forum nutzen, um unsere Interessen - z.B. gegenüber dem Bund - klar zu machen“, erklärten die beiden Stadtoberhäupter. „Anders als

zwar von enormer Wichtigkeit, jedoch lässt die kulturelle Zusammenarbeit die Menschen näher zusammenrücken. Der Besuch dieser Ausstellung werde vielen Menschen die Möglichkeit geben, die Nachbarschaft zwischen Tschechien und Deutschland aus einem neuen Blickwinkel zu sehen.

Dialog über Grenzen hinweg

Bei der Eröffnung der Konferenz hatte Niederbayerns Regierungspräsident Walter Zitzelsberger darauf hingewiesen, wie wichtig der Dialog über die Grenzen hinaus sei. Die Regionalkooperation sei ein gutes Beispiel dafür, dass zwischen Deutschland und Tschechien ein reger Austausch bestehe. Hier werde konkrete Arbeit geleistet, die vielfältig und gewinnbringend für beide Seiten sei.

Touristisches Event

Die „absolut sehenswerte und für jedermann lehrreiche Landesausstellung“ werde ein touristisches Event für die gesamte Region sein, so Zitzelsberger. Sie sei im Einvernehmen mit tschechischen und deutschen Historikern erarbeitet worden. Auf einer Ausstellungsfläche von 1500 Quadratmetern werde hier bayerisch-böhmische Geschichte ganz ungeschminkt dargestellt.

Um den Besuchern, die wegen der Ausstellung in die Region kommen, noch mehr zu bieten, hat die Stadt Zwiesel in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Regen ein umfangreiches Begleitprogramm zusammengestellt. Dieses Programm hat sich auch die Regionalkooperation zu Nutze gemacht.

Arbeit trägt Früchte

Wie der Oberpfälzer Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert berichtete, werde die Vereinigung mit einer Ausstel-

lung aufwarten, die die Arbeit der Regionalkooperation der breiten Öffentlichkeit vorstellen soll. Diese Ausstellung werde sowohl in Tschechien als auch in Bayern zu sehen sein. Kunert wertete die gemeinsame Ausstellung als Beweis dafür, „dass unsere Arbeit langsam Früchte trägt und konkrete Projekte vorangebracht werden“. Die Kooperation sei mit dieser Konferenz noch intensiver geworden.

Pufferzone des alten und neuen Europas

Lob für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gab es aber nicht nur von den deutschen Konferenzteilnehmern. Die Pilsener Bezirksrätin Olga Kalcikova bezeichnete diese Konferenz als die beste bislang. „Was wir in den vergangenen Jahren voneinander gelernt haben, sammelt sich jetzt in gemeinsamen Themen, die angepackt werden.“ Mittlerweile könne man mehr ins Detail gehen, was für die Zusammenarbeit sehr förderlich sei.

Der Pilsener Bezirksrat Jiri Kalista bezeichnete die bayerisch-böhmische Grenzregion als die Pufferzone des alten und neuen Europas. Nach der Grenzöffnung seien neben den vielen Chancen auch viele Probleme für diese Region aufgetreten. Diese gelte es nun, gemeinsam anzupacken und zu lösen, so wie es diese Regionalkooperation seit einigen Jahren tue.

Keinen Cent verschenken

Neben der Landesausstellung wurden auch noch andere Aspekte wie das Thema „Europäische Zusammenarbeit“ behandelt. Sowohl die tschechischen als auch die deutschen Teilnehmer beklagten im Rahmen der Konferenz die hohe Bürokratiebelastung bei der Durchführung der neuen europäischen Programme. Trotzdem wollen alle drei Bezirke jegliche Förderung voll ausschöpfen: „Wir werden keinen Cent verschenken, darin waren wir uns alle einig“, sagte Zitzelsberger. **DK**

Regensburg wurde in diesem Jahr in die Welterbe-Liste aufgenommen. Starke schilderte seinem Amtskollegen die positiven Folgen des weltweit bekannten Titels: „Vor 13 Jahren hatten wir 200.000 Übernachtungen jährlich. Heute sind es 350.000 Übernachtungen.“

Nicht länger als Einzelkämpfer agieren

Neben den touristischen und wirtschaftlichen Vorteilen ist aber auch der hohe Identifikationsgrad in der Bevölkerung besonders erfreulich. Die Bamberger lieben ihr Welterbe und setzen sich engagiert für den Erhalt ein. „Dass mit Regensburg nun eine zweite bayerische Stadt die begehrte Auszeichnung erhalten habe, freue ich sehr: „So brauchen wir nicht länger als Einzelkämpfer agieren, sondern können gegenüber Freistaat und Bund viel nachdrücklicher als zuvor auf unsere Probleme aufmerksam machen.“ **DK**

Positive Folgen

Schaidinger war nach Bamberg gekommen, um sich persönlich über die an der Regnitz gemachten Erfahrungen seit der Ernennung zum Welterbe im Jahr 1993 zu informieren. Die historische Altstadt von Re-

Gz Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Also für mich gehört zu einem richtig schönen Fernsehkrimi ein düsteres altes Schloss, wabernde Nebelschwaden über einem undurchdringlichen Moor und distinguierte britische Gentleman.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schwelgte in einer drolligen 60er-Jahre Schwarz-Weiß-Nostalgie, als Edgar-Wallace- und Francis-Durbridge-Filme die Straßengefer der Fernsehnation waren.

Heutzutage sind die Bayern-Krimis angesagt. Genauer gesagt: Oberbayern-Krimis. Dabei glaubt man kaum, wie viel kriminelle Energie in den Menschen an Loisach, Isar und Inn steckt. Früher, als die Krimis noch so harmlos waren wie heute die Kriminalstatistik, musste sich die Besatzung der Funkstreife Isar 12 noch mit Halbstarke herumschlagen und auch der unorthodoxe Inspektor Wanninger hatte neben

Kostenlose Werbung für die Region

Mord und Totschlag allerlei harmlosere Delikte aufzuklären. Gut, im Tatort aus München ging es schon immer härter zur Sache, aber was will man aus dem Sündenbabel der Millionenstadt schon anderes erwarten.

Und heute? Im friedlichen Kurort Bad Tölz, von dem man immer annahm, dass die Leonhardifahrt das aufregendste Ereignis im Jahr wäre, ermittelt ein Bulle in einem erschreckenden Sumpf aus Korruption, Vetterwirtschaft, jeder Art höchst unmoralischen Verhaltens und natürlich immer wieder Mord, Mord, Mord. Auch in Rosenheim und Umgebung sind anscheinend Gewaltverbrechen an der Tagesordnung. Jeden Dienstag ermitteln die dortigen Cops verdächtige Todesfälle vor einer märchenhaften Kulisse, die tatsächlich eher auf romantische statt mörderische Gedanken bringt. Neuerdings ist ja auch Murnau ein gefährliches Pflaster geworden, seit dort Menschen vergiftet und in der Kirche mit Holzkreuzen erschlagen werden. In der neuen Serie wurde übrigens der Bür-

germeister mittels Schockgefrierung zum Ermittlungsobjekt und damit die vom Bullen bekannte Sitte wieder aufgenommen, den örtlichen Kommunalpolitikern entweder jede Sauerei zuzutrauen oder sie gleich zur Unterhaltung des Publikums Hopps gehen zu lassen.

Aber die tatsächlich in den Märkten, Städten und Landkreisen Verantwortlichen sind

da natürlich nicht böse. Im Gegenteil: Sie freuen sich über die kostenlose Werbung für ihre Region. In Österreich hat auch einmal das beschauliche Mondsee in Salzburger Land versucht, durch eine Krimiserie bekannter zu werden. Hat nicht geklappt, obwohl es in der Serie mitunter gefährlicher zugeht als beim Einsatz in Manhattan.

Schade eigentlich nur, dass nicht alle Landstriche Bayerns von der popularitätsfördernden Wirkung solcher Serien profitieren können. So ist es bislang Leseratten vorbehalten, einem pfiffigen Ermittler im Allgäu bei der Lösung komplizierter Fälle über die Schulter zu schauen. Und warum nicht einmal eine Verfolgungsjagd im Gäuboden, ein verstümmerter Toter im mainfränkischen Weinberg oder eine Wasserleiche in der Regnitz? Aber das Fernsehen bedient halt am liebsten Klischees - und welches Bayern-Klischee wäre unkaputtbarer als oberbayerische Zwiebeltürme vor Alpenpanorama?

Mein Chef, der Bürgermeister, phantasiert schon von Fantouristen - wie die, die in Wien auf den Spuren des Dritten Mannes Führungen durch die Kloaken buchen. Aber unser Städtchen bedient wohl auch zu wenig das Klischee, um jemals Krimi-Popularität zu bekommen. So schauen wir halt weiter im Fernsehen, was so in Tölz, Rosenheim und Murnau passiert. Und wir erinnern uns, was der römische Geschichtsschreiber Cornelius Nepos auf dem heutigen Kalenderblatt verewigt hat: „Neid ist des Ruhmes Geleit“.

the
Sabrina

Staudengemeinde Scherstetten:

Helmut Baur feierte 60. Geburtstag

Hoch her ging es kürzlich in dem kleinen Weiler Hilpoldsberg: Helmut Baur, seit Mai 2002 Bürgermeister der Staudengemeinde Scherstetten, feierte am 21. November seinen 60. Geburtstag.

Der Kommunalpolitiker ist der Vollerwerbslandwirt schon seit vielen Jahren eng verbunden: von 1972 bis 1978 im Gemeinderat der damals noch selbständigen Gemeinde Konradshofen und nach einer längeren Pause dann wieder seit 1996 als stellvertretender Bürgermeister in Scherstetten.

Bürgermeister seit 2002

Als sich im Frühjahr 2002 der bisherige Rathauschef Erich Höb auf's Altenteil zurückzog, warf Helmut Baur seinen Hut in den Ring. Mit deutlicher Mehrheit sprachen ihm die Bürgerinnen und Bürger von Scherstetten, Konradshofen und Erkhäusen bei der Wahl das Vertrauen aus.

Klare Ambitionen

In einer seiner ersten Amtshandlungen als neuer Rathauschef in Scherstetten holte Baur seinen Mitbewerber Robert Wippel ins kommunalpolitische Boot und machte ihn mit Unterstützung des neu gewählten Rates zu seinem Stellvertreter. An der Bürgermeisterei hat der Jubilar seither Gefallen gefunden. „Wenn es meine Gesundheit erlaubt, dann trete ich 2008 wieder an“, lässt Baur keinen Zweifel an seinen Ambitionen für die nächsten Kommunalwahlen. Sein Beruf als Landwirt kommt ihm bei der Ausübung seines Ehrenamtes dabei sehr gelegen. Wenn nicht gerade dringende Erntearbeiten anstehen, dann lassen sich die vielen Termine



Helmut Baur. Bild: wkl

und die Töchter Monika und Claudia sind bereits aus dem Haus.

Spuren hinterlassen

Zu den großen Hobbys des passionierten Pfeifenrauchers Helmut Baur - seit fast 40 Jahren mit seiner Frau Traudl verheiratet - zählen eine zünftige Schafkopfrunde und natürlich seine Pferde. Waren es früher zwei stämmige Kaltblüter, die beim Holzrücken eingesetzt wurden, so sind es jetzt drei ei-

gene Reit- und drei Pensionspferde, die den Jubilar auf Trab halten. Alljährlich im November schlüpft Helmut Baur bei den Laternenumzügen in Scherstetten und Konradshofen hoch zu Ross in Rolle und Gewand von St. Martin.

Seine Spuren hat der frisch gebackene 60er auch im Vereinsleben hinterlassen: 1974 gründete er die Jugendkapelle Konradshofen, die Vorgängerin der heutigen Musikkapelle, zwei Jahre später auch den dazugehörigen Musikverein. Über 25 Jahre lang stand der Jubilar als Bauernobmann an der Spitze des BBV-Ortsverbandes Konradshofen, seit 1978 fungiert er schon als Vorsitzender der örtlichen Jagdgenossenschaft.

Herzansliegen

Kaum ins Scherstettener Rathaus eingezogen, wurde Helmut Baur bei der Hochwasserkatastrophen im Sommer 2002 gleich - und das im wörtlichen Sinn - ins kalte Wasser geworfen. Seither ist ihm der Hochwasserschutz für seine Gemeinde ein Herzansliegen. Auf der Agenda der kommenden Jahre stehen darüber hinaus der dringend erforderliche Ausbau der an Scherstetten vorbei führenden Staatsstraße Mittelneufnach - Hiltenfingen, die Ausweisung eines neuen Baugebietes in Scherstetten sowie - ebenfalls in Scherstetten - der Bau eines neuen Feuerwehrgarages. Oberstes Ziel ist und bleibt jedoch der kontinuierliche Abbau des Schuldenberges, der schwer auf dem Säckel der Staudengemeinde lastet. **□**

Grenzüberschreitende EuRegio-Projekte:

Informationen aus erster Hand

Gemeinsam mit der Stadt Traunreut lud die EuRegio ihre Mitglieder zur 20. EuRegio-Ratssitzung in den Pfarrsaal von Traunwalchen ein. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden den 80 Teilnehmern, darunter 50 Bürgermeister, unter anderem zwei erfolgreiche EuRegio-Projekte vorgestellt, die auch über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A gefördert wurden: „AlmErlebnisBus“ und „Lehrabschluss Grenzenlos“.

Fritz Rasp, Leiter der Touristinfo Ramsau, und Georg Birkenner, Betriebsleiter des RVO Berchtesgadener Land, erzählten über die hervorragende Zusammenarbeit mit den Salzburger Projektpartnern, der Gemeinde Weißbach b. Lofer sowie dem ÖBB-Postbus. Gemeinsam wurde im Rahmen des Projektes die Busverbindung zwischen dem Klausbachtal im Nationalpark Berchtesgaden (Ramsau) und dem Hintertal (Weißbach) im Salzburger Pinzgau über den Hirschbichl als „AlmErlebnisBus“ neu belebt.

Der Name ist Programm

Dass der Name Programm ist, zeigen der gemeinsam erarbeitete Folder sowie die informati-

ve Beschilderung inklusive praktischer Wandervorschläge an den Haltestellen. Beides hat in der vergangenen Saison mehr Besucher in den Nationalpark bzw. den Naturpark auf Weißbacher Seite geführt und auch der Buslinie zu einer stärkeren Nutzung verholfen.

Lehrabschluss grenzenlos

Im heutigen Arbeitsmarkt haben Personen ohne qualifizierte Berufsausbildung immer schlechtere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Diesem Problem haben sich die Beruflichen Fortbildungszentren (bfz) Salzburg und Traunstein gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Integration in den Arbeitsmarkt Berchtesgadener Land (AidA)

angenommen. Wie Silvia Schwarzenberger vom bfz Salzburg ausführte, erhalten im Rahmen dieses INTERREG III A-Projektes derzeit 22 Personen aus Salzburg und Bayern die Möglichkeit, einen Lehrabschluss nachzuholen und aktiv in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Pädagogische Betreuung und Förderunterricht

Nach einer zwölfwöchigen Unterrichtsphase, in der die wichtigsten Schlüsselqualifikationen vermittelt wurden, absolvieren die TeilnehmerInnen derzeit Praktika in Betrieben im jeweils anderen Land. Auch in dieser Phase werden sie pädagogisch und durch Förderunterricht betreut. Nach der erfolgreichen Lehrabschlussprüfung erfolgt die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. „Mit diesem Projekt wird die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in unserer Region forciert“, resümierte Ingrid Ilsanker von der AidA Berchtesgadener Land.

Wirtschaftsstandort Europa-Region Salzburg

Anschließend folgten die Sitzungsteilnehmer den Ausführungen von Dr. Arno Gasteiger, Landeshauptmannstellvertreter a. D. des Landes Salzburg und Vorstandsvorsitzender der Salzburg AG, den EuRegio-Präsident Bürgermeister Dr. Emmerich Riesner zu einem Gastvortrag zum Thema „Wirtschaftsstandort Europa-Region Salzburg: Herausforderungen und Potenziale für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ zur Ratssitzung eingeladen hatte.

Stärken weiterhin verknüpfen

Gasteiger skizzierte in seinem Referat als Bürger dieser attraktiven und erfolgreichen Region Visionen und Voraussetzungen, um den Salzburger Zentralraum mit den benachbarten bayerischen Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein noch stärker zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregion zusammen wachsen zu lassen. Nur so könne die Europa-Region auch zukünftig im Wettbewerb der europäischen Region bestehen. Entscheidend, so Gasteiger, sei eine weitere Verknüpfung der Stärken, um Wachstumsimpulse zu finden und in eine sogenannte Win-Win-Situation zu kommen, in der beide Seiten von der Zusammenarbeit profitieren.

Orientierung an gemeinsamen Zielen

Als wichtige Voraussetzungen nannte der Referent etwa eine intensivere und an gemein-



Traunreuts Bürgermeister Franz Parzinger, EuRegio-Vizepräsident Landrat Hermann Steinmaß, LHStv. a.D. Arno Gasteiger und EuRegio-Präsident Bürgermeister Emmerich Riesner freuten sich über den gelungenen Verlauf der 20. EuRegio-Ratssitzung.

samen Zielen orientierte Zusammenarbeit in der Raumplanung, in der Ver- und Entsorgung, im Gesundheitswesen oder auf dem Arbeitsmarkt.

„Langer Atem“ erforderlich

EuRegio-Vizepräsident, Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß, machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass in der EuRegio bisher nur auf Ebene der Freiwilligkeit zusammengearbeitet werden könne und daher sicher „ein langer Atem“ für die Realisierung der gemeinsamen Wirtschaftsregion erforderlich sei. Mit den vielen gemeinsamen und erfolgreichen Akti-

vitäten in der EuRegio sei man da jedoch auf einem sehr guten Weg.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

Neben diesen beiden Schwerpunkten standen noch die Beschlussfassung für den EuRegio-Haushalt 2007, Berichte über den Abschluss des EuRegio-Entwicklungskonzepts, das in den Jahren 1998 bis 2001 erarbeitet und von 2001 bis 2006 im Rahmen des Regionalmanagements umgesetzt wurde sowie eine Vorschau auf das Nachfolgeprogramm zu INTERREG III A auf der Tagesordnung.

Vorschau auf GZ 23
In unserer nächsten Ausgabe Nr. 23, die am 7. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:
• Wasser · Abwasser
• Umwelt- und Abfalltechnik
• Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
• Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen
LANGER
Ein Geschäftsbereich der ELAN-IA-AG

Papierkörbe
der Umwelt zuliebe
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/9355 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/9355 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst
Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49 (0) 96 21/76 85-0 · Fax +49 (0) 96 21/76 85-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
Abzeichen
FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

ORION
transparente Überdachungssysteme
Fahrradparkingssysteme
Stadtmöblierung

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
Schacht-Ausrüstungen
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Wartehallen/Außenmöblierungen
LANGER s. Fahrradabstellanlagen
siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Ankauf / Briefmarken
Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
FUNERALIA GmbH
Postfach 299010 · D-90491 Regensburg
Tel. 0941/29901-0 · Fax 0941/29901-29
E-Mail: info@funeralia.de · www.funeralia.de

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen
KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Wassermesser
HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 33 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Aussenmöblierung
BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende
SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07832 3121 · Fax 07832 11077

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen
elbe
Produktion - Vertrieb GmbH & Co
Industriestr. 1 · D-92285 Möttingen
Tel. (09338) 89 00 · Fax (09338) 89 199
E-Mail: elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Weihnachtsbeleuchtung
dekorat[i]on + werbung
vertrags[hand]el für Felitto Star
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
Fahnen
FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Kindergarteneinrichtungen
elbe
Produktion - Vertrieb GmbH & Co
Industriestr. 1 · D-92285 Möttingen
Tel. (09338) 89 00 · Fax (09338) 89 199
E-Mail: elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte
elbe
Produktion - Vertrieb GmbH & Co
Industriestr. 1 · D-92285 Möttingen
Tel. (09338) 89 00 · Fax (09338) 89 199
E-Mail: elbe@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen
SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D 79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07832 3121 · Fax 07832 11077

Fahnenmasten/Fahnen
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Masten
FAHNEN KOCH GMBH
COBURG
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Sportgeräte
BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de